



WAHL- PROGRAMM

DER

WIESBADENER SPD

FÜR DIE AMTSZEIT

2016 – 2021

WI es weitergeht: GEMEINSAM!

1	Inhalt	
2	1. Einleitung	2
3	2. Soziales	7
4	3. Politik für Jung und Alt	13
5	4. Stadtentwicklung und Verkehr.....	21
6	5. Wohnen	31
7	6. Schule und Bildung	34
8	7. Integration	47
9	8. Bürgerbeteiligung und Ehrenamt.....	51
10	9. Netzpolitik.....	55
11	10. Umwelt-, Klima- und Naturschutz	60
12	11. Sicherheit und Sauberkeit	67
13	12. Sport, Bäder und Freizeit.....	72
14	13. Kultur.....	76
15	14. Arbeit und Wirtschaft.....	89
16	15. Finanzen	96
17	16. Frauen.....	100
18	17. Gesundheit.....	104
19	18. Moderne Stadtverwaltung.....	107

20 1. Einleitung

21 Wiesbaden ist eine schöne Stadt, die seit 2011 auch endlich wieder sozial und gerecht
22 regiert wird.

23 Wiesbaden ist eine Stadt der Vielfalt. Diese Vielfalt spiegelt sich im unterschiedlichen
24 Gepräge unserer Stadt wider: Von Amöneburg bis zum Westend, von der industriellen
25 Rheinschiene bis zum ländlich strukturierten Osten; Wiesbaden ist so vielfältig wie
26 seine Stadtteile und vor allem wie die Menschen, die in ihnen leben.

27 Das bedeutet für uns, dass auch die Regierung unserer Stadt diese Vielfalt annehmen
28 und aufnehmen muss, dass es darum geht, Teilhabe zu ermöglichen – Teilhabe aller
29 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener an der Stadtgesellschaft, unabhängig von Alter,
30 Herkunft oder Bildungsgrad.

31 Für uns ist diese Teilhabe der zentrale Begriff für eine gelingende Stadt: Teilhabe an
32 Bildung vor allem für Kinder und Jugendliche, Teilhabe an Kultur für Menschen
33 unabhängig von der Höhe ihres Einkommens, aber auch Teilhabe am öffentlichen
34 Leben durch Feste und Feiern, Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen sowie Vereins-
35 und Versammlungsangebote. Zentral ist für uns die Teilhabe an Arbeit und Verdienst,
36 an der sich sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik auszurichten hat.

37 Eine gerechte Stadt der Vielfalt ermöglicht allen Menschen die Teilhabe am
38 öffentlichen Leben. Mit diesem Programm möchten wir uns dieser Stadt Stück für
39 Stück weiter annähern.

40

41 **Das haben wir erreicht**

42 Mit dem Eintritt der SPD in die Stadtregierung 2011 ist der lähmende politische Streit
43 und Stillstand der vergangenen Jahre endlich beendet worden. Dank unserer
44 Regierungsarbeit, aber auch dank den handelnden Personen, symbolisiert durch
45 unseren Oberbürgermeister Sven Gerich, kam endlich wieder „frischer Wind“ ins
46 Rathaus, hat sich etwas bewegt.

47 Mit dem im Juni 2011 besiegelten Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD wurden
48 viele Projekte der Wiesbadener Sozialdemokratie angegangen. Für die SPD gilt daher in
49 einer ersten Bilanz:

50

51 **Versprochen – gehalten**

52 Ein zentrales Thema war und ist für uns **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Unter
53 Federführung der SPD-Sozialdezernenten Arno Goßmann und Axel Imholz haben wir
54 die Krippenplätze massiv ausgebaut (von etwa 25 Prozent auf derzeit knapp 40
55 Prozent, also von etwa 2090 auf 3187 Plätze) und damit einen wichtigen Beitrag zur
56 frühkindlichen Bildung geleistet.

57 Für eine gerechte Stadt unerlässlich ist die **Sozialpolitik**: Wir haben
58 „KinderElternZentren“ (KIEZe) in den Stadtteilen eingerichtet, die „Soziale Stadt
59 Schelmengraben“ eingeführt und mehr Stellen bei der Bezirkssozialarbeit und
60 Schulsozialarbeit geschaffen. Die Grundschulkinderbetreuung wurde massiv
61 ausgebaut, Flüchtlinge, auf der Flucht vor Verfolgung und Vertreibung oft nur mit dem
62 Nötigsten versehen, werden nach der dezentralen „Wiesbadener Linie“ untergebracht
63 und versorgt.

64 Wir haben den jahrelang umstrittenen **Neubau der Rhein-Main-Hallen** auf den Weg
65 gebracht und den **Öffentlichen Personennahverkehr** zukunftsfähig gemacht: Unter
66 dem Motto „Aus drei mach eins“ haben wir durch die **Fusion von ESWE Verkehr, WiBus**
67 **und ESWE Verkehr Service** das Prinzip „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“ durchgesetzt.

68 Wir haben Wort gehalten und uns für die **Energiewende vor Ort** eingesetzt:
69 Gemeinsam mit unserer ESWE sind wir in die Planungen für bis zu zehn Windräder zur
70 regionalen, erneuerbaren Energieerzeugung eingestiegen – wir hoffen auf die
71 behördliche Genehmigung, damit auch wir unseren Beitrag zur Energiewende leisten
72 können.

73 Wir nehmen **Bürgerbeteiligung** ernst und haben einen Prozess zur **Erarbeitung von**
74 **Leitlinien für Bürgerbeteiligung** gestartet. Auch die Erarbeitung eines
75 **Beteiligungskodex für städtische Gesellschaften** sowie der **Beteiligungsausschuss**

76 dokumentieren eine neue Offenheit und Transparenz zwischen Stadt und
77 Bürgerschaft.

78 Auch unserem Ziel, bezahlbaren Wohnraum für alle zur Verfügung zu stellen, kommen
79 wir Schritt für Schritt näher: vor allem durch die Bereitstellung von Baugebieten
80 (Bierstadt-Nord, Hainweg in Nordenstadt, Linde-Areal, Baugebiet Unter den Eichen)
81 und durch den Auftrag an die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWW den
82 Wohnungsbau zu forcieren.

83 Die Stadtentwicklung hat einen neuen Schub bekommen: Egal ob die
84 Rheinufergestaltung in Kastel oder der Stadtumbau Kastel/Kostheim – wir haben Wort
85 gehalten. Zu unseren Erfolgen gehört auch, dass sich die verfahrenere Situation am
86 Kureck zum Guten gewendet hat, dass auf dem alten Gerichtsareal in der Moritzstraße
87 hoffentlich bald eine Hochschule für Leben und Wohlstand sorgt und auf dem Gelände
88 des nicht genutzten American-Arms-Hotels an der Frankfurter Straße Unterkünfte für
89 Studenten und Wohnungen entstehen sollen. Und nach über zehnjährigem Stillstand
90 ist es unserer Stadtentwicklungsdezernentin Sigrid Möricke gelungen, die planerischen
91 Hindernisse beim Gewerbegebiet Petersweg aus dem Weg zu räumen.

92 Viel getan – einiges zu tun: Unsere Ziele

93 Die Themen der vergangenen Jahre sind teilweise auch die Themen, die wir uns für die
94 nächsten Jahre vorgenommen haben, um Wiesbaden weiterhin als gerechte Stadt, als
95 Stadt der Vielfalt, an der alle teilhaben können, zu entwickeln.

96

97 Unsere Schwerpunkte für die Fortsetzung unserer erfolgreichen Regierungspolitik:

- 98 • Weiterhin Ausbau der Kinderbetreuung nach Bedarf – vor allem für
99 Krippenkinder (unter drei Jahren) und für Grundschulkinder; auch Ausbau
100 der Schulsozialarbeit
- 101 • Festigung und Ausbau von Bildungs- und Teilhabeangeboten in den
102 Stadtteilen: KinderElternZentren, Angebote für Jugendliche
- 103 • Fortsetzung des Wohnungsbaus – durch Bereitstellung geeigneter Flächen,
104 aber auch durch die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der städtischen
105 Wohnungsbaugesellschaften

- 106 • Nachdem wir seit 2011 fast 120 Millionen Euro in den Schulbau investiert
107 haben, werden wir weiterhin erhebliche Beträge für diesen Bereich zur
108 Verfügung stellen. Hierzu möchten wir auch neue Finanzierungskonzepte
109 (aber kein PPP!) entwickeln und auch Modulbauweisen prüfen. Davon
110 versprechen wir uns eine schnellere und günstigere Umsetzung von
111 Schulbauprojekten.
- 112 • ein neues Konzept zur Finanzierung von Schulbau und -sanierung, damit mit
113 den zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeit in möglichst vielen Schulen
114 beginnen kann
- 115 • eine Verkehrspolitik der Zukunft, die vor allem in der Innenstadt stärker auf
116 Busse, Fahrräder und Fußgänger, aber auch auf intelligente
117 Vernetzungsangebote der unterschiedlichen Verkehrsträger setzt, als Abkehr
118 von der einseitigen Betonung des Autos. Dazu gehören weitere Maßnahmen
119 zur Busbeschleunigung genauso wie eine kombinierte Bus-/Rad-/Parkspur
120 auf dem Kaiser-Friedrich-Ring und das LKW-Durchfahrtsverbot.
- 121 • eine Willkommens- und Anerkennungskultur nicht nur für Flüchtlinge,
122 sondern für alle Menschen, die nach Wiesbaden gekommen sind, um hier zu
123 Vielfalt und Wohlstand der Stadtgesellschaft beizutragen
- 124 • eine Stadtentwicklung, die mit dem Verkehrsentwicklungsplan und dem
125 Wiesbadener Integrierten Stadtentwicklungskonzept auf Basis der Leitlinien
126 für die Bürgerbeteiligung gemeinsame Ziele für die Stadt definiert
- 127 • eine dialogorientierte Sauberkeitsstrategie, die die Bürgerinnen und Bürger
128 auf dem Weg zu einer sauberen Stadt mitnimmt, bei der aber auch die
129 Stadtverwaltung ihrer Verantwortung gerecht wird
- 130 • eine nachhaltige Bodenbevorratung und Entwicklung von Gewerbeflächen,
131 wie wir dies mit dem Gewerbegebiet Petersweg schon geschafft haben.
132 Auch durch den Kauf des ehemaligen Dyckerhoff-Geländes haben wir die
133 Chance, ein großes Areal städtebaulich für Wohnen, Leben und Arbeiten zu
134 entwickeln.
- 135 • eine Umweltpolitik, die die Stadt als Akteur im Schutz von Natur und
136 Landschaft sieht, die sich auch weiterhin an den Klimaschutzzielen der
137 Landeshauptstadt orientiert und aus Worten auch Taten folgen lässt, wie wir
138 dies beim Vorantreiben der städtischen Windkraftpläne gemacht haben

- 139
- 140
- 141
- 142
- 143
- 144
- die Sicherstellung der kostenfreien Nutzung von Sportanlagen für Vereine auch in angestrenzter Haushaltslage sowie die Überlegungen für den Neubau eines Hallenbades als Ersatz für das in die Jahre gekommene ESWE-Bads
 - eine Förderung des reichhaltigen kulturellen Angebots mit Fokus auf kleinen Initiativen

145 2. Soziales

146 Für die SPD Wiesbaden sind der solidarische Umgang miteinander, die
147 Chancengleichheit sowie die soziale Gerechtigkeit und Verantwortung grundlegende
148 Verpflichtungen ihrer Sozialpolitik. Bereits in den vergangenen fünf Jahren hat die SPD-
149 Rathausfraktion bewiesen, wie wichtig es ist, für diese Lebensqualität zu kämpfen und
150 den „sozialen Zusammenhalt“ in unserer Stadtgesellschaft zu erhalten und zu fördern:
151 der Starken mit den Schwachen, der Gesunden mit den Kranken, zwischen den
152 Menschen mit und ohne Behinderungen, der Generationen untereinander und der
153 Menschen verschiedenster Herkunft. Für die Wiesbadener SPD bedeutet dies, den
154 herkunftsbedingten (Bildungs-)Benachteiligungen entgegenzuwirken und allen
155 Menschen die Chancen zu eröffnen, ihre Lebenslagen zu verbessern. Deshalb müssen
156 insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Familien alle Bildungsangebote von der
157 Krippe über den Kindergarten und die Grundschule bis zum Sekundarbereich I und
158 Übergang in eine Berufsausbildung so ausgestaltet sein, dass eine gerechte
159 Bildungsteilhabe für alle jungen Menschen möglich wird.

160
161 Wir wissen aber auch, dass wir diese Aufgaben nicht allein bewältigen können: Die
162 gute Zusammenarbeit mit allen beteiligten Partnern, insbesondere den Trägern der
163 Wiesbadener Sozialeinrichtungen, werden die Wiesbadener Sozialdemokraten im
164 Rahmen ihrer erfolgreichen Sozialpolitik weiter fortsetzen.

165
166 Unser Ziel ist eine Stadt, in der sich alle zu Hause fühlen können.

167
168 **Das haben wir für die Vielfalt in Wiesbaden erreicht**

169 Die SPD hat sich in den vergangenen fünf Jahren in vielen Bereichen für eine Stärkung
170 der Teilhabemöglichkeiten aller Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger eingesetzt:

- 171 • durch den Ausbau der Betreuungsangebote (Krippen-, Elementar- und
172 Grundschulkinderbetreuung)
- 173 • die Stärkung der Elternbildungsangebote
- 174 • den Ausbau von Betreuenden Grundschulen, der Schulsozialarbeit und den Kinder-
175 Eltern-Zentren (siehe Kapitel „Politik für Jung und Alt in Wiesbaden“)
- 176 • die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (siehe Kapitel „Wohnen“)
- 177 • den Ausbau der Teilhabemöglichkeiten behinderter Menschen

- 178 • und die Integration von Flüchtlingen
179 wurde durch die SPD-Rathausfraktion den vielfältigen Bedarfslagen in unserer Stadt
180 Rechnung getragen.
181
182 So wurde beispielsweise
- 183 • das Programm „Soziale Stadt Schelmengraben“ um ein „Plus“ ergänzt. Dadurch
184 konnten sowohl die Gemeinwesenarbeit mit den Schwerpunktzielen Erhöhung der
185 Bildungs- und Erwerbsbeteiligung als auch die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger
186 vor Ort verstärkt werden (siehe Kapitel „Wohnen“)
 - 187 • die Bezirkssozialarbeit personell besser ausgestattet (siehe Kapitel „Politik für Jung
188 und Alt in Wiesbaden“)
 - 189 • der im Wiesbadener Aktionsplan zur Behindertenrechtskonvention erarbeitete
190 Aspekt, der sich mit Barrierefreiheit beschäftigt, Zug um Zug umgesetzt, um die
191 Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen zu verbessern
 - 192 • das Betreuungs- und Förderangebot für die Zielgruppe der benachteiligten Kinder
193 und Jugendlichen deutlich ausgeweitet (siehe Kapitel „Politik für Jung und Alt in
194 Wiesbaden“)
 - 195 • im Rahmen des „Städtischen Programms für Ausbildung, Qualifizierung und
196 Beschäftigung“ die Kürzungen der Eingliederungsmittel für Arbeitssuchende durch
197 den Bund kompensiert und so diese wichtige Strukturen der Wiesbadener
198 Arbeitsmarktpolitik erhalten
 - 199 • die Schaffung von zwei „Trainingszentren“ für Langzeitarbeitslose ermöglicht;
 - 200 • bei Neubauprojekten auf eine Anzahl von 15 Prozent geförderter Wohneinheiten im
201 Geschosswohnungsbau Wert gelegt (siehe Kapitel „Wohnen“);
 - 202 • die „Wiesbadener Linie“ in der Flüchtlingspolitik fortgeführt
203 (Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge sollen möglichst dezentral und in
204 allen Stadtteilen geschaffen werden).

205

206 **(Soziale) Teilhabe aller in Wiesbaden lebenden Menschen nachhaltig sichern!**

207 Die Wiesbadener SPD sieht die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten als einen
208 fortdauernden Prozess an, der verstärkt unterstützt werden muss, um sozialer
209 Ungleichheit und (Bildungs-)Benachteiligung entgegenzuwirken.

210

- 211 • Armut ist ein Ausdruck existierender gesellschaftlich bedingter sozialer
212 Ungleichheit und trifft alle Altersgruppen. Die Sozialraumanalyse des Amtes für
213 Soziale Arbeit zeigt, dass sich nach wie vor auch in den Wiesbadener Stadtteilen
214 soziale Ungleichheit abbildet. Diese Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen
215 müssen deshalb auch weiterhin verstärkt mit der entsprechenden sozialen
216 Infrastruktur ausgestattet werden.
217
- 218 • Ein wichtiger Aspekt in der Sozialpolitik der SPD Wiesbaden ist in diesem
219 Zusammenhang der „Sozialindex“, der die besonderen Bedarfslagen im Stadtteil
220 berücksichtigt. Nach diesem Sozialindex sollen die kommunalen Ressourcen für die
221 Bildungs- und Förderangebote – insbesondere die Fachkraftstellen – jeder
222 Kindertagesstätte und jeder Schule zur Verfügung gestellt werden.
223
- 224 • Wir bauen auf eine qualifizierte Kinderbetreuung in Kindertagesstätten,
225 Betreuenden Grundschulen und Ganztagschulen, ausgestattet mit gut
226 ausgebildeten Fachkräften und ergänzt um weitere (Förder-)Angebote der
227 Elternbildung. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft für einen bedarfsgerechten
228 Ausbau in diesen Bereichen einsetzen (siehe Kapitel „Politik für Jung und Alt in
229 Wiesbaden“).
230
- 231 • Bei Aufnahme des Stadtteils Gräselberg in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ soll
232 analog zum Schelmengraben auch hier ein „Plus“ entwickelt (siehe Kapitel
233 „Wohnen“) und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds umgesetzt
234 werden.
235
- 236 • Wir wollen einen Fachbeirat zur „Sozialen Teilhabe in Wiesbaden“ einrichten.
237 Dieser soll uns dabei unterstützen, dass
- 238 • das Konzept einer Teilhabekarte als neue Variante der Familienkarte (mit der
239 Zielgruppe: Arbeitssuchende und Menschen mit Anspruch auf
240 Existenzsicherungsleistungen) entwickelt und geprüft wird
 - 241 • soziale Einrichtungen in Stadtteilen mit hohen Bedarfslagen abgesichert werden

- 242 • Programme und Konzepte des Landes, Bundes und des Europäischen
243 Sozialfonds für Deutschland (ESF), falls diese zur positiven Entwicklung des
244 Stadtteils beigetragen haben, ebenfalls nachhaltig abgesichert werden
245 • niedrigschwellige Beteiligungsmethoden bei „Bürgerbeteiligung in Wiesbaden“
246 (siehe Kapitel „Bürgerbeteiligung“) berücksichtigt werden

247

248 Willkommenskultur in Wiesbaden

249 Immer mehr Menschen flüchten aus ihrer Heimat, weil sie dort von Verfolgung oder
250 (Bürger-)Krieg bedroht sind. Die Frage der Teilhabe betrifft auch die in Wiesbaden
251 zunehmende Anzahl der Menschen, die hier eine Zuflucht gefunden haben. Durch die
252 Arbeit des Sozialdienstes Asyl im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge aber auch
253 durch die umfangreiche Unterstützung der Wiesbadener Bevölkerung kann in unserer
254 Stadtgesellschaft eine Willkommenskultur gelebt werden. Diese Menschen hier
255 willkommen zu heißen, ihnen die Eingliederung zu erleichtern und somit einen guten
256 Start in Wiesbaden zu ermöglichen, ist erklärter Wille der Sozialdemokraten in
257 Wiesbaden. Hierfür ist es erforderlich, dass

- 258 • die „Wiesbadener Linie“ in der Flüchtlingspolitik beibehalten wird
259 • die Unterstützung bei Ankommen und Integration in Wiesbaden durch den
260 Sozialdienst Asyl und die entsprechend bedarfsgerechte Absicherung der
261 materiellen und personellen Ausstattung bereitgestellt wird
262 • die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Patenschaftsprojekte
263 weiterhin unterstützt wird
264 • Integrations-/ Sprachfördermaßnahmen, aber auch die Sicherung von
265 Teilnahmemöglichkeiten, beispielsweise durch Kinderbetreuungsplätze oder
266 angemessene Förderangebote bei der Einschulung, sichergestellt werden.

267 Zu der in Wiesbaden gelebten Willkommenskultur gehören aber gerade in den Zeiten,
268 in denen sehr viele Flüchtlinge in unsere Stadt kommen, auch Rahmenbedingungen,
269 die nur der Bund und das Land schaffen können. Mit der beispiellosen Hilfsbereitschaft
270 engagierter Wiesbadenerinnen und Wiesbadener ist es uns gelungen im Rahmen der
271 Notunterbringungen zunächst für ein Dach über dem Kopf und eine menschenwürdige
272 Betreuung zu sorgen.

273 Eine dauerhafte und gelingende Integration setzt aber voraus, dass Alteingesessene
274 und neu Angekommene nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das

275 Sonderprogramm des Landes Hessen ist hier ein guter Anfang. Aber es muss mehr
276 geschehen. Wir werden uns daher auch auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen,
277 dass gerade der Wohnungsbau forciert wird, um Wohnraum für alle Wiesbadenerinnen
278 und Wiesbadener zu schaffen. Wir erwarten zudem eine deutliche finanzielle
279 Beteiligung des Bundes an Sprach- und Integrationskursen.

280 Nur wenn alle staatlichen Stellen Hand in Hand arbeiten, nur wenn die Kommunen
281 nicht alleine gelassen werden, kann Integration gelingen. Die Wiesbadener SPD steht
282 für eine aktive Willkommenskultur aller Menschen, die in Wiesbaden eine
283 Bleibperspektive haben. Wir wollen, dass im gegenseitigen Umgang ein Klima des
284 Respekts und der Anerkennung vorherrscht und sehen die Stadt hierfür gut aufgestellt.

285

286 **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

287 Die Stadt steht auch gegenüber Menschen mit Behinderung in einer besonderen
288 Verantwortung, um ihre Teilhabe in allen Lebensbereichen nachhaltig zu verbessern.
289 Die im Aktionsplan für Wiesbaden zur Behindertenrechtskonvention der Vereinten
290 Nationen beschriebenen Barrieren sollen auch weiterhin Zug um Zug abgebaut
291 werden. Darüber hinaus muss aber auch ein Quartiersbezug und eine
292 Stadtteilorientierung in der Behindertenarbeit gemeinsam mit dem Arbeitskreis der
293 Behindertenorganisationen und Interessengemeinschaften Behinderter, mit den
294 Trägern der Behindertenarbeit in Wiesbaden und den relevanten informellen und
295 formellen Akteuren in den jeweiligen Stadtteilen und Ortsbeiräten etabliert werden.
296 Ziel ist es, einerseits Dienste und Einrichtungen der Behindertenarbeit bekannt zu
297 machen und damit die Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderung zu
298 erleichtern und andererseits bauliche Barrieren zu identifizieren und Zug um Zug
299 abzubauen, indem beispielsweise öffentliche Gebäude den Standards angepasst
300 werden:

- 301 • Die Bürgerhäuser und Ortsverwaltungen sind barrierefrei zugänglich zu machen
- 302 • Gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften GWW, GWH und Nassauische
303 Heimstätte sind die Zugangsbereiche zu den Altenwohnanlagen barrierefrei zu
304 gestalten
- 305 • Fortbildungen zur barrierefreien Planung für Architekten und Handwerksbetriebe
306 sind gemeinsam mit Kreishandwerkerschaft, Architektenkammer und Hochbauamt
307 fortzusetzen und zu intensivieren.

308

309 Gemeinsam mit dem Landeswohlfahrtsverband (LWV) müssen darüber hinaus
310 Bedingungen geschaffen und ausgebaut werden, die Leistungen der
311 Eingliederungshilfe auf örtlicher Ebene zusammenzufassen. Deshalb fordert die SPD
312 die Einrichtung eines zentralen Teilhabestützpunktes für Menschen mit Behinderung
313 am Standort Konradinerallee 11.

314

315 Darüber hinaus können die Erkenntnisse und Ergebnisse des Modellprojektes
316 „Barrierefreie Bescheide – Barrierefreie Verwaltung“, also die Einführung
317 verständlicher Bescheide, für die gesamte Stadtverwaltung etabliert werden.

318

319 **3. Politik für Jung und Alt**

320 Wiesbaden ist eine Stadt der Vielfalt, in der die Generationen zusammen und
321 miteinander leben. Doch gilt es nicht nur das Miteinander in der Stadtgemeinschaft zu
322 fördern: Gleichzeitig versteht die Wiesbadener SPD diese Aufgabe als Möglichkeit, die
323 generationenübergreifenden Angebote weiter auszuweiten. Daher setzt sich die
324 Wiesbadener SPD für den Erhalt der bestehenden kommunalen Angebotsstruktur für
325 jüngere und ältere Menschen in seiner Zusammensetzung aus städtischen und freien
326 Trägern ein.

327

328 **Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien als sozialdemokratische Leitlinie!**

329 Die Wiesbadener SPD hat sich dafür eingesetzt, eine bedarfsgerechte und
330 zukunftsfähige Tagesbetreuung für Kinder, die eine qualitätsvolle frühe Bildung für
331 alle Kinder sichert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, auf den
332 Weg zu bringen. Vor allem in den vergangenen zwei Jahren hat die Stadt Wiesbaden
333 große Anstrengungen unternommen, um dem Rechtsanspruch auf einen
334 Betreuungsplatz für die unter Dreijährigen gerecht zu werden. Inzwischen verfügt
335 Wiesbaden über eine Platzangebotsquote von 38,6 Prozent im u3-Bereich. Gleichzeitig
336 wurden mit diesem Ausbauprogramm auch die Plätze für die 3- bis 6-Jährigen
337 (Elementarbereich) erweitert; auf diese Weise konnte die Betreuungsquote bei knapp
338 85 Prozent stabilisiert werden. Im Bereich der Grundschulkinderbetreuung ist das
339 Angebot ebenfalls ausgebaut worden. Am 31.12.13 konnten 5724 Grundschulkinder in
340 Betreuungsangeboten in Kindertagesstätten und Grundschulen (Betreuende
341 Grundschulen, Schulfördervereine oder freie Träger) betreut werden; dies waren knapp
342 55Prozent aller Grundschüler.

343 Die SPD-Rathausfraktion hat darüber hinaus zur Absicherung der bestehenden
344 Angebote sowie zum bedarfsgerechten Ausbau im Bereich der Betreuenden
345 Grundschulen (BGS; z.B. Einrichtung der BGS in der Brüder-Grimm-Schule und der
346 Riederbergschule) und Schulsozialarbeit (z.B. Ausweitung der Leistungen mit einer
347 Koordinierungsstelle Übergang Schule-Beruf an den fünf Berufsschulen) beigetragen.
348 Aber auch der Erhalt und die Verstärkung der Unterstützungsangebote für Eltern (z.B.
349 Einrichtung des siebten KinderElternZentrums für Kastel/Kostheim und Bereitstellung

350 der zusätzlichen Stellen für die Bezirkssozialarbeit) waren ein wichtiger Bestandteil der
351 sozialdemokratischen Rathauspolitik.

352 Ergänzt wird das Betreuungs- und Unterstützungsangebot durch die Kinder- und
353 Jugendarbeit in Wiesbaden, deren umfangreiche und vielfältige Projekte regelmäßig
354 bundesweit Beachtung finden und Modellcharakter annehmen. Das Projekt „Dr. Make
355 Love“ oder die mit dem Integrationspreis der Stadt ausgezeichneten „Kunstkoffer“
356 stehen beispielhaft hierfür und sind ein Beleg für die gute Arbeit, die in der Abteilung
357 Jugend des Sozialdezernats geleistet wird. Darüber hinaus tragen die etablierten
358 Ferienprogramme nicht nur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, sondern sind
359 zusätzlich durch das Angebot „Schöne Ferien vor Ort“ in Stadtteilen mit besonderen
360 Bedarfslagen präsent. Die Mobile Jugendarbeit unterstützt die Jugendlichen vor Ort,
361 während die jungen Menschen durch die internationale Jugendarbeit die Chance
362 erhalten über den Tellerrand zu blicken und neue Erfahrungen zu sammeln, die ihnen
363 sonst möglicherweise verwehrt geblieben wären.

364 Schließlich ist auch die Arbeit der Jugendverbände für viele Jugendliche von sehr
365 großem Wert. Und auch für unser Gemeinwesen sind diese Werkstätten der
366 Demokratie von großer Bedeutung.

367

368

369 **Die Betreuung von Kindern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter**
370 **stärken**

371 Noch immer lebt in Wiesbaden nahezu jedes vierte Kind unter 15 Jahren in Armut.
372 Knappe finanzielle Ressourcen können sowohl die ökonomischen Möglichkeiten als
373 auch die Teilhabe – beispielsweise in den Bereichen Kultur oder Sport – einschränken
374 und sich zudem nachhaltig auf den Bildungserfolg auswirken. Insbesondere schulische
375 Bildungseinrichtungen sind zentrale Orte an denen Kinder das Lernen lernen und
376 bereits in der Grundschule werden über die Bildungschancen im biografischen Verlauf
377 wesentliche Vorentscheidungen fallen. Dabei müssen bestimmte Angebote
378 zielgerichtet in den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen weiter ausgebaut
379 werden, um Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken und ein Mehr an

380 Chancengleichheit zu erhalten. Dies kann jedoch nur dann gelingen, wenn auch
381 weiterhin die Angebote dort sind, wo sie benötigt werden!

382 Die Wiesbadener SPD wird sich aus diesem Grund auch weiterhin für den Erhalt und
383 einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote (u3, Elementar-,
384 Schulkinderbetreuungs- und Förderangebote), der KinderElternZentren, der
385 Elternbildungsangebote, der Betreuende Grundschulen, der Schulsozialarbeit sowie der
386 Kinder- und Jugendarbeit einsetzen:

- 387 • Eine gerechte Bildungsteilhabe soll für alle jungen Menschen möglich sein. Dies
388 erfordert die Fortführung des bedarfsgerechten Ausbaus des u3-
389 Betreuungsangebotes sowie den Ausbau und die Absicherung flexibler Übergänge
390 der Dreijährigen in den Elementarbereich, indem auch hier weiterhin Plätze für die
391 anspruchsberechtigten Kinder bereitgestellt werden.
- 392 • Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine kommunale Förderung der
393 Fachkräfteausbildung für Kindertagesstätten durch Information, Stipendien und
394 geförderte Umschulungsangebote sinnvoll.
- 395 • Die SPD Wiesbaden tritt für ein sozial gerechtes Modell der Kinderbetreuung und
396 eine Stärkung der frühkindlichen Bildung ein. Dies bedeutet aber auch, dass sich all
397 diejenigen, die eine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen – unabhängig von der
398 Betreuungsform und –zeit – mit einem fairen Beitrag an den Kosten beteiligen
399 müssen. Das heißt für uns, dass ein Halbtagsplatz (Betreuung bis zu fünf Stunden)
400 nicht mehr kostenfrei sein kann. Dabei muss die Kostenübernahme für Familien, die
401 SGBII-Leistungen beziehen und eine anteilige Kostenübernahme für Familien mit
402 niedrigen Einkommen und Geschwisterkindern auch in Zukunft stets berücksichtigt
403 werden.
- 404 • Oftmals klaffen der Zeitpunkt des Endes der Elternzeit eines Elternteils und der
405 Beginn des Kindergartenjahres auseinander, was Familien vor riesige
406 Herausforderungen stellt. Ideal wäre es deshalb, wenn in allen geförderten
407 Betreuungseinrichtungen im Elementarbereich regelhaft der laufende Eintritt von
408 Kindern möglich wäre, also auch unabhängig vom Kindergartenjahr. Dies stellt uns
409 organisatorisch und finanziell vor große Herausforderungen. Wir wollen daher
410 zunächst ein Konzept entwickeln, wie wir dieses Ziel mittelfristig erreichen können.

- 411 • Ebenso wichtig ist die Sicherung einer angemessenen Betreuung beim Übergang
412 vom Elementarbereich in die Grundschule im Rahmen der Übergangsjahre der
413 „Wiesbadener Empfehlungen“. Im Folgenden soll auch die Schulkinderbetreuung
414 der Grundschul Kinder bedarfsgerecht ausgebaut werden. In diesem
415 Zusammenhang sind insbesondere Schulen bei einer angestrebten Einführung der
416 echten Ganztagschule (Profil III) zu unterstützen (siehe Abschnitt „Schule und
417 Bildung“); dies schließt eine bedarfsgerechte Fortentwicklung des Raumprogramms
418 mit ein.
- 419 • Der Ausbau der Betreuung im u3- und Elementarbereich muss – gerade bezogen
420 auf die objektiven Bedarfslagen Erwerbstätiger – auch um eine arbeitsortnahe
421 Betreuung erweitert werden. Bei Unternehmen und Betrieben angesiedelte
422 Betreuungsangebote müssen dabei als Option und Chance begriffen werden, ihre
423 Einführung muss aktiv unterstützt werden. Dabei bleibt die wohnortnahe
424 bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen immer oberste
425 Handlungsmaxime.
- 426 • Neben der Tagesbetreuung ist auch die Förderung der Kinder im Zentrum der
427 Wünsche und Bedarfe der Eltern. Hier gilt es insbesondere in Stadtteilen mit hohen
428 Bedarfslagen die Angebote zu erhalten und auszubauen:
- 429 ○ An neuen Grundschulen oder beim Ausbau der Grundschul Kinderbetreuung
430 sollen an den Grundschulen, zu deren Einzugsgebiet überwiegend Stadtteile mit
431 hoher oder mittlerer Bedarfslage zählen, Betreuende Grundschulen als
432 Betreuungs- und Förderangebot der Jugendhilfe eingerichtet bzw. das bereits
433 bestehende Platzangebot der Betreuenden Grundschulen erweitert werden.
- 434 ○ In den Betreuenden Grundschulen das Kompetenz-Entwicklungs-Programm
435 (KEP) qualitativ und quantitativ für alle Kinder aus den Jahrgangsstufen zwei bis
436 vier an allen Betreuenden Grundschulen, die dies benötigen, ausbauen
- 437 ○ Zum Abbau herkunftsbedingter Benachteiligung ist die Sicherung und
438 nachhaltige Umsetzung der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen für die
439 SPD Wiesbaden von zentraler Bedeutung
- 440 ○ Darüber hinaus wollen wir KinderElternZentren in den Stadtteilen
441 Rheingauviertel-Hollerborn, Gräselberg, Klarenthal, Waldstraße einrichten

442 Aber auch außerhalb der Bildungseinrichtungen sind Erfahrungsräume für die
443 Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bedeutsam. Aus diesem Grund soll eine
444 konzeptionelle und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Jugendarbeit mit der
445 Zielgruppe Jugendliche ab 14 Jahren erfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass an den
446 Interessen und den Bedarfen der Jugendlichen orientierte Treffpunkte geschaffen
447 werden, die ein vielfältiges Bildungs-, Freizeit-, kulturelles und soziales Programm
448 inklusive Proberäumen für Jugendliche (Verbandsjugendliche und auch Nicht-
449 Organisierte) bieten.

450 • Auf Initiative der SPD ist in der letzten Wahlperiode die Errichtung eines „Haus der
451 Jugendverbände“ geprüft worden. Wir halten an dieser Idee fest und wollen
452 weiterhin nach Möglichkeiten suchen diese in die Realität umzusetzen.

453
454 • Wir wollen zudem prüfen, ob die Angebote des städtischen Ferienprogramms durch
455 Jugendverbände ergänzt werden können. Hierdurch könnten Angebote für Kinder
456 über zwölf Jahren geschaffen und gleichzeitig neue Mitglieder für die
457 Jugendverbände gewonnen werden.

458 • In den Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen sind die bisherigen Angebote
459 des Projekts „Schöne Ferien vor Ort“ weiter auszubauen und das Angebot der
460 Kunstwerker in allen Stadtteilen mit hoher Bedarfslage zu gewährleisten.

461

462 Ältere Menschen

463 Im Zuge der demographischen Entwicklung wird der Anteil alter und hochbetagter
464 Menschen an der Gesamtbevölkerung unserer Landeshauptstadt zunehmen. Diese
465 älter werdende Generation ist mobiler, selbstständiger und legt Wert auf ein
466 selbstbestimmtes Leben im Alter. Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, dass
467 nicht alle älteren Bürgerinnen und Bürger besser ausgebildet und im Wohlstand
468 aufgewachsen sind; einige Menschen sind auch im Alter, beispielsweise durch
469 unterbrochene Erwerbsbiografien, von Armut bedroht.

470 Für die Wiesbadener SPD war deshalb bereits in den vergangenen Jahren die Schaffung
471 von sozialen und räumlichen Strukturen, die sowohl eine autonome Lebensführung
472 und gesellschaftliche Teilhabe als auch ein umfassendes Versorgungs- und

473 Betreuungsangebot bereithält, vorrangig. Aus diesem Grund wurden die wohnortnahe
474 Infrastruktur und die Nahversorgung (beispielsweise in der Bierstadter Straße und der
475 Comeniusstraße), der öffentliche Nahverkehr (Beispielsweise die Linienführung der
476 Buslinie 8 durch das Komponistenviertel), der bezahlbare Wohnraum für ältere
477 Menschen (u.a. bei verschiedenen Neubau- und Sanierungsprojekten wie
478 beispielsweise in der Dante-, Bregenzer- und Salizéstraße), das bürgerschaftliche
479 Engagement und die Weiterbildungsmöglichkeiten im Alter, aber auch die ambulante
480 sowie stationäre Versorgung und Betreuung im Alter wiederholt durch die SPD in den
481 Blick genommen und nachhaltig unterstützt.

482

483 **Die Sicherung der Teilhabe und der selbstbestimmten Lebensführung als**
484 **kommunalpolitische Verpflichtung**

485 Der Pflegebericht des Sozialdezernates von 2014 zeigt auf, dass in den nächsten Jahren
486 in der Altenarbeit mit einem deutlichen Zuwachs der alten Menschen mit einem
487 komplexen Hilfebedarf zu rechnen ist: In der Folge wird nicht nur die absolute Zahl der
488 hilfs- und pflegebedürftigen Menschen steigen, sondern insbesondere die Zahl der
489 Männer, der Menschen mit Migrationshintergrund und die Zahl der an Demenz
490 Erkrankten.

491 Aber auch die Altersarmut wird in den nächsten Jahren zunehmen; schon heute zeigen
492 sich eklatante Unterschiede in Teilhabemöglichkeiten von älteren Bürgerinnen und
493 Bürgern in einzelnen Stadtteilen. Können einige ihren Ruhestand finanziell gut
494 abgesichert genießen und vielfältige Möglichkeiten der Stadt (Kultur, Freizeit,
495 Information) nutzen, verfügen andere nicht über diese Möglichkeiten.

496 Deshalb ist die Sicherung der Teilhabe sowie des selbstständigen und
497 selbstbestimmten Lebens im Alter – auch bei Hilfs- und Pflegebedarf und materieller
498 Armut – für die SPD eine wichtige, kommunalpolitische Verpflichtung!

499

500 Wir müssen soziale und räumliche Strukturen schaffen, die älteren Bürgerinnen und
501 Bürgern helfen, aktiv an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen
502 und ihr Leben zugleich möglichst lange autonom zu gestalten. Hierzu zählt ebenfalls
503 die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der zusätzlich barrierefrei ist, in einem

504 Wohnumfeld, welches Nachbarschaftshilfen, altengerechte Wegenetze, fußläufig
505 erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, Treffpunkte, Arztpraxen und mehr miteinschließt
506 und so die soziale und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

507

508

509

510

511 Daraus ergeben sich folgende kommunalpolitischen Forderungen:

512 • Um sich den verändernden Anforderungen und steigenden Fallzahlen anzupassen,
513 ist ein Ausbau der Beratungsstellen für Selbstständiges Leben im Alter erforderlich.

514 • Um der Altersarmut in einem ersten Schritt zu begegnen, ist die offene Altenarbeit
515 in allen Stadtteilen mit hohen Bedarfslagen zu entwickeln, so dass Menschen im
516 Alter auch mit wenig Geld gut leben können; aus diesem Grund wollen wir

517 • die Akademie für Ältere und die örtliche LAB-Gemeinschaft der
518 Lebensabendbewegung e.V. in Wiesbaden „Leben Aktiv Bereichern“ finanziell
519 absichern

520 • und zudem Programme der kommunalen Altenarbeit, wie das Programm 55+,
521 die Treffpunkte aktiv, Ausflüge, Mittagstische, kulturelle Programme und
522 weitere langfristig sichern.

523 • Die (städtisch geförderten) Häuslichen Hilfen für alte und behinderte
524 hilfsbedürftige Menschen müssen finanziell abgesichert werden, um den zu
525 erwartenden Veränderungen mit dem Pflegestärkungsgesetz 2 und dem neuen
526 Pflegebedürftigkeitsbegriff angepasst zu werden.

527 • Die Ergebnisse des Modellprojektes „Besser Leben im Alter durch Technik“, das vom
528 Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, zeigen, dass
529 technische Hilfsmittel in privaten Haushalten hilfs- und pflegebedürftiger
530 Menschen nachhaltig zum Erhalt der Selbständigkeit beitragen können. Deshalb ist
531 eine Absicherung über den Förderzeitraum bis 2016 hinaus für Wiesbaden sinnvoll!

532 • Die SPD Wiesbaden wird in den Stadtteilen die Vorhaben zur bedarfsgerechten
533 Einrichtung von Repair Cafés und Tauschringen nachhaltig unterstützen.

534 • Um weiter die Belange und Interessen von armen, älteren Bürgerinnen und Bürgern
535 in den Stadtteilen zu berücksichtigen, setzt sich die SPD Wiesbaden für die Anlage

536 von Gemeinschaftsgärten zur Selbstversorgung in den Soziale Stadt Stadtteilen
537 Schelmengraben und Gräselberg ein.

538 • Im Hinblick auf die stationäre Pflege sind stationäre Pflegeeinrichtungen
539 stadtteilnah und Gemeinwesen orientiert zu entwickeln und dabei die Standards
540 für die Weiterentwicklung der stationären Altenpflege des Forums Stationäre
541 Altenpflege zugrunde zu legen. Die SPD bekennt sich zur Altenpflege in
542 kommunaler Trägerschaft. Wir werden uns für eine Sanierung des Toni-Sender-
543 Hauses in Biebrich und nach Vorliegen der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur
544 Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses auch für eine tragfähige Lösung in
545 Dotzheim einsetzen.

546

547

548

549

550 **Es geht gemeinsam: Politik für Jung und Alt in Wiesbaden**

551 Grundsätzlich setzt sich die SPD Wiesbaden dafür ein, dass in den Stadtteilen die
552 generationenübergreifende Begegnungen in den Bereichen Musik, Literatur und Kunst
553 abgesichert und ausgebaut werden. Diese generationenübergreifenden Maßnahmen
554 können auch das Wohnumfeld betreffen, so dass entsprechende neue Wohnformen,
555 wie zum Beispiel in Mehrgenerationenhäusern, durch die SPD Wiesbaden unterstützt
556 werden, da diese gegenseitigen Hilfeleistungen, sozialer Teilhabe und gleichzeitig dem
557 Wunsch nach Selbstbestimmung gerecht werden (siehe Abschnitt „Wohnen“).

558

559

560 **4. Stadtentwicklung und Verkehr**

561 Die Wiesbadener SPD hat sich viel für die vergangene Wahlperiode vorgenommen.
562 Etliches wurde erreicht, das meiste auf den Weg gebracht oder angestoßen, aber es
563 bleibt weiterhin viel zu tun. Denn unsere Stadt soll für alle Wiesbadenerinnen und
564 Wiesbadener liebens- und lebenswert bleiben – für alle Generationen, für alle
565 Einkommensschichten und für alle Nationalitäten.

566
567 Wiesbaden ist eine wachsende Stadt mit steigendem Wohnungsbedarf. Ihre
568 Entwicklung darf aber nicht von den Interessen der Investoren bestimmt werden.
569 Investoren haben sich den politisch vorgegebenen Leitlinien der Stadtentwicklung
570 anzupassen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auf ein
571 integriertes Stadtentwicklungskonzept, das die unterschiedlichen Bedürfnisse wie
572 Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Mobilität und Umweltverträglichkeit aufeinander
573 abstimmt und einen Ausgleich zwischen privaten und öffentlichen Interessen,
574 zwischen den Bedürfnissen von Innenstadt und Vororten, zwischen ökologischen und
575 ökonomischen Belangen ermöglicht. Dieses Konzept werden wir zusammen mit den
576 Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln.

577
578 Dabei sind die Beiträge zur Lösung der Verkehrsprobleme der Landeshauptstadt von
579 besonderer Bedeutung. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Wiesbaden schnell,
580 sicher und zuverlässig fortbewegen können. Gleichzeitig sind die Belastungen durch
581 den PKW- und LKW-Verkehr zu reduzieren.

582
583 **In Wiesbaden tut sich was – Bewegung in der Stadtplanung**

584 • Es wurden wieder verstärkt neue Baugebiete geplant und Wohnungen gebaut – vor
585 allem Wohnungen, die sich die Menschen auch leisten können. Die städtischen
586 Wohnbaugesellschaften wurden angehalten, wieder mehr bezahlbare Wohnungen
587 zu bauen und nicht nur auf ihre Rendite zu schauen. Die eingeleiteten
588 Bauleitplanungen für die Entwicklungsgebiete Bierstadt Nord, Hainweg,
589 Lindegelände, Lange Seegewann, Parkfeld und Auf den Eichen können sich sehen
590 lassen und werden von uns weiter vorangetrieben. Allein mit diesen Projekten sind
591 knapp 2300 Wohneinheiten in der Umsetzung.

- 592 In der AG-Flächenentwicklung wurden zahlreiche Gebiete identifiziert, in denen
593 Wohnraum geschaffen werden kann und festgehalten, welche Schritte notwendig
594 sind, um dieses Ziel umzusetzen.
595
- 596 • Um das Besondere an Wiesbaden, die historische Bausubstanz, zu bewahren, wurde
597 durch die Einrichtung des Gestaltungsbeirates über die Gestaltung und Wirkung
598 wichtiger Baumaßnahmen in breiter Öffentlichkeit diskutiert, damit sich
599 gestalterische Bausünden wie die Fassade des Luisenforums künftig nicht
600 wiederholen.
 - 601 • Gleichzeitig haben wir Wiesbaden als Kongressstandort durch den Neubau der
602 Rhein-Main-Hallen in zentraler Innenstadtlage am alten Standort gestärkt.
603
 - 604 • Nach jahrlangem Stillstand konnte sich die Stadt mit dem letzten
605 landwirtschaftlichen Betrieb am Petersweg Ost über dessen Umsiedlung einigen
606 und hat so den Weg frei gemacht, um das gesamte Gebiet zu einem interessanten
607 Standort für die unterschiedlichsten Wirtschaftsbereiche zu entwickeln und die
608 Boelckestraße auszubauen.
609
 - 610 • Durch die Zusammenführung von WiBus und ESWE-Verkehr zu einem
611 Unternehmen gilt bei den Wiesbadener Busfahrerinnen und Busfahrern endlich
612 gleicher Lohn für gleiche Arbeit und wir haben die Voraussetzungen geschaffen,
613 dass auch nach 2017 der Wiesbadener Busverkehr in kommunaler Hand bleibt.
614 Zusätzlich haben wir durch Erhöhung der Zuschüsse das Busangebot ausgeweitet.
615
 - 616 • Durch die Einrichtung eines Radverkehrsforums, die Einstellung einer
617 Fahrradbeauftragten, die Vorlage eines Radverkehrsplans und die Erhöhung der
618 Finanzmittel für den Bau neuer Radverkehrsanlagen haben wir eine Kehrtwende in
619 der Fahrradpolitik in Wiesbaden eingeleitet.
 - 620 • Durch die Planungen am Rheinufer Kastel, dem Stadtumbau Kastel-Kostheim, beim
621 Kureck, dem alten Gericht in der Moritzstraße und beim ehemaligen American-
622 Arms-Hotel in der Frankfurter Straße tragen wir Sozialdemokratinnen und
623 Sozialdemokraten zu einer Verbesserung unseres Stadtbildes bei. Mit dem Ankauf

624 von großen Flächen am Dyckerhoffbruch hat die Stadt auch weiterhin eine positive
625 Entwicklungsperspektive in der Zukunft.

626

627 • Für die Umsiedlung des Baumarktes Hornbach sowie für zwei weitere kleine
628 Fachmärkte werden im Petersweg Ost Sondergebiete „Handel“ ausgewiesen, die
629 zusammen weniger als die Hälfte der Fläche beanspruchen als der einstmalige
630 geplante Möbelmarkt. Das übrige Gebiet kann nun endlich zügig als Gewerbefläche
631 vermarktet werden.

632

633 **An die guten Entwicklungen der letzten Jahre anknüpfen –**

634 **Stadtentwicklung aus einem Guss**

635 Da die meisten relevanten Fachpläne überholt sind, fehlt es an einem Leitbild, wohin
636 sich unsere Stadt entwickeln soll. Häufig wurden in der Vergangenheit Entscheidungen
637 über Ansiedlungen oder die Entwicklung eines Quartiers getroffen, ohne eine Lösung
638 für die Folgeprobleme (Verkehrsanbindung, Bedarf an sozialer Infrastruktur)
639 anzubieten. Da wir eine Entwicklungsstrategie brauchen, haben wir externe Fachleute
640 beauftragt, gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern
641 unserer Stadt das Wiesbadener Integrierte Stadtentwicklungskonzept (WISEK) sowie
642 einen neuen Verkehrsentwicklungsplan 2030 zu erarbeiten.

643 Um auch die notwendigen Gestaltungsspielräume für die Umsetzung der Ziele zu
644 haben, brauchen wir eine Bodenbevorratungspolitik, wie sie z.B. durch den Ankauf von
645 Teilen des Dyckerhoffbruchs wieder verstärkt betrieben wurde. Ziel der Stadt muss es
646 weiterhin sein, alle ehemaligen US-Militärflächen zu erwerben.

647 Die Entwicklung der Landeshauptstadt ist mit den anderen Kommunen in der
648 Metropolregion Rhein-Main abzustimmen. Im Wettbewerb der Standorte wird
649 Wiesbaden zukünftig nur bestehen, wenn wir uns stärker als Bestandteil der Rhein-
650 Main-Region begreifen.

651

652 **Bau von neuen Wohnungen**

653 Die ohnehin angespannte Situation auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt, die nach
654 einem starken Abgang an Sozialwohnungen (Entlassung aus der Mietpreisbindung)
655 besonders das Segment des bezahlbaren Wohnraums betrifft, wird weiter anhalten –
656 allein aufgrund des erwarteten Bevölkerungszuwachses im Rhein-Main-Gebiet bzw. in
657 Wiesbaden sowie aufgrund des demografischen Wandels.

658 Um Flächenverbrauch, Bodenversiegelung und Infrastrukturkosten so gering wie
659 möglich zu halten, nutzen wir die Möglichkeiten der behutsamen Nachverdichtung
660 und Arrondierung. Aber wir brauchen auch neue Baugebiete. Deshalb wurden alle
661 potentiellen Flächen zusammengestellt und unter Berücksichtigung der ökologischen,
662 verkehrlichen und sozialen Aspekte bewertet. Für einige Gebiete werden zurzeit
663 konkret die Bebauungspläne erarbeitet.

664 Wir werden die Planungen für neue Baugebiete vorantreiben und uns um deren zügige
665 Umsetzung bemühen. Dabei gilt aber für uns „qualitative Entwicklung vor
666 quantitativer Entwicklung“.

667 So ist konsequent auf eine ökologisch und sozial vertretbare Bauweise zu setzen.
668 Einrichtungen zur Kinderbetreuung sind mit zu planen. Gleichzeitig werden wir
669 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns auch für gut ausgestattete Spielplätze
670 für Familien sowie für die Gestaltung von Lebenswelten für Jugendliche, die in der
671 Stadt bislang nur wenig attraktive Orte und Angebote vorfinden, einsetzen. Außerdem
672 setzen wir auf eine Durchmischung der Wohngebiete und fördern deshalb das
673 Mehrgenerationenwohnen und Wohnangebote für Studenten- oder
674 Seniorenwohngemeinschaften. Zur verkehrlichen Infrastruktur gehören ein gut
675 ausgebautes Wegenetz für den Fuß- und Radverkehr sowie eine Anbindung an das
676 ÖPNV-Netz.

677 Investoren neuer Wohngebiete haben sich grundsätzlich nicht nur an der technischen,
678 sondern auch an der sozialen Infrastruktur zu beteiligen und einen bestimmten Anteil
679 der Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau (mit Mietpreisbindung) zu errichten.
680 Anzustreben ist eine Quote von 30 Prozent.

681 Diese Forderungen an die Investoren sind – wie in einigen anderen Städten – in einer
682 Verordnung über die sozialgerechte Bodennutzung festzuschreiben, damit für alle
683 Beteiligten die gleichen Bedingungen gelten.

684

685 **Gewerbegebiete**

686 Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wiesbaden werden Flächen für
687 Dienstleistungen und produzierendes Gewerbe benötigt – sowohl für ansässige
688 Betriebe, die sich verändern/vergrößern wollen, als auch für Neuansiedlungen für die
689 unterschiedlichsten Wirtschaftsbereiche bzw. Arbeitsplätze.

690 Dafür werden wir die Strukturplanungen für das Gewerbe, die wir für den Bereich
691 Biebrich/Schierstein in die Wege geleitet haben, auch für andere Stadtteile
692 durchführen zur Sicherung vorhandener Betriebsstätten, Mobilisierung von
693 brachliegenden Gewerbe- und Verkehrsflächen sowie Überprüfung, welche Flächen für
694 Wohnen, Handel, Dienstleistungen oder produzierendes Gewerbe geeignet sind. Dazu
695 gehört auch die Fortsetzung der durch uns wieder verstärkt eingeführten
696 Bodenbevorratungspolitik.

697 Nach der Einigung über die Umsiedlung des letzten landwirtschaftlichen Betriebes am
698 Petersweg Ost können nun die Bebauungspläne in Kraft gesetzt werden, damit sich das
699 gesamte Gebiet zu einem interessanten Standort für die unterschiedlichsten
700 Wirtschaftsbereiche entwickelt. Gleichzeitig kann nun endlich die Boelckestraße aus
701 den Bodenwertzuwächsen ausgebaut werden, da das Gebiet schon zum größten Teil
702 der Stadt gehört.

703 Außerdem ist ein Entwicklungskonzept für die Teile des Dyckerhoffbruchs zu
704 erarbeiten, die die Stadt kürzlich erworben hat. Dieses Konzept soll für das Gelände
705 sowohl Gewerbenutzung als auch Wohnnutzung sowie Flächen für Naherholung
706 vorsehen.

707

708 **Innenstadt**

709 Wir setzen uns für eine Innenstadt ein, die ein besonders lebendiger Teil unserer Stadt
710 ist und deren zentrale Funktion für das öffentliche Leben, Kultur und Handel
711 beibehalten oder verstärkt werden soll. Dabei beobachten wir mit Sorge ein
712 Abwandern oder Schließen alt eingesessener Geschäfte. Aber auch in den
713 Randgebieten der Fußgängerzone ist ein Leerstand oder die Zwischenvermietung in

714 „Ein-Euro-Shops“ vermehrt zu finden. Selbst die vergleichsweise neuen
715 Einkaufsgalerien „Luisenforum“ und „Lilien-Carré“ zeigen eine hohe Fluktuation auf,
716 was auf strukturelle Probleme hinweist.

717 Nach den Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese wird der Einzelhandelsstandort
718 „Innenstadt“ nun durch die Zunahme des Online-Handels gefährdet. Um hier ein
719 Gegengewicht zu setzen, muss durch einen Mix der Geschäfte und der Attraktivität des
720 Umfeldes der Innenstadtbesuch zu einem Einkaufserlebnis werden. Deshalb haben wir
721 das Gebiet zwischen der Fußgängerzone und Schwalbacher Straße sowie Teile der
722 südlichen Innenstadt für das Förderprogramm des Bundes und des Landes „Aktive
723 Kernbereiche“ angemeldet und mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger den
724 ersten Entwurf eines Handlungskonzeptes vorgelegt.

725 Damit die Innenstadt nach Ladenschluss nicht zu einem menschenleeren
726 Gewerbegebiet wird, werden wir künftig bei Neubauten eine gewerbliche Nutzung nur
727 in Verbindung mit Schaffung von Wohnraum genehmigen. Die Stadt muss öffentliche
728 Nutzungen und ein kulturelles Angebot, die das Zentrum beleben, verstärkt fördern.

729 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aufenthaltsqualität ihrer Straßen und Plätze
730 erhöht wird, auch wenn das zu Lasten von oberirdischen Parkplätzen im öffentlichen
731 Straßenraum und zum Rückbau von Fahrspuren führen sollte. Zusammen mit dem
732 Einzelhandelsverband muss ein Logistikkonzept erarbeitet werden, um die Belastungen
733 durch den Andienungsverkehr zu reduzieren.

734 Die Erreichbarkeit der Innenstadt muss unkompliziert und vor allem schadstoffarm
735 sein – sowohl aus den Stadtteilen als auch aus dem Umland. Wir werden für
736 ausreichende Abstellplätze für Fahrräder sorgen und darauf achten, dass bei der
737 Planung des Busverkehrs neben dem Berufs- und Schülerverkehr auch dem
738 Einkaufsverkehr Rechnung getragen wird. Auch sind die Möglichkeiten von Park-and-
739 Ride mit entsprechenden Pendelverkehren von den Parkplätzen in die Innenstadt zum
740 Einkaufen und zum Besuch größerer Veranstaltungen auszubauen.

741 Um die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Innenstadt noch
742 attraktiver zu machen, denken wir über eine Ringbuslinie nach, die kontinuierlich um
743 das historische Fünfeck und die Fußgängerzone fährt und damit das Einkaufen ohne
744 Auto in der Stadt bequemer macht.

745

746 **Historisches Stadtbild erhalten**

747 Die historische Bausubstanz, eben das typisch Wiesbadener Flair, zu bewahren und
748 gleichzeitig dem berechtigten Interesse einer moderner Großstadt nach

749 Weiterentwicklung nicht im Wege zu stehen, stellt uns vor besondere

750 Herausforderungen. Einerseits verbietet es sich, die Vergangenheit stilistisch zu
751 imitieren oder gar zu rekonstruieren. Neubauten müssen als solche erkennbar sein.

752 Andererseits muss sich die Bebauung in der historischen Kernzone strukturell an der
753 Umgebung orientieren.

754 Die Landeshauptstadt unterstützt Besitzerinnen und Besitzer von denkmalgeschützten
755 Immobilien mit Rat und Tat, um das Stadtbild und eine qualitätsvolle

756 Fassadengestaltung zu erhalten. Deshalb sollen dem Leitfaden „Energetisches Sanieren
757 denkmalgeschützter Gebäude in Wiesbaden“ weitere Handreichungen zur Seite
758 gestellt werden.

759 Die Stadt soll in regelmäßigen Abständen einen Wettbewerb für die gelungenste
760 Sanierungsmaßnahme sowie für den besten Neubau im denkmalgeschützten Umfeld

761 ausloben und so ein positives Klima schaffen. Außerdem werden wir den

762 Gestaltungsbeirat beibehalten.

763 Die SPD hat die Bewerbung von Wiesbaden als UNESCO-Weltkulturerbe immer
764 unterstützt. Nach Umschwenken von der Einzelbewerbung hin zu der seriellen

765 Bewerbung im Rahmen der „Great Spas of Europe“ hat sich letztere als nicht

766 unproblematisch gezeigt. Deshalb wird die Teilnahme Wiesbadens an dieser seriellen

767 Bewerbung von uns auf den Prüfstand gestellt und nach einer Evaluation entschieden,

768 ob – auch im Hinblick auf die einzusetzenden Ressourcen – an der Bewerbung

769 festgehalten wird.

770

771 **Verkehr**

772 Es ist davon auszugehen, dass in der nächsten Zeit die Mobilitätsbedürfnisse in

773 Wiesbaden noch steigen werden. Zur Schonung von Stadtbild und Umwelt muss

774 deshalb vorrangiges Ziel sein, die Abhängigkeit von der PKW-Nutzung zu verringern.

775 Dafür werden wir Fuß- und Radwege ausbauen und verstärkt den Öffentlichen
776 Nahverkehr fördern.

777 Leider sehen wir aktuell wegen fehlender Mittel von Bund, Land und auch in
778 Wiesbaden selbst, keine Realisierungsmöglichkeit für eine Regiobahn in Wiesbaden.
779 Deshalb werden wir – was den öffentlichen Nahverkehr anbelangt – weiter auf die
780 Verbesserung des Busverkehrs und der Ländchesbahn setzen sowie eine bessere
781 Vernetzung in die Region vorantreiben. Zudem werden wir die Einführung eines
782 „intelligenten“ das heißt Computer gestützten Verkehrsleitsystems ggf. mit weiteren
783 Partnern in der Region prüfen.

784

785 Konkret bedeutet das:

- 786 • Maßnahmen der Busbeschleunigung wie Busspuren oder Vorrangschaltungen
787 der Ampeln sind zu verstärken, auch wenn sie zu Lasten der anderen
788 Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer gehen.
789
- 790 • Wir werden die Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben in Mainz und in
791 den umliegenden Landkreisen intensivieren, zum einen um die Linienführung
792 und die Taktungen besser auf einander abzustimmen, vor allem aber auch um
793 Kosten im Bereich der Wartung und Verwaltung des Fuhrparks zu sparen.
794
- 795 • Nach Vorlage des Radverkehrsplans werden wir Sozialdemokratinnen und
796 Sozialdemokraten uns dafür einsetzen, dass er auch zügig umgesetzt wird –
797 auch wenn die eine oder andere Maßnahme nur zu Lasten von Parkplätzen oder
798 Fahrspuren zu realisieren ist. Bei allen Planungsvorhaben müssen
799 Wegverbindungen ein besonderes Augenmerk erhalten, um den Rad- und
800 Fußverkehr attraktiver zu machen und unnötige Verkehre zu vermeiden.
801
- 802 • Der vierspurige Ausbau der Boelckestraße bis zum Otto-Suhr-Ring wird
803 kurzfristig vorgenommen werden. Ob weitere größere Straßenbaumaßnahmen
804 oder verkehrliche Entlastungen und wenn ja, welche, in den östlichen Vororten
805 verfolgt werden, wird erst nach der Vorlage des von uns in Auftrag gegebenen
806 Verkehrsentwicklungsplans zu entscheiden sein. Auch wenn gerade in

- 807 Bereichen, in denen die Anwohnerinnen und Anwohner sehr stark unter der
808 Verkehrsbelastung leiden, eine Entlastung sinnvoll wäre, sehen wir bei der
809 angespannten finanziellen Lage der Stadt und den bestehenden
810 Eigentumsverhältnissen kurzfristig keine Möglichkeit diese Entlastung durch
811 den Neubau von Straßen zu erreichen.
- 812 • Bei den stark belastenden Berufsverkehren müssen wir insbesondere für die Ein-
813 und Auspendelnden in Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen
814 Möglichkeiten finden, den PKW-Verkehr zu reduzieren und Park-and-Ride-
815 Parkplätze außerhalb des eigentlichen Stadtgebiets zu errichten.
- 816
- 817 Wir setzen uns dafür ein, dass eine starke und kompetente Stadtverwaltung
818 Entscheidungen transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar vorbereitet,
819 und wir wollen Bürgerinnen und Bürger soweit wie möglich in die Gestaltungsprozesse
820 einbinden. Dies gilt auch für die nächsten, konkreten Schritte:
- 821
- 822 • Nach Fertigstellung der Rhein-Main-Hallen wird die Friedrich-Ebert-Allee zwischen
823 den Hallen und dem Landesmuseum umgestaltet. Um dem öffentlichen Raum
824 mehr Aufenthaltsqualität zu geben, werden u.a. nicht notwendige Fahrspuren
825 zurückgebaut. Vergleichbares stellen wir uns auch für die Schwalbacher Straße in
826 Höhe des Platzes der deutschen Einheit vor.
- 827
- 828 • Mit dem Neubau des Coulinparkhauses sollen im Zusammenhang mit der
829 Ladenpassage durch das neue Parkhaus das Gemeindebadgäßchen und die
830 Schützenhofstraße aufgewertet werden.
- 831
- 832 • Nach der Vorlage einer Machbarkeitsstudie für den Elsässer Platz, die zurzeit
833 erarbeitet wird, werden wir zusammen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern
834 über die künftige Nutzung des Platzes entscheiden.
- 835
- 836 • Wir werden einen externen Gutachter beauftragen, Möglichkeiten der
837 Beschleunigung des Busverkehrs zu untersuchen, auch wenn sie zu Lasten der
838 anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer gehen, und ihre Vor- und Nachteile
839 sowie ihre Umsetzungskosten darzulegen. Dabei sollen vor allem weitere

- 840 Vorrangschaltungen der Ampeln sowie der Verlängerung der Busspuren –
841 beispielsweise auf dem 1. Ring einschließlich der Einfädelung in die Schiersteiner
842 Straße – und Expresslinien von den Vororten in die Innenstadt
843 Untersuchungsgegenstand sein.
844
- 845 • Die Landeshauptstadt wird sich bemühen, alle rechtlichen Möglichkeiten zur
846 Förderung von Car-Sharing auszunutzen.
847
 - 848 • Auf der Grundlage des Radverkehrsplans werden wir eine Maßnahmenliste für den
849 Ausbau der Radwege erstellen und für eine zügige Umsetzung sorgen. Dabei wird
850 der sogenannte Alltagsverkehr Priorität haben und Fahrradverleihstationen werden
851 zu integrieren sein.
852
 - 853 • Wir werden Tempo 30 in den Nachtzeiten prüfen und auch für Durchgangsstraßen
854 mit Wohnbebauung beim Land ein Tempolimit beantragen. Außerdem werden wir
855 das Durchfahrtsverbot für LKW weiter verfolgen.
856
- 857 Zusätzlich denken wir auch über folgende Maßnahmen nach:
- 858 • Dynamisch angepasste Ampelschaltungen
 - 859 • Variable Anpassung der Höchstgeschwindigkeiten durch
860 Wechselverkehrszeichen an stark belasteten Streckenabschnitten zu Stoßzeiten
861
- 862 Die auf der Übermittlung von Standortdaten basierende aktive Koordination des
863 Vorfahrtverkehrs für Busse, wie beispielsweise bei der Ampel-Schaltung am Platz der
864 Deutschen Einheit, halten wir für sinnvoll und wollen diese Technik, wo es möglich ist,
865 auch an anderen Verkehrsknotenpunkten einsetzen.
866

867 **5. Wohnen**

868 Wiesbaden ist eine wachsende Stadt: Nicht nur für Familien, auch für Studierende und
869 viele andere Menschen ist Wiesbaden zu einem attraktiven Lebensort geworden.

870 Damit steigt aber auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, dessen Schaffung – für
871 Familien, Studierende, ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Menschen mit kleinem
872 Einkommen – nach wie vor ein wichtiges Ziel der sozialdemokratischen Politik ist.

873 Grundsätzlich ist der Wiesbadener SPD dabei nicht nur die soziale Durchmischung in
874 den Wohngebieten, welche die Vielfalt der in unserer Stadt lebenden Menschen
875 widerspiegelt, wichtig. Auch das Wohnumfeld spielt bei der Entwicklung von
876 Wohngebieten eine entscheidende Rolle. Auf diese Weise wird die Teilhabe (sozial,
877 kulturell) und somit auch die Selbstständigkeit und Lebensqualität der Menschen im
878 Quartier langfristig verbessert und gesichert. Insbesondere Projekte der Sozialen Stadt,
879 wie beispielsweise in Biebrich und im Westend haben die Bedeutsamkeit und den
880 Erfolg dieses Modells bestätigt.

881

882 **Neue Flächen für Wiesbaden**

883 Mit der Erschließung neuer Baugebiete hat sich die SPD-Rathausfraktion bereits in den
884 letzten fünf Jahren dafür eingesetzt, dass bei Neubauprojekten ein Anteil von
885 Wohneinheiten für Menschen mit kleinen Einkommen realisiert wird (aktuell z.B. in der
886 Bierstadter Höhe). Auf diese Weise sollte einer Reduzierung der Zahl der geförderten
887 Wohnungen entgegengewirkt und nachhaltig der geförderte Wohnungsbau verstärkt
888 werden. Darüber hinaus wurden sowohl studentische (beispielsweise in der Jean-
889 Monet-Straße, auf dem Freudenberg und in der Blücherstraße) als auch altersgerechte
890 Wohneinheiten (siehe Kapitel „Politik für Jung und Alt in Wiesbaden“) in Neubau- und
891 Sanierungsprojekten berücksichtigt.

892 Gleichzeitig wurde als Maßnahme der Verbesserung des Wohnumfeldes der
893 Schelmengraben in das Projekt „Soziale Stadt“ aufgenommen und zusätzlich um ein
894 „Plus“ ergänzt: Dies beinhaltet eine deutlich verstärkte Gemeinwesenarbeit mit den
895 Schwerpunktzielen Erhöhung der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie Teilhabe
896 (durch gemeinsame Projekte in einem dialogischen Prozess mit den Bürgerinnen und
897 Bürgern vor Ort).

898

899 **Mehr bezahlbarer Wohnraum:**

900 **für Menschen mit kleinen Einkommen**

901 Viele Menschen sind in Wiesbaden auf Wohnungssuche – insbesondere der Bedarf an
902 bezahlbarem Wohnraum ist groß. Für die SPD ist deshalb vordringliches Ziel vor allem
903 für Familien, Studierende, Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen
904 Wohnraum zu schaffen. Neben dem Neubau stellen aber auch
905 Bestandsmodernisierung und -sanierung ein wichtiges Element dar, um eine
906 ausreichende Versorgung mit altersgerechten und barrierefreien Wohnungen
907 sicherzustellen.

908 Die aktuellen Entwicklungen in der Nachfrage nach Wohnraum machen deutlich, dass
909 dies ein zentrales Thema der kommenden Jahre sein wird, dem sich die Wiesbadener
910 SPD verstärkt widmen wird. Dabei legen wir den Fokus vor allem darauf, für
911 diejenigen, die sich nicht immer auf dem privaten Markt versorgen können,
912 Wohnungen zur Verfügung zu stellen:

913

914 Bei allen Wohnbauprojekten sollen deshalb quartiersverträglich auch zukünftig
915 Wohnungen für Menschen mit kleinen Einkommen eingeplant werden. Wir wollen
916 deshalb langfristig einen Anteil von 30 Prozent gefördertem Wohnungsbau erreichen.

917 Darüber hinaus setzt sich die SPD Wiesbaden dafür ein, dass bei den städtischen
918 Wohnbaugesellschaften insbesondere nach energetischen und/oder barrierefreien
919 Modernisierungen die Mieten auf preiswertem Niveau gehalten werden.

920 Nach wie vor ist Wohnraum in Wiesbaden knapp und mitunter teuer – aus diesem
921 Grund setzt sich die SPD Wiesbaden dafür ein, die Schaffung von mehr bezahlbarem
922 Wohnraum in Wiesbaden weiter voranzutreiben.

923 Die SPD Wiesbaden begrüßt in diesem Zusammenhang ebenfalls die so genannte
924 „Mietpreisbremse“; jedoch sind wir nicht damit einverstanden, dass stadtteilbezogene
925 Ausnahmen existieren sollen – eine Herausnahme von Stadtteilen ist nach Auffassung

926 der SPD nicht tragbar, da der gesamtstädtische Wohnungsmarkt noch immer
927 angespannt ist.

928

929 für Studenten

930 Der wachsenden Zahl an Studenten in Wiesbaden stehen derzeit rund 550 Wohnungen
931 zur Verfügung und zahlreiche studentische Wohnungen sind im Bau oder projektiert.

932 Diese Zahl soll auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen, um auch in Zukunft
933 angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können;

934 beispielsweise durch die Schaffung von Studentenwohnungen auf dem Grundstück
935 des ehemaligen American Arms Hotel.

936

937 **6. Schule und Bildung**

938 Gute Bildung ist die wichtigste Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur
939 eigenständigen Lebensgestaltung. Gleichzeitig werden mit einer guten Bildungspolitik
940 die Grundlagen für Chancengleichheit, für gute Arbeit sowie persönlichen und damit
941 allgemeinen Wohlstand gelegt. Gute Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern
942 heute für Familien, wie auch für Unternehmen, ein bestimmender Standortfaktor.

943 Unser Ziel ist es, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu
944 geben, um ihm so die umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und
945 Fähigkeiten zu sichern. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine umfassende
946 demokratische, soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft, für ein
947 selbstbestimmtes Leben. Ziel muss es deshalb sein, dass möglichst jedes Kind einen
948 schulischen Abschluss erreicht, der ihm die Chance auf eine positive Lebensperspektive
949 und die Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnet. Schulbildung und Weiterbildung sind
950 zentral für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern. Wir dürfen kein Kind
951 zurücklassen. Auch angesichts des demographischen Wandels und des
952 Fachkräftemangels können wir es uns nicht erlauben, auch nur einen jungen Menschen
953 nicht hinreichend zu fördern.

954

955

956 **Bildungsgerechtigkeit:**

957 Wiesbaden ist eine reiche Stadt – aber auch eine sozial gespaltene Stadt. So lebt etwa
958 jedes vierte Kind unter 15 Jahren von staatlichen Leistungen. In Stadtteilen mit hohen
959 sozialen Bedarfslagen liegt die Quote noch höher. Kinder in diesen Stadtteilen zeigen
960 häufig bereits in der Schuleingangsuntersuchung, also im Alter von sechs Jahren,
961 unterdurchschnittliche Kompetenzen, haben somit schlechtere Startbedingungen als
962 ihrer Altersgenossen. Im weiteren Schulverlauf setzt sich diese Tendenz fort: Sie
963 besuchen deutlich seltener Gymnasien und erreichen oft nur formal geringere
964 Bildungsabschlüsse oder verlassen die Schule sogar ohne Abschluss.

965

966 Zwar sind in den vergangenen Jahren die Übergänge von der Grundschule auf
967 Gymnasien oder Integrierte Gesamtschulen deutlich angestiegen, ebenso wie die Zahl
968 der Schülerinnen und Schüler, die das (Fach-)Abitur erreicht haben. Ebenso ist der

969 Anteil der jungen Menschen ohne Schulabschluss deutlich zurückgegangen. Das ist ein
970 wichtiger Erfolg, der auch mit den Bemühungen der SPD Wiesbaden zusammenhängt:
971

- 972 • Schaffung eines ausreichenden IGS-Angebotes in der Gesamtstadt: Hier
973 erhalten Kinder mehr Zeit und mehr Chancen, um formal hohe
974 Bildungsabschlüsse zu erreichen. Leistungsschwächere Phasen führen nicht zu
975 einer Querversetzung, sondern es kann im Klassenverband weiter gelernt
976 werden und später wieder höhere Leistung erbracht werden.
- 977 • Ausbau der Nachmittagsbetreuung und des Ganztagschulangebotes: Die
978 Nachmittagsbetreuung ist ein wichtiger Bestandteil für maximale
979 Bildungschancen (etwa durch Angebote sozialen Lernens, Bildungsberatung,
980 Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe). In der Sekundarstufe I der Haupt- und
981 Gesamtschulen und in den besonderen Bildungsgängen der beruflichen Schulen
982 ist die Arbeit der Schulsozialarbeit unverzichtbar. Berufsorientierung und
983 Übergangsbegleitung sind dabei von besonderer Bedeutung. Arbeitslehre als
984 Fach, beziehungsweise als fächerübergreifendes Angebot, ist in den
985 Schulprofilen zu verankern. Das Land Hessen ist aufgefordert entsprechend
986 qualifiziertes Personal für die Schulen zu sichern.
- 987 • G9-Plätze an Gymnasien: Wir betrachten die Schaffung von weiteren G9-
988 Plätzen ausdrücklich als einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

989
990 Wir wollen weiter die Bildungschancen junger Menschen verbessern. Ziel muss es sein,
991 die Zahl der Querversetzungen und der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu
992 verringern und Schulangebote zu schaffen, die immer wieder Chancen ermöglichen.
993 Hierzu sollen – eingedenk der wenigen Handlungsfelder, die für kommunale
994 Bildungspolitik bestehen – die folgenden Maßnahmen beitragen:

- 995 • Einführung eines Sozialindexes für Wiesbadener Schulen, um die begrenzten
996 Ressourcen mit Schwerpunkt dort einzusetzen, wo die Bedarfe am Größten sind.
997 An neuen Grundschulen oder beim Ausbau der Grundschulkindbetreuung
998 sollen an den Grundschulen, zu deren Einzugsgebiet überwiegend Stadtteile mit
999 hoher oder mittlerer sozialer Bedarfslage zählen, Betreuende Grundschulen als
1000 Betreuungs- und Förderangebot der Jugendhilfe eingerichtet oder das bereits
1001 bestehende Platzangebot der Betreuenden Grundschulen erweitert werden
1002 (vergleiche Kapitel „Soziales“).

- 1003 • Ausbau und nachhaltige Sicherung der Schulsozialarbeit im Rahmen der
1004 Jugendhilfe: Insbesondere an den berufsbildenden Schulen soll die
1005 Schulsozialarbeit ausgebaut werden.
- 1006 • Weiterer Ausbau der Nachmittagsbetreuung sowie der Förderangebote und
1007 Aufbau von echten Ganztagschulen, insbesondere an Grundschulen in
1008 Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen.
- 1009 • Das Bildungsmonitoring der Stadt Wiesbaden soll in Zukunft zu einem echten
1010 Bildungsbericht mit dem Fokus auf Bildungsgerechtigkeit weiterentwickelt
1011 werden. Darin sollen Experten der Bildungs- und Sozialforschung gemeinsam
1012 mit der Fachverwaltung, aber auch Eltern und Kinder konkrete
1013 Handlungsempfehlungen entwickeln, die die Chancen auf Bildungserfolge
1014 erhöhen.

1015 **Schulbau:**

1016 An den Schulen in Wiesbaden herrscht ein großer Investitionsstau in Höhe von
1017 mehreren hundert Millionen Euro. Dies liegt auch an den umfangreichen
1018 Baumaßnahmen im Bildungsbereich in den 1960er und 1970er Jahren, die nun ersetzt
1019 oder saniert werden müssen. Hinzu kommen die erheblichen baulichen Anforderungen
1020 im Bereich der Nachmittagsbetreuung an den Schulen und der Ganztagschule sowie
1021 im Bereich der Inklusion und Barrierefreiheit. Ebenso stellen die stetig wachsenden
1022 Anforderungen an den Brandschutz und die Einrichtung von zusätzlichen
1023 Rettungswegen große Anforderung an die kommunalen Haushalte – insbesondere weil
1024 die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen hat und keine
1025 Nettoneuverschuldung vorgesehen ist. Deshalb ist die Frage des Investitionsstaus auch
1026 nicht lokal auf Wiesbaden begrenzt, sondern stellt sich in der gesamten
1027 Bundesrepublik und insbesondere in Hessen.

1028 Nichtsdestotrotz muss die Stadt Wiesbaden an Lösungen für das Problem arbeiten,
1029 auch wenn dieses in seiner Gesamtheit sicher nicht kurzfristig zu beheben ist. Denn
1030 sanierte Schulen und Unterricht in angemessenen Räumen anstelle von Containern auf
1031 dem Schulhof sind ein zentraler Baustein für gute Bildung und damit für Teilhabe. Die
1032 SPD hat deshalb bereits in ihrer Oppositionszeit großen Wert auf Schulsanierungen
1033 gelegt und eine deutliche Prioritätensetzung verlangt. Unser erstes Projekt in der
1034 Großen Koalition war es deshalb, eine transparente und nachvollziehbare
1035 Prioritätenliste für den Schulbau zu erstellen, aus der die verschiedenen Bedarfe und

1036 eine Reihenfolge der Sanierungs- und Baumaßnahmen ersichtlich werden. Diese
1037 Schulbauliste liegt seit Mai 2012 vor und berücksichtigt neben dem baulichen Zustand
1038 der Gebäude auch sicherheitsrelevante Merkmale und den Raumbedarf der Schule. Die
1039 Schulbauliste wird alle zwei Jahre überarbeitet und fortgeschrieben.

1040
1041 Insgesamt wurden seit 2011 fast 117 Millionen Euro für Schulbaumaßnahmen in
1042 Wiesbaden investiert. Auch die umfangreichen Mittel des Bundes aus dem
1043 Sonderkonjunkturprogramm flossen zu erheblichen Teilen in den Schulbau. Das
1044 kommunale Investitionsprogramm des Landes Hessen im Jahr 2015 in Höhe von 18,5
1045 Millionen Euro wurde komplett für den Schulbau eingeplant und wird ab 2016
1046 umgesetzt.

1047
1048 Derzeit befinden sich an folgenden Schulen Baumaßnahmen in der Abarbeitung:
1049 Rudolf-Dietz-Schule in Naurod, Theodor-Fliedner-Schule in Bierstadt, Gymnasium am
1050 Mosbacher Berg, Diesterwegschule in Biebrich/Waldstraße, Justus-von-Liebig-Schule in
1051 Erbenheim, Konrad-Duden-Schule in Sonnenberg, Peter-Rosegger-Schule in Igstadt und
1052 der Neubau einer Innenstadtgrundschule.

1053 Es gibt weitere dringend notwendige Projekte, die derzeit nicht weiter verfolgt werden
1054 können, weil die notwendigen Mittel fehlen. Dazu gehören die Fritz-Gansberg-Schule,
1055 das Berufsschulzentrum, die Grundschule Breckenheim und die Hafenschule in
1056 Schierstein. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch für diese
1057 Maßnahmen Mittel zur Verfügung gestellt werden und arbeiten an Lösungswegen.
1058 Hierzu gehört auch der Verkauf von Grundstücken zur Finanzierung.

1059
1060 Wir wollen weiterhin die Priorität auf den Schulbau und Investitionen in die Zukunft
1061 unserer Kinder legen. Deshalb wird die Schulbauliste kontinuierlich weiter
1062 abgearbeitet. An folgenden Schulen sind in den nächsten drei Jahren Baumaßnahmen
1063 geplant:
1064 Diesterwegschule, Hebbelschule/Eschenbachschule, Konrad-Duden-Schule, Fritz-
1065 Gansberg-Schule, Hafenschule und Erich Kästner Schule, Justus-von-Liebig-Schule,

1066 Grundschule Breckenheim, Peter-Rosegger-Schule, Berufsschulzentrum, Johannes-
1067 Maaß-Schule, Rudolf-Dietz-Schule, Gymnasium am Mosbacher Berg, Gustav-
1068 Stresemann-Schule. Um notwendige Maßnahmen in Zukunft schneller und damit auch
1069 günstiger anzugehen, wollen wir verstärkt auf Musterraumprogramm und
1070 Modulbauweisen setzen. Bereits durch die deutlich kürzere Bauphase lassen sich Mittel
1071 einsparen und anderweitig verwenden. Außerdem haben wir die Art der Umsetzung
1072 von Schulbauprojekten im Haushaltsvollzug umgestellt. So wird ein verlässliches
1073 Schulbaubudget für fünf Jahre garantiert und es können mehr Projekte gleichzeitig
1074 angegangen werden. Vor allem aber werden bereitgestellte Mittel für den Schulbau
1075 schneller verausgabt.

1076

1077 Für die oben genannten Projekte sind Investitionen von ca. 120 Millionen Euro
1078 notwendig. Die derzeit niedrigen Zinssätze am Kapitalmarkt rechtfertigen eine
1079 Erhöhung der kommunalen Verschuldung – schließlich sind gut ausgestattete Schulen
1080 eine Investition in die Zukunft. Allerdings genehmigt das hessische Innenministerium
1081 als Aufsichtsbehörde unter Verweis auf die Schuldenbremse eine zusätzliche
1082 Kreditaufnahme für Investitionen nur in sehr begrenztem Maße. Dem
1083 sozialdemokratischen Kämmerer Axel Imholz ist es für den Haushalt 2016/17 gelungen,
1084 dem Land die Genehmigung von weiteren fünf Millionen Euro pro Jahr für den
1085 Schulbau zu erstreiten. Aus Sicht der SPD Wiesbaden muss die Schuldenbremse in
1086 Hessen zumindest mit Blick auf die Investitionshaushalte neu diskutiert werden, um
1087 wichtige Maßnahmen im Bereich Schulbau, aber auch bei der sozialen Infrastruktur
1088 umsetzen zu können.

1089

1090 **Schulentwicklungsplanung:**

1091 Nach dem hessischen Schulgesetz besteht das Recht auf eine freie Wahl der Schulform.
1092 Diese ist auch in Wiesbaden grundsätzlich gegeben, aber es bestehen
1093 Einschränkungen bei der räumlichen Verteilung (nicht ausreichendes Platzangebot an
1094 Integrierten Gesamtschulen in der Innenstadt) und bei G9-Plätzen an Gymnasien.
1095 Diese beiden Probleme setzen sich auch bei der hohen Zahl an Querversetzungen von
1096 Gymnasien in der Mittelstufe fort. Die Innenstadt nahen Integrierten Gesamtschulen
1097 verfügen nicht über eine ausreichende Kapazität, um die querversetzten Schülerinnen

1098 und Schüler aufzunehmen. So sind die betroffenen Familien auf das gegliederte
1099 Schulsystem angewiesen. Die Wahlfreiheit wird so in der Realität deutlich
1100 eingeschränkt.

1101 **Angebot an IGS-Plätze:**

1102 Wir haben den Wunsch vieler Eltern nach einer zusätzlichen Integrierten Gesamtschule
1103 (IGS) in der Innenstadt berücksichtigt und die Umwandlung der Heinrich-von-
1104 Kleistschule in eine IGS bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans
1105 eingebracht. Dies war ein zentrales Anliegen der SPD Wiesbaden und Bestandteil
1106 unseres Wahlprogrammes 2011.

1107 Nun liegt die Verantwortung beim Land Hessen und dem Hessischen
1108 Kultusministerium, über die Genehmigung der Umwandlung zu entscheiden. Auf
1109 Grund der hohen Bedarfe an IGS Plätzen in der Innenstadt halten wir unabhängig von
1110 der Entscheidung des Landes an unserer Forderung nach einer zusätzlichen
1111 Gesamtschule fest. Für den Fall der Genehmigung der Umwandlung der Heinrich von
1112 Kleist-Schule in eine IGS durch das Land Hessen wollen wir diese gezielt durch den
1113 Ausbau eines Ganztagesangebots und bei der Umsetzung des neuen IGS-Konzeptes
1114 unterstützen.

1115 **G8 und G9 Angebot:**

1116 In Wiesbaden gibt es zu wenige Gymnasien mit G9-Angebot. Regelmäßig stellt sich bei
1117 den Verteil-Konferenzen im Frühjahr die Problematik, dass etliche Schülerinnen und
1118 Schüler keinen Platz an einem G9-Gymnasium bekommen. Als Schulträger hat die
1119 Stadt Wiesbaden keinen Einfluss auf die Entscheidung zur Rückkehr von G8 zu G9,
1120 denn diese wird ausschließlich in den Schulgemeinden getroffen. Allerdings haben wir
1121 bei der Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule zugestimmt, weil diese als G9-
1122 Gymnasium neu eingerichtet wurde. Dadurch haben wir kurzfristig 90 zusätzliche G9-
1123 Plätze geschaffen. Mit der Elly-Heuss-Schule hat sich zum Jahresende 2015 eine weitere
1124 Schule entschlossen, zu G9 zurückzukehren. Dies sorgt für weitere Entspannung beim
1125 Angebot an G9-Plätzen. Wir werben weiter für die dringend notwendige Rückkehr von
1126 einem G8-Gymnasien zu G9, um den großen Bedarf abzudecken. Die Entwicklung an
1127 der Gutenbergschule zu dieser Frage begrüßen wir ausdrücklich. Schulen, die zu G9
1128 zurückkehren, unterstützen wir bei notwendigen Baumaßnahmen, damit alle

1129 Raumbedarfe erfüllt werden können, die sich aus den zusätzlichen Schülerinnen und
1130 Schülern ergeben.

1131

1132 **Ausbau Oberstufen:**

1133 Wir haben mit dem Beschluss zum Neubau des Oberstufengymnasiums Carl-von-
1134 Ossietzky-Schule (CvO) in Klarenthal das Angebot an Oberstufenplätzen nachhaltig
1135 gesichert. Wir sind überzeugt, dass für die Schülerinnen und Schüler, die nach der
1136 zehnten Klasse weiter zu Schule gehen wollen, ein gutes Oberstufenangebot
1137 vorhanden sein muss. Nach Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule in ein
1138 Vollgymnasium kann das Angebot an Oberstufenplätzen trotz Neubau der CvO
1139 mittelfristig nur durch räumliche Erweiterungen an der Martin-Niemöller-Schule
1140 gedeckt werden. Alternativ, aber ggf. auch ergänzend hierzu, können wir uns eine
1141 Wiedereinrichtung einer Oberstufe an der IGS Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim
1142 vorstellen, wenn sich die dortigen Schülerzahlen weiterhin positiv entwickeln. Somit
1143 würden Amöneburg, Kastel und Kostheim wieder mit einer eigenen Oberstufe versorgt
1144 werden und Leuschner-Schule in ihrem Profil gestärkt werden.

1145 **Berufsschulen:**

1146 Für die Wiesbadener Berufsschulen besteht dringender Bedarf nach mehr
1147 Räumlichkeiten. Diesen möchten wir so schnell wie möglich erfüllen.

1148 **Dialogprozess bei der Erstellung des Schulentwicklungsplans:**

1149 Bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Jahre 2021-26 wollen wir die
1150 Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer z.B. durch Workshops
1151 stärker einbinden. Das bisherige Verfahren, das sich lediglich auf Stellungnahmen des
1152 Stadtelternbeirates, des StadtschülerInnenrates und des Gesamtpersonalrates der
1153 Lehrerinnen und Lehrer des staatlichen Schulamtes Wiesbaden/Rheingau-Taunus
1154 stützt, greift zu kurz. Dafür ist ein frühzeitiger Beginn mit den Planungen notwendig.
1155 Deshalb wollen wir bis 2018 ein Verfahren entwickeln, in dem die Beteiligung der
1156 eingangs genannten Gruppen sichergestellt wird.

1157 Wir fordern darüber hinaus ein einheitliches und gleichzeitiges Anmeldeverfahren für
1158 alle staatlichen Schulen. Die bestehende Sonderregelung der Helene-Lange-Schule soll

1159 aufgehoben werden, um einen echten Wettbewerb zwischen den Wiesbadener
1160 Gesamtschulen zu ermöglichen und gleichzeitig auch eine bessere Schulplanung zu
1161 ermöglichen.

1162 **Inklusion an Schulen:**

1163 Langfristig soll es keine Förderschulen und auch keine Schwerpunktschulen mehr
1164 geben, sondern jede Schule (Grundschule und Sekundarstufe I) soll Kinder mit jedem
1165 Förderschwerpunkt aufnehmen können. Für die SPD Wiesbaden ist klar, dass die Stadt
1166 Wiesbaden die Inklusion im Schulbereich nicht alleine stemmen kann und eine
1167 erhebliche Ausweitung des Engagements des Landes Hessen – angefangen bei der
1168 Frage der Personalausstattung über die Lehrerausbildung bis hin zu den
1169 bereitgestellten finanziellen Mitteln – notwendig ist. Außerdem wird durch die
1170 Debatte über Inklusion das gegliederte Schulsystem grundsätzlich in Frage gestellt, so
1171 dass hier Anpassungen seitens des Landes notwendig wären, die seitens der
1172 Landesregierung vehement abgelehnt werden. Längeres gemeinsames Lernen mit
1173 Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Schülers und
1174 jeder einzelner Schülerin ist der Kernbereich sozialdemokratischer Bildungspolitik.

1175

1176 **Wir wollen:**

1177

- 1178 • die räumlichen Voraussetzungen schaffen (Barrierefreiheit im weitesten Sinne), um
1179 eine inklusive Beschulung zu ermöglichen. Die sich daraus ergebenden
1180 Investitionsbedarfe wollen wir zeitnah erheben und mit der Abarbeitung beginnen.
1181 Idealerweise werden bauliche Maßnahmen an Schulen mit den in der Schulbauliste
1182 erhobenen Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten verknüpft.
- 1183 • Die wohnortnahe Grundschule soll für Kinder mit Förderbedarfen die grundsätzlich
1184 vorgesehene Schule sein. Förderschulen werden damit Schritt für Schritt
1185 überflüssig. Mittelfristig wollen wir die Förderschulen mit dem Schwerpunkt
1186 Lernen, analog der August-Hermann-Francke-Schule, auflösen.
- 1187 • Für den Bereich der Sekundarstufe I wollen wir für die Förderbereiche
1188 Sprachheilförderung, emotionale und soziale Entwicklung, körperliche und
1189 motorische Entwicklung, Sehen sowie Hören Schwerpunktschulen in jeder
1190 Schulform bereitstellen.

- 1191 • Für die Umsetzung dieser Ziele sollen klare zeitliche Perspektiven erarbeitet
1192 werden, bis wann welche Schritte umgesetzt sein sollen.
- 1193 • Wir wollen ein Anreiz-System entwickeln, in dem Schulen durch die Bereitstellung
1194 zusätzlicher Mittel belohnt werden, wenn sie die besonderen Herausforderungen
1195 beim Inklusiven Unterricht auf sich nehmen.

1196

1197 **Ganztagsschule:**

1198 Echte Ganztagsschulen (im sogenannten Profil III) leisten einen wichtigen Beitrag, den
1199 Bildungserfolg der Kinder von ihrer sozialen Herkunft zu entkoppeln, weil dort alle
1200 Schülerinnen und Schüler die Förderung erhalten, die sie brauchen. Die Ganztagsschule
1201 bietet auch Kindern aus Familien, die diese aus verschiedenen Gründen schulisch nicht
1202 im gewünschten Maße unterstützen können, Förderung und trägt zu einem
1203 gelingenden Bildungsverlauf bei. Deshalb wünschen sich viele Eltern und Schülerinnen
1204 und Schüler ein echtes Ganztagsschulangebot – die Plätze sind hingegen Mangelware.
1205 In Wiesbaden arbeitet nur die Blücherschule in Profil III, in ganz Hessen gibt es lediglich
1206 fünf Grundschulen mit einem echten Ganztagsangebot.

1207 Der von der schwarz-grünen Landesregierung angekündigte „Pakt für den Nachmittag“
1208 ist unzureichend. Zwar versucht er, die langjährige Forderung der SPD nach einem
1209 Betreuungsangebot für Kinder berufstätiger Eltern umzusetzen. Er kann jedoch das
1210 pädagogische Konzept echter Ganztagsschulen „aus einem Guss“ nicht ersetzen und
1211 ist zudem erkennbar der Versuch, Kosten und Verantwortung für Ganztagsangebote
1212 auf Kommunen und Eltern abzuschieben.

1213 Das Land Hessen stellt Wiesbaden derzeit pro Schuljahr lediglich fünf zusätzliche
1214 Lehrerstellen aus dem Ganztagsprogramm des Landes zur Verfügung, mit denen das
1215 Angebot an Ganztagsschulen in Wiesbaden ausgebaut werden soll. Auch wenn diese
1216 Mittel grundsätzlich zu gering sind und der Ausbau deshalb nur langsam
1217 vorstangeht, konnten in Wiesbaden einige Schulen profitieren. Dies waren
1218 insbesondere die Alexej-von-Jawlensky-Schule und die Blücherschule. Die wenigen
1219 Stellen des Landes Hessen sollen deshalb vornehmlich dazu genutzt werden, um die
1220 hohe Nachfrage nach echten gebundenen Ganztagsschulen (Profil III) in Stadtteilen mit
1221 hohen sozialen Bedarfslagen abzudecken.

1222 Wir wollen Ganztagschulen in ihrer Arbeit unterstützen, indem wir noch stärker
1223 Angebote zum Austausch von Konzepten, organisatorischen Details und
1224 Kooperationsmöglichkeiten mit (Sport-)Vereinen schaffen. Insbesondere wollen wir
1225 eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden und Schulen ermöglichen.
1226 Für diesen Zweck soll das kommunale Bildungsbüro zu einer „Koordinierungsstelle
1227 Ganztagschule“ weiterentwickelt werden, die einen regelmäßigen Austausch
1228 zwischen den Beteiligten untereinander und möglichen Partnern aus Vereinswelt,
1229 Kultur und Jugendorganisationen ermöglicht.

1230

1231 **Nachmittagsbetreuung an Grundschulen:**

1232 Solange der Ausbau von Ganztagschulen auf Landesebene nur unzureichend
1233 betrieben wird, setzen wir als Kommune auf einen Ausbau der Nachmittagsbetreuung

1234 Während der vergangenen Jahre haben wir das Angebot zur
1235 Grundschulkinderbetreuung massiv ausgebaut. Aus den insgesamt 2100 Plätzen im
1236 Jahr 2011 sind bis Sommer 2015 mehr als 3300 Plätze geworden – dies entspricht einem
1237 Zuwachs von fast 60 Prozent. Davon bieten fast 2700 Plätze ein
1238 Ganztagsbetreuungsangebot.

1239 Außerdem haben wir erhoben, wie hoch der Investitionsbedarf für den Ausbau der
1240 Grundschulkinderbetreuung ist (rund 62 Millionen Euro) und haben im Doppelhaushalt
1241 2014/15 insgesamt 12 Millionen Euro für entsprechende Investitionen bereitgestellt.
1242 Davon haben bereits unter anderem die Jahn-Schule und die Blücherschule profitieren
1243 können. Für weitere Schulen bestehen intensive Vorplanungen, die in den nächsten
1244 Jahren umgesetzt werden sollen.

1245 Wir verfolgen weiterhin das Ziel, die Betreuung für Kinder im Grundschulalter
1246 bedarfsgerecht auszubauen. Bei einer offiziellen Elternbefragung der Stadt wurde
1247 dieser Bedarf für 55 Prozent der Kinder im Grundschulalter festgestellt. Mittelfristig
1248 gehen wir aber von einem weiter steigenden Bedarf aus. Für entsprechende
1249 Baumaßnahmen wollen wir weiterhin hohe Beträge für Investitionen bereitstellen.

1250 Vorrang hat derzeit der Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen, um diese
1251 Betreuungslücke bei den jüngeren Kindern zu schließen. Wir wollen aber jetzt schon

1252 die planerischen Grundlagen schaffen, um auch in den weiterführenden Schulen
1253 (Sekundarstufe I) vermehrt zu Ganztagsangeboten zu gelangen. Dazu möchten wir als
1254 ersten Schritt – wie für die Grundschulen bereits geschehen – die Raumbedarfe für jede
1255 Schule und damit verbunden gegebenenfalls notwendige Umbau- und
1256 Erweiterungsmaßnahmen erheben. Bei Neubauten von Schulgebäuden soll immer
1257 auch ein möglicher Ausbau von Ganztagsangeboten mit geplant werden.

1258 **Weiterbildung:**

1259 Wir wollen Bildung für alle Bevölkerungsschichten erlebbar machen, auch für
1260 diejenigen, die aufgrund ihrer Sozialisation und ihren Lebensverhältnissen einen
1261 erschwerten Zugang haben. Deshalb legen wir Wert auf die Vermittlung, die
1262 Verbindung und die Vernetzung von kommunaler Kulturpolitik mit der Bildungspolitik
1263 und auf die Einrichtungen der Volksbildung. Dazu zählen die Volkshochschulen (VHS),
1264 die Volksbildungswerke (VBW) und Stadt(teil)bibliothek(en) sowie auch die
1265 Wiesbadener Musik- und Kunstschule.

1266

1267 **Volkshochschule und Volksbildungswerke in den Stadtteilen:**

1268 Wiesbaden verfügt mit der Volkshochschule und den Volksbildungswerken in den
1269 Stadtteilen über einen leistungsfähigen und anerkannten Träger der
1270 Erwachsenenbildung. Jährlich nutzen tausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer das
1271 vielfältige Angebot der VHS und der Volksbildungswerke (rund 4000 bis 4300
1272 Kursangebote pro Jahr). Vor allem die Sprachförderung und berufsbildende
1273 Qualifizierung stellen neben dem weit gefassten Angebot der kulturellen Bildung einen
1274 wichtigen Baustein für Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt dar.

1275

1276 Die besondere Wiesbadener Organisation aus einer zentralen Volkshochschule und
1277 dezentralen Bildungswerken in den Stadtteilen hat sich bewährt. Mit dem
1278 vorgenommenen „Monitoring zur Weiterbildung 2014“ wurde die Grundlage für die
1279 mittelfristige Weiterentwicklung der VHS für die nächsten drei bis fünf Jahre gelegt
1280 und soll für uns der Handlungsrahmen sein.

1281 Die VHS nimmt bereits jetzt als Träger von Deutsch-, Integrations- und
1282 Orientierungskursen eine zentrale Rolle bei der sprachlichen und gesellschaftlichen
1283 Integration der geflüchteten Menschen ein, die auch dauerhaft bei uns bleiben werden.
1284 Diese Stellung wird auch in den kommenden Jahren weiter Bestand haben und die

1285 Aufgaben zur Integration und Sprachqualifizierung werden deutlich zunehmen. Auch
1286 die Qualifizierung Langzeitarbeitsloser mit dem Ziel, diese dauerhaft an Arbeit
1287 teilhaben zu lassen, wird in den kommenden Jahren weiterhin eine zentrale Aufgabe
1288 der Volkshochschule sein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die VHS für diese
1289 Herausforderungen finanziell, personell und räumlich entsprechend ausgestattet ist.
1290 Für die Jahre 2016/17 haben wir kurzfristig Projektmittel für Sprachkurse in Höhe von
1291 jährlich 500 000 Euro zur Verfügung gestellt, die vornehmlich für die VHS gedacht sind,
1292 aber grundsätzlich andere Träger nicht ausschließen. Wir wollen im nächsten
1293 Doppelhaushalt die stetig wachsenden Aufgaben der VHS dann auch institutionell
1294 absichern, das heißt den direkten Zuschuss der Stadt an den Bedarf anpassen.

1295

1296 **Mauritius-Mediathek und Stadtteilbibliotheken:**

1297 Mit der neuen Mediathek in der ehemaligen Mauritiuspassage (Hochstättenstraße) hat
1298 die Wiesbadener (Haupt-)Stadtbibliothek ein neues Domizil in der Innenstadt
1299 gefunden. Auch die Musikbibliothek wurde an diesen Standort verlagert. Gemeinsam
1300 bilden sie die Mauritius-Mediathek. Wir stehen für eine moderne, attraktive
1301 Stadtbibliothek im Herzen der Stadt. Dies möchten wir – ebenso wie die notwendige
1302 Personalausstattung und die stetige Weiterentwicklung des Angebotes – weiterhin
1303 unterstützen.

1304 Die Stadtteilbibliotheken in Klarenthal, Kastel, Kostheim und Bierstadt leisten
1305 vorbildliche Arbeit und sind insbesondere für jüngere und ältere Nutzerinnen und
1306 Nutzer eine wohnortnahe Alternative. Auch die Grundschulen in den jeweiligen
1307 Stadtteilen nutzen die Einrichtungen sehr intensiv. Das Angebot in den Stadtteilen
1308 möchten wir aufrechterhalten.

1309

1310 **Hochschulstandort Wiesbaden:**

1311 Wiesbaden ist ein wichtiger Hochschulstandort. Mit der Hochschule Rhein-Main
1312 (ehemals FH Wiesbaden) hat die Stadt ein hervorragendes und auch stark
1313 nachgefragtes Bildungsangebot vor Ort. Zusätzlich hat die Law-School der privaten
1314 European Business-School ihren Sitz in Wiesbaden. Die Hochschule Rhein-Main ist in
1315 den letzten Jahren dank unserer Arbeit viel stärker in die Aufmerksamkeit der
1316 Stadtpolitik und -gesellschaft gerückt. Dies hängt nicht zuletzt mit der engeren
1317 Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschule seit dem Amtsantritt von unserem
1318 Oberbürgermeister Sven Gerich zusammen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekennt

1319 sich zu „ihrer“ Hochschule Rhein-Main und möchte diese auch in Zukunft
1320 unterstützen. Die wichtigste Entscheidung war es, der Hochschule Rhein-Main eine
1321 Entwicklungsperspektive für Baumaßnahmen am Standort Kurt-Schumacher-Ring zu
1322 geben. Dies ist mit den Grundstücken der auslaufenden August-Hermann-Francke-
1323 Schule in der Hollerbornstraße geschehen. Dazu gehört für uns auch weiterhin die
1324 Schaffung von kostengünstigen Wohnungsangeboten für Studentinnen und
1325 Studenten. Die enge Kooperation zwischen Stadtverwaltung, Wirtschaft und
1326 Hochschule Rhein-Main möchten wir weiter ausbauen und zum Vorteil aller stärken.

1327

1328 Hochschule Fresenius:

1329 Nachdem sich die hochtrabenden Pläne der European-Business-School am Standort
1330 Moritzstraße zerschlagen haben, ist es uns gemeinsam mit dem Land Hessen
1331 gelungen, mit der Hochschule Fresenius einen neuen Partner für den Standort zu
1332 finden. Diese möchte mit ihren Fachbereichen Design, Wirtschaft und Medien nach
1333 Wiesbaden ziehen und Räume für rund 1000 Studentinnen und Studenten errichten.
1334 Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag, um auch in Zukunft junge Menschen nach
1335 Wiesbaden zu locken, den Design- und Kreativwirtschaftsstandort zu stärken und das
1336 wichtige innerstädtische Quartier um die Moritz- und Oranienstraße nach dem
1337 Wegzug des Amtsgerichtes an die Mainzer Straße neu zu beleben.

1338

1339 European Business-School:

1340 Die European-Business-School hat in der Vergangenheit erhebliche öffentliche Mittel
1341 erhalten (sowohl vom Land, als auch im Rahmen der Wirtschaftsansiedlung von der
1342 Stadt) oder es wurden Mietrückstände für die von ihr genutzte städtische Immobilie
1343 gestundet. Wir begrüßen, dass die EBS mit der Law-School weiterhin ihren Standort in
1344 Wiesbaden haben wird. Aus Sicht der SPD Wiesbaden sollen jedoch in Zukunft keine
1345 weiteren öffentlichen Mittel der Stadt an die EBS fließen.

1346

1347 **7. Integration**

1348 **Nein zu Rassismus**

1349 Wiesbaden ist eine bunte und weltoffene Stadt, in der für Rassismus und Ausgrenzung
1350 kein Platz ist. Dies hat die „No Pegida“-Demonstration zu Beginn des Jahres 2015
1351 gezeigt – und dies wird seit vielen Monaten von der Hilfs- und Aufnahmebereitschaft
1352 der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger gegenüber den zu uns kommenden
1353 Flüchtlingen bestätigt.

1354
1355 Seit 2004 gibt es im Rathaus einen breit getragenen Grundkonsens in der
1356 Integrationspolitik, an dem die Wiesbadener SPD aktiv mitwirkt, indem sie die
1357 „Wiesbadener Linie der Toleranz und Integration“ in ihrer Arbeit stets berücksichtigt
1358 und in ihrem politischen Handeln fortschreibt. Wer sich in unserer Stadt niederlässt,
1359 wird Teil unserer städtischen Gemeinschaft. Für die Wiesbadener SPD ist es deshalb
1360 selbstverständlich, dass ein gutes, friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben
1361 der alten und der neuen Wiesbadenerinnen und Wiesbadener ermöglicht und erhalten
1362 wird.

1363 Ethnische und religiöse Vielfalt begreifen wir als Chance, verschließen jedoch auch
1364 nicht die Augen vor den Problemen und Herausforderungen, die diese mit sich bringen.
1365 Diese Herausforderungen werden in Wiesbaden seit vielen Jahren aktiv angegangen –
1366 mit Sprachkursen, frühkindlicher Bildung, Qualifizierungs- und
1367 Weiterbildungsprogrammen, aber auch mit Aktivitäten zur Anerkennung von
1368 Qualifikationen und Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden.

1369 Extremistische Weltanschauungen hingegen, die mit unserem Grundverständnis der
1370 Demokratie nicht vereinbar sind, dürfen unser Zusammenleben nicht gefährden und
1371 müssen stets wachsam im Auge behalten werden. Ihnen muss präventiv
1372 entgegengetreten und sie müssen unterbunden werden.

1373

1374 **Vielfalt als Chance**

- 1375 • Interkulturelle Begegnungen bieten besondere Potentiale und Chancen, die sich
1376 in einer weltoffenen und toleranten Stadt wie Wiesbaden widerspiegeln.
1377 Gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren fördern wir den Austausch mit- und
1378 untereinander, der für die Stadtgesellschaft nur ein Gewinn sein kann. Dies hat
1379 erstmals seinen Niederschlag im Integrationskonzept der Jahre 2010-2014

- 1380 gefunden und wird auch Bestandteil des fortgeschriebenen
1381 Integrationskonzepts sein.
1382
- 1383 • Gleichzeitig arbeiten wir in Wiesbaden weiter daran, dass insbesondere Kinder
1384 und Jugendliche mit herkunftsbedingten Startschwierigkeiten bessere
1385 Bildungsabschlüsse erzielen. Der Grundstein dafür wird durch den Besuch in
1386 den Kindertagesstätten gelegt. Der frühzeitige Spracherwerb als notwendiges
1387 Werkzeug für die gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gemeinschaft wird
1388 durch den Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippe, -garten, -
1389 hort, Betreuende Grundschule) gefördert. So kann es durchaus als
1390 sozialpolitischer Erfolg bewertet werden, dass mittlerweile über 90 Prozent der
1391 Kinder mit Migrationshintergrund in Wiesbaden für mindestens 18 Monate den
1392 Kindergarten besuchen.
1393
- 1394 • Im Rahmen der Teilnahme am Landesprogramm „Modellregion Integration“
1395 und dem Nachfolgeprogramm „WIR“ hat die Landeshauptstadt Wiesbaden den
1396 Fokus auf die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und
1397 Berufsabschlüssen, sowie die Eingliederung, vor allem von Frauen, in den
1398 Arbeitsmarkt gerichtet.
1399
- 1400 • In den 26 Ortsbeiräten herrscht ein feines Gespür für das Zusammenleben vor
1401 Ort. Das Stadtparlament hat zu Beginn der Wahlperiode den Ortsbeiräten
1402 empfohlen, über die Berufung von Migrationsbeauftragten zu beraten. Einige
1403 Ortsbeiräte haben in der Folge einen Migrationsbeauftragten benannt. Als
1404 Ansprechpartner und als Stimme für Migrantinnen und Migranten bieten sie ein
1405 zusätzliches Angebot für deren politische Teilhabe.
1406
1407
- 1408 **Wiesbadener Willkommens- und Anerkennungskultur**
1409 Im Zeichen einer gelebten Wiesbadener Willkommens- und Anerkennungskultur
1410 wollen wir weg von einem Integrationsbegriff der auf einseitige Unterordnung unter
1411 eine Leitkultur abstellt. Stattdessen bevorzugen wir das Motto „Vielfalt leben“.

- 1412
- 1413
- 1414
- 1415
- 1416
- 1417
- 1418
- 1419
- 1420
- 1421
- 1422
- 1423
- 1424
- 1425
- 1426
- 1427
- 1428
- 1429
- 1430
- 1431
- 1432
- 1433
- 1434
- 1435
- 1436
- 1437
- 1438
- 1439
- 1440
- 1441
- 1442
- 1443
- Die Wiesbadener SPD befürwortet das Kommunale Wahlrecht von Drittstaatlern mit mindestens fünfjährigem, legalen Aufenthalt, denn nur so ist eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer kommunalen Demokratie möglich. Solange der Weg dazu im Bundestag jedoch nicht frei gemacht wird, bedarf es einer aktiven Interessenvertretung für die Belange der Drittstaatsangehörigen. Der Ausländerbeirat wird diesem Ziel schon aufgrund der veralteten Namensgebung kaum mehr gerecht. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Kommunale Ausländervertretung umbenennt und umstrukturiert. Wir begrüßen das Vorhaben der Landesregierung, nach der Kommunalwahl das Thema grundsätzlich und hessenweit zu betrachten. Wir werden zudem in Wiesbaden gemeinsam mit dem neu gewählten Ausländerbeirat in einem Beteiligungsprozess die Zukunft und Ausrichtung dieses Gremiums erörtern.
 - Wo Menschen sich begegnen werden Vorurteile abgebaut und wird eine Stadt lebenswert. Wir wollen Orte, Gelegenheiten und Veranstaltungen für interkulturelle Begegnungen in den Wiesbadener Stadtteilen fördern.
 - Migrant*innen-Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben und sind ein wichtiger Baustein bei der Gestaltung des Zusammenlebens. Wir wollen den Dialog mit und die Vernetzung von Migrant*innen-Organisationen fördern. Positive Beispiele sind die interkulturelle Öffnung des Stadtjugendrings, die unter anderem zur Ausbildung von ehrenamtlichen Jugendleitern in Moschee-Gemeinden geführt hat; oder MigraMundi, ein Frauennetzwerk, das Träger der erfolgreichen Integrationsassistentinnen ist.
 - Das Thema des religiös begründeten Extremismus ist eine Sorge, die uns als Demokraten beschäftigt. Wir werden diesem Problem gemeinsam auf Augenhöhe mit den organisierten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie Fachexperten begegnen und präventive Projekte fördern. Dazu zählt die strukturelle Stärkung von

1444 Jugendverbänden und Jugendarbeit um bessere Entfaltungsmöglichkeiten für
1445 junge Menschen zu schaffen.

1446 • Wir werden uns mit einer guten Bildungs- und Sozialpolitik weiterhin für
1447 Chancengleichheit und den Abbau von Bildungsbenachteiligung einsetzen.

1448

1449 • In den letzten Jahren ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
1450 im gehobenen und höheren Dienst der Stadtverwaltung gestiegen, der als
1451 Indikator für eine strukturelle interkulturelle Öffnung im Öffentlichen Dienst
1452 gilt. Daran gilt es anzuknüpfen und gleichzeitig entsprechende Fortbildungen in
1453 der gesamten Stadtverwaltung fortzusetzen, die unsere Mitarbeiterinnen und
1454 Mitarbeiter auf die steigenden Anforderungen unserer interkulturellen
1455 Stadtgemeinschaft vorbereiten.

1456

1457

1458 **2016 – Das Jahr der Städtepartnerschaften**

1459 Städtepartnerschaften haben in Wiesbaden eine lange Tradition. Zwischen Wiesbaden
1460 und Klagenfurt besteht seit 1930 die älteste Städtepartnerschaft der Welt. Wir
1461 unterstützen die Idee von Oberbürgermeister Sven Gerich, 2016 zum Jahr der
1462 Städtepartnerschaften zu machen. Ziel ist es, die Städte- und Stadtteilpartnerschaften
1463 weiter zu intensivieren und, wo nötig, wiederzubeleben. Städtepartnerschaften
1464 bestehen nicht zwischen Rathäusern, sondern zwischen Menschen; sie müssen gelebt
1465 und gepflegt werden. Dazu will auch die Wiesbadener SPD beitragen.

1466

1467 8. Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

1468 Die SPD im Dialog

1469 Entscheidungen, die im Rathaus getroffen werden, haben meist unmittelbare
1470 Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Wir
1471 Sozialdemokraten wollen den Rahmen für das Zusammenleben in Wiesbaden
1472 sorgfältig und vernünftig gestalten. Dafür ist es unabdingbar, stets im Dialog mit den
1473 Bürgerinnen und Bürgern zu sein. Nur in einer Kultur des Zuhörens und des
1474 Miteinander Redens, lassen sich Konflikte lösen und kann der Ausgleich
1475 unterschiedlicher Interessen erfolgen. Für diese Kultur steht die Wiesbadener SPD.
1476 Gleichwohl bedarf es am Ende immer auch des Mutes und der Verantwortung, im
1477 Sinne des Gemeinwohls parlamentarische Entscheidungen zu treffen.

1478
1479 Jeder Dritte in unserer Stadt engagiert sich in seiner Freizeit ehrenamtlich – in
1480 Vereinen, bei der Feuerwehr, in Jugendverbänden oder Parteien. Ohne dieses
1481 Engagement wäre unsere Stadt kälter und nicht so lebenswert. Wir sehen dieses
1482 Engagement auch in Zeiten knapper Kassen nicht als Lückenbüßer für einen sich
1483 zurückziehenden Staat. Vielmehr bedeutet bürgerschaftliches Engagement für uns
1484 Teilhabe am sozialen Miteinander und an den demokratischen Prozessen in unserer
1485 Stadt. Daher wollen wir dieses Engagement fördern und anerkennen.

1486
1487 Zum guten Zusammenleben in unserer Stadt tragen auch die vielen Feste, Kerben oder
1488 die Fastnacht in der Innenstadt, den Stadtteilen und Vororten bei – zum
1489 überwiegenden Teil Veranstaltungen, die rein ehrenamtlich organisiert werden. Wir
1490 stehen an der Seite der Vereine und setzen uns im Rathaus weiterhin dafür ein, dass
1491 die Verwaltung bei der Genehmigung und Durchführung dieser Veranstaltungen ein
1492 guter Partner ist.

1493

1494

1495 Leitlinienprozess zur Bürgerbeteiligung

- 1496 • Auf Initiative der SPD-Rathausfraktion und des Oberbürgermeisters Sven Gerich
1497 hat das Stadtparlament die Erarbeitung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung
1498 beschlossen. Unter der Überschrift „Bürger. Macht. Mit.“ waren alle Bürgerinnen
1499 und Bürger dazu aufgerufen, gemeinsam mit Politik und Verwaltung Leitlinien
1500 für die zukünftige Bürgerbeteiligung zu erarbeiten. Unser Hauptanliegen war

- 1501 und ist dabei, die Menschen in Wiesbaden so früh und umfassend wie möglich
1502 zu informieren und bei bestimmten Vorhaben von Anfang an zu beteiligen.
1503
- 1504 • Beispielhaft hierfür ist das vom Oberbürgermeister initiierte
1505 Beteiligungsverfahren zur Zukunft der Bürgerhäuser in Kastel und Kostheim:
1506 Zunächst fanden Workshops mit den Vereinen und Institutionen statt, die
1507 derzeit die beiden Bürgerhäuser nutzen. Im Anschluss gab es eine
1508 Bürgerversammlung, bei der alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über die
1509 Vor- und Nachteile der beiden Varianten – Sanierung der alten Häuser oder
1510 Neubau eines neuen, gemeinsamen Bürgerhauses – diskutieren konnten.
1511 Schließlich wurde in den Ortsbeiräten entschieden, welche der beiden Varianten
1512 vom Magistrat weiterverfolgt werden soll. Auch bei anderen städtebaulichen
1513 Entwicklungen fanden in den letzten Jahren Informations- und
1514 Dialogveranstaltungen statt.
1515
- 1516 • Im Rahmen eines Runden Tisches mit Vertreterinnen und Vertretern der
1517 Vereinsringe hat Oberbürgermeister Sven Gerich einen neuen Schwerpunkt in
1518 der Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich aktiven Menschen in unserer
1519 Stadtgesellschaft gesetzt. Neben der Abarbeitung von
1520 genehmigungsrechtlichen Problemen bei Festen und Veranstaltungen ist ein
1521 erstes Ergebnis dieses ersten Runden Tisches die Bereitstellung von
1522 Bestuhlungsplänen in Bürgerhäusern, die den Vereinen und Aktiven vor Ort am
1523 Herzen liegt. Die SPD-Rathausfraktion hat dies mit einem Antrag in der
1524 Stadtverordnetenversammlung unterstützt und unter anderem die Erarbeitung
1525 einer Checkliste für Vereine sowie einen Rundbrief an die Vereine angeregt, in
1526 dem über etwaige Änderungen von Gesetzen, Richtlinien oder Verordnungen
1527 informiert wird.
- 1528 • Mit einer Erhöhung der finanziellen Mittel und dem Umzug des
1529 Freiwilligenzentrums in das Schenksche Haus in der Friedrichstraße haben wir
1530 die Rahmenbedingungen für die Förderung ehrenamtlichen Engagements in
1531 den letzten Jahren spürbar verbessert. Das Freiwilligenzentrum ist eine
1532 Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für freiwilliges und
1533 bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden.
1534

1535 • Die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ist uns ein wichtiges Anliegen.
1536 Dank unserer Initiative gibt es seit Sommer 2012 nun endlich auch in Wiesbaden
1537 Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiterkarte (Juleica), beispielsweise in
1538 unseren Schwimmbädern.

1539
1540

1541 **Bürgerbeteiligung leben. Freiwilligenzentrum stärken.**

1542

1543 • Nachdem das Stadtparlament die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung beschlossen
1544 hat, müssen diese von Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern gelebt
1545 werden. Mehr Bürgerbeteiligung macht auch mehr Arbeit und nimmt Zeit in
1546 Anspruch. Daher wird es notwendig sein, dies künftig im städtischen Haushalt
1547 mit ausreichend Mitteln zu hinterlegen.

1548 • Wir wollen mit geeigneten Methoden auch mehr Beteiligungsmöglichkeiten für
1549 Kinder und Jugendliche schaffen.

1550

1551 • Im Sommer 2015 haben die öffentlichen Auftaktveranstaltungen zum
1552 Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Wiesbaden 2030“ (WISEK) und zum
1553 Verkehrsentwicklungsplan (VEP) stattgefunden. Auch hier sind alle
1554 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger dazu eingeladen, in den kommenden
1555 Jahren an Ideen und Konzepten zur zukünftigen Entwicklung ihrer Stadt
1556 mitzuwirken.

1557

1558 • Durch die Beteiligung an demokratischen Prozessen, aber auch durch
1559 ehrenamtliches Engagement steigt die Identifikation der Menschen mit ihrer
1560 Stadt, ihrem Stadtteil oder vor Ort. Wir wollen gemeinsam mit allen
1561 Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern das WIR-Gefühl in unserer Stadt stärken.

1562

1563 • Die Teilhabe und aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger wird immer
1564 wichtiger zur Aufrechterhaltung einer funktionierenden Stadtgesellschaft.
1565 Gerade die Integration unserer Flüchtlinge in unsere Stadt ist eine Aufgabe, die
1566 nur mit enger Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gelingen kann. Das
1567 Freiwilligenzentrum nimmt bei der Förderung, Begleitung und Koordination des

1568 ehrenamtlichen Engagements eine zentrale Rolle ein. Es leistet als Agent für
1569 ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement einen sehr bedeutenden
1570 Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadt und ihres Gemeinwesens. Wir
1571 wollen in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Freiwilligenzentrum und
1572 weiteren wichtigen Akteuren ehrenamtlichen Engagements (beispielsweise mit
1573 dem Stadtjugendring oder dem Sportkreis) eine übergreifende Strategie
1574 kommunaler Engagementpolitik entwickeln. Diese Politik sollte auf
1575 gesellschaftliche Herausforderungen reagieren, die Rahmenbedingungen für
1576 ehrenamtliches Engagement verbessern und eine Vernetzung der
1577 unterschiedlichen Akteure zum Ziel haben. Die Schaffung einer Stabsstelle zur
1578 Förderung und Koordination von Bürgerengagement durch Oberbürgermeister
1579 Sven Gerich war dahingehend ein erster richtiger und wichtiger Schritt. Darauf
1580 wollen wir aufbauen. Wir wollen das soziale Netz in unserer Stadt auch durch
1581 die Förderung ehrenamtlichen Engagements enger knüpfen und professionelle
1582 Angebote hierdurch sinnvoll ergänzen. Um dies und um die Aktivierung von
1583 weiterem ehrenamtlichen Engagement zu erreichen, wollen wir das
1584 Freiwilligenzentrum in den kommenden Jahren noch weiter stärken.

1585

- 1586 • Auch das Bürgerkolleg ist eine wichtige Institution zur Begleitung und
1587 Weiterbildung von ehrenamtlich Tätigen, die wir weiter stärken wollen. Viele
1588 Vorstände klagen über die Notwendigkeiten der Vereinsverwaltung. Daher
1589 wollen wir unter Einbeziehung des Bürgerkollegs ein Modellprojekt prüfen, bei
1590 dem wir den Wiesbadener Vereinen eine hauptamtliche Begleitung zur
1591 Verfügung stellen, um sie bei der Kassenführung und anderen
1592 Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

1593

- 1594 • Wir wollen den Stadtjugendring darin unterstützen, Jugendliche für
1595 ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und im Dialog mit den Schulen die
1596 Rahmenbedingungen hierfür verbessern.

1597

1598

1599 **9. Netzpolitik**

1600 Die Digitalisierung schreitet voran und erfasst alle Lebensbereiche. Für unsere Stadt
1601 wollen wir uns diesen Herausforderungen stellen, die sich dadurch bietenden Chancen
1602 erkennen und nutzen. Dabei sind die möglichen Risiken zu erkennen und zu vermeiden.
1603 Eine kluge Digitalisierung kann Wiesbaden effizienter, technologisch fortschrittlicher,
1604 umweltfreundlicher und sozial inklusiver machen.

1605

1606 **Die Stadt braucht eine digitale Strategie**

1607 Der digitale Wandel braucht seinen Platz im kommunalpolitischen Tagesgeschäft.
1608 Klare politische Strukturen im Hinblick auf Digitalisierung müssen geschaffen und mit
1609 Leben gefüllt werden. Digitalisierung als Querschnittsthema ist zentral und zugleich
1610 fachbereichsübergreifend zu platzieren.

1611 Deswegen wollen wir uns auch in der Stadtverordnetenversammlung verstärkt des
1612 Themas Digitalisierung annehmen.

1613 Die Kompetenz für die Digitalisierung liegt aktuell bei unserem Dezernenten Axel
1614 Imholz. Diese Kompetenz wollen wir als Querschnittsbereich strategisch aufwerten,
1615 um den Herausforderungen in diesem Bereich besser gewachsen zu sein.

1616

1617

1618

1619

1620 **Formulierung eines digitalen Leitbildes**

1621 Wiesbaden braucht eine digitale Gesamtstrategie. Bei der Entwicklung der
1622 kommunalen Digitalisierungsstrategie ist es wichtig, dass alle Bereiche des Stadtlebens
1623 berücksichtigt werden. Dazu gehören die Bevölkerung, Mobilität, Umwelt, Wirtschaft
1624 und Verwaltung. Bei der Entwicklung einer solchen kommunalen
1625 Digitalisierungsstrategie auf dem Weg zu einer „Smart City“ wollen wir kompetente
1626 Kooperationspartner wie die Hochschule Rhein-Main und innovative Unternehmen
1627 unserer Stadt einbinden.

1628

1629 **Digitale Infrastruktur und Breitbandausbau vorantreiben**

1630 **Öffentliches WLAN**

1631 WLAN ist ein wichtiges Hilfsmittel, um den Besuchern unserer Stadt aber auch den
1632 Bürgern den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Mit der Einführung eines
1633 kostenlosen und öffentlich zugänglichen WLAN Hotspots am Wiesbadener Rathaus
1634 und an der Mauritius-Mediathek wurde der erste Schritt getan. Damit geben wir uns
1635 jedoch nicht zufrieden. Die SPD Wiesbaden wird an allen öffentlichen Einrichtungen
1636 dieser Stadt (Schulen, Ortsverwaltungen, Stadtbücherei, Ämter mit Besucherverkehr)
1637 sowie auch an größeren Bushaltestellen und mindestens in jedem Ortsteil die
1638 Einrichtung eines kostenlosen und öffentlich zugänglichen WI(esbaden)-LAN Hotspots
1639 prüfen und nach und nach umsetzen.

1640 Dabei bevorzugen wir eine differenzierte Strategie, welche auf ehrenamtliche, nicht
1641 kommerzielle Anbieter, insbesondere Freifunk, setzt, ergänzt durch das Angebot
1642 kommerzieller Anbieter. Die Netzneutralität muss jedoch gewahrt bleiben. Ein
1643 flächendeckendes WLAN Netz schaffen wir nur mit einer innovativen und flexiblen
1644 Lösung. So prüfen wir, ob eine Zusammenarbeit mit dem örtlichen Einzelhandel oder
1645 weiteren Profiteuren eines attraktiveren Standorts möglich ist.

1646

1647

1648 **Flächendeckende Breitbandversorgung**

1649 Unser Ziel ist die Möglichkeit der Anbindung an das Internet mit mind. 1GBit/s für
1650 Wirtschaftsunternehmen in Gewerbegebieten und die Möglichkeit der Anbindung mit
1651 mind. 100MBit/s für mindestens 95 Prozent der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.
1652 Mit der Zeit bedarf es einer stetigen Anpassung dieser Werte unter Berücksichtigung
1653 der technologischen Entwicklung.

1654 Für uns ist die Glasfasertechnologie aktuell die einzige zukunftsfähige Technologie. So
1655 streben wir an, zukünftig bei Tiefbauarbeiten die nötigen Glasfaserkabel oder
1656 Leerrohre gleich mit zu verlegen.

1657

1658

1659

1660 **Wiesbadens Wirtschaft für den Digitalen Wandel stärken**

1661 **Industrie 4.0**

1662 Wiesbadens Wirtschaft wird zunehmend durch den Digitalen Wandel geprägt. Nicht
1663 nur die IKT Branche und die klassischen Technologieunternehmen verändern sich,
1664 sondern auch die klassische Industrie und der Mittelstand sind betroffen. Die vierte
1665 industrielle Revolution (Industrie 4.0) hat Auswirkungen auf Produktionsprozesse in
1666 den Betrieben und auf industriennahe Dienstleistungen. Das verarbeitende Gewerbe
1667 macht knapp ein Drittel der Wiesbadener Wirtschaftsleistung aus. Die Stadt
1668 Wiesbaden hat die Aufgabe, gemeinsam mit den ansässigen Unternehmen diesen
1669 Wandel zu gestalten und zukunftssicher zu machen. Dabei bedarf es stärkerer
1670 Verbindungen zu innovativen Unternehmen (Start-up's) und der Forschung. Eine
1671 Zusammenarbeit mit der Hochschule Rhein-Main und weiteren wissenschaftlichen
1672 Institutionen in der Umgebung ist für uns erstrebenswert.

1673 Start-up's

1674 Start-up-Unternehmen sind mit ihrer innovativen Arbeit und ihrem kreativen Denken
1675 der Treibstoff für Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende Schaffung von
1676 Arbeitsplätzen. Bereits heute ist eine Vielzahl von Start-up's in Wiesbaden ansässig.
1677 Ihre Leistungen tragen zu Innovationen in den unterschiedlichsten Branchen in
1678 Wiesbaden bei. Wir werden geeignete Standorte für Start-up-Cluster in Wiesbaden
1679 prüfen und bestehende weiter fördern. Zudem wird eine stärkere Verknüpfung mit
1680 Schulen und Hochschulen zur Nachwuchsförderung anvisiert.

1681

1682 Bildung und Forschung für den digitalen Wandel

1683 Bildung ist der Schlüssel zur verantwortungsvollen und sicheren Teilhabe an der
1684 digitalen Gesellschaft. Die junge Generation wächst mit den neuen digitalen
1685 Möglichkeiten auf, es fehlt jedoch häufig die nötige Medienkompetenz, um sicher mit
1686 der neuen Technik umgehen zu können. Digitale Teilhabe darf nicht an den finanziellen
1687 Möglichkeiten der Familien scheitern. Die SPD Wiesbaden setzt sich daher dafür ein,
1688 dass alle Schülerinnen und Schüler den Umgang mit der digitalen Gesellschaft lernen.
1689 Der digitale Wandel betrifft jedoch nicht nur Wiesbadens Schülerinnen und Schüler,
1690 sondern auch die ältere Generation, die sich durch den technischen Fortschritt
1691 zunehmend abgehängt fühlt. Die SPD Wiesbaden wird lebenslanges Lernen stärken
1692 und vermehrt Angebote anstoßen.

1693

1694 **Digitale Verwaltung (E-Government)**

1695 E-Government-Dienste müssen echte Mehrwerte bieten die eine vollständige
1696 elektronische Abwicklung von Behördengängen erlauben wie z.B. einfache Online-
1697 Bezahlungsmöglichkeiten, den Verzicht auf doppelte Daten und Dokumentenerfassung,
1698 mobile Erinnerungsdienste und automatische Verlängerungen.

1699

1700 **Open Data**

1701 Wir wollen die Daten, die der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen oder die sie
1702 erstellt, allen Bürgerinnen und Bürgern zur Nutzung, Weitergabe und
1703 Weiterverwendung zur Verfügung stellen. Die Grenzen der Offenlegung der Daten
1704 werden durch Gesetze vorgegeben (Datenschutz, Urheberrecht). Schon jetzt werden
1705 zahlreiche Daten über das Internet zur Verfügung gestellt, so beispielsweise der
1706 Haushaltsplan der Stadt, Gutachten, sofern dies rechtlich möglich ist, sowie
1707 Bebauungspläne, statistische Berichte und vieles mehr. Daran wollen wir festhalten
1708 und dort, wo es möglich ist, noch mehr Informationen zur Verfügung stellen.
1709 Unser Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger an der Stadtgestaltung zu beteiligen. Mit
1710 Open Data soll es möglich sein, Bürgerdienste von Bürgern für Bürger zu schaffen.
1711

1712 **Bessere Bürgerinformation und mehr Bürgerbeteiligung**

1713 Die Digitalisierung eröffnet neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die SPD
1714 Wiesbaden möchte die direkte zeit- und ortsunabhängige Information über politische
1715 Entscheidungsprozesse und die Beteiligung an diesen unterstützen und fördert damit
1716 den barrierefreien Zugang zu politischen Prozessen. Gremienarbeit und die Einbindung
1717 der Bürgerinnen und Bürger vor Ort bleiben für die SPD Wiesbaden unerlässliche
1718 Bestandteile von politischen Entscheidungsfindungen. Wir sehen jedoch noch
1719 Potenzial bei den Themen digitale Informationsplattformen, digitale
1720 Beschwerdestellen (Petitionsplattformen) und Möglichkeiten digitaler
1721 Meinungsfindung und Kundgabe.

- 1722 Wir sehen dies als einen wichtigen Schritt an, die Arbeit der Kommunalpolitik und der
1723 Stadtverwaltung transparenter zu gestalten und mehr Bürgerinnen und Bürger in
1724 kommunale Entscheidungen einzubinden.
1725

1726 **10. Umwelt-, Klima- und Naturschutz**

1727 Umweltpolitik, Klima- und Naturschutz sind die wichtigen kommunalpolitischen
1728 Handlungsfelder. Sie bestimmen unseren Lebensraum und sorgen dafür, dass
1729 Menschen, aber auch Tiere und Pflanzen überhaupt leben können. Wir haben erkennen
1730 müssen, dass jede Entscheidung, die wir täglich treffen, Auswirkungen auf unser
1731 Ökosystem hat. Deshalb ist Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen und
1732 auch so zu denken. Das Landschaftsprogramm der Wiesbadener SPD bleibt dabei
1733 weiterhin Handlungsrahmen und Orientierungshilfe.

1734

1735 Klimaschutz ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit: Jede und jeder muss auch
1736 vor Ort ihren und seinen Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung zu begrenzen.
1737 Wiesbaden hat sich deshalb Klimaschutzziele „auferlegt“. Unter dem Motto „20-20-20“
1738 wollen wir bis ins Jahr 2020 nicht nur 20 Prozent unseres Energiebedarfs aus
1739 erneuerbaren Energien decken, sondern auch den Energieverbrauch um 20 Prozent
1740 senken. Ein zentrales Vorhaben ist für uns deshalb die Realisierung von bis zu zehn
1741 Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm.

1742

1743

1744

1745 **Unsere Arbeit im Bereich Klimaschutz und Energiewende**

1746 In den vergangenen Jahren haben wir gemeinsam mit der ESWE Versorgungs AG eine
1747 Vielzahl von Projekten initiiert und durchgeführt, um die Klimaschutzziele zu erreichen.
1748 Beispielhaft dafür ist, dass das städtische Programm zum Austausch alter
1749 Heizkesselanlagen verlängert wurde und entsprechende Mittel in den Haushalt
1750 eingestellt wurden. Zusätzlich beteiligen wir uns verstärkt an Projekten zur
1751 regenerativen Energieerzeugung und treiben gemeinsam mit dem Umweltamt und der
1752 ESWE Versorgungs AG den Ausbau der regenerativen Energien im Wiesbadener
1753 Stadtgebiet voran. So wurde als ein Teil der lokalen regenerativen Energieerzeugung
1754 Ende 2013 das neue Biomasseheizkraftwerk in Betrieb genommen.

1755

1756 Zur Lebenswirklichkeit im Rhein-Main-Gebiet gehört die Belastung durch Fluglärm. Mit
1757 Bürgermeister Arno Goßmann setzt sich die Stadt unter anderem in der
1758 Fluglärmkommission endlich wieder für die Verringerung der Lärmbelastung ein. Die
1759 SPD setzt sich für die weitere Reduzierung der Flugbewegungen, die Einhaltung der
1760 zugesagten Flugrouten mit einem robusten und einsehbaren Überprüfungssystem
1761 sowie ergänzende Lärmschutzmaßnahmen am Boden ein.

1762

1763 Auch in den kommenden Jahren gibt es unseres Erachtens zentrale Bereiche, in denen
1764 wir nicht nachlassen dürfen, für mehr Lebensqualität durch Umweltschutz zu kämpfen.

1765

1766 Ein erhebliches Problem stellt in Wiesbaden immer noch der motorisierte
1767 Individualverkehr dar. Hier geht es nicht nur um die Verringerung von
1768 Luftschadstoffen, sondern auch um Lärmschutz in besonders betroffenen Gebieten.

1769

1770 Die Themen Stadtbegrünung und Biodiversität sind für uns eine langfristige Aufgabe.
1771 Ob Baumscheiben, freie Grundstücke oder Dachflächen – Wiesbaden soll zum Wohle
1772 des städtischen Klimas und der Tier- und Pflanzenwelt „grüner“ werden.

1773 Wohnbebauung und Gewerbeansiedlung verbrauchen Flächen. Den Flächenverbrauch
1774 zu reduzieren und dennoch neues Wohnen und Arbeiten zu schaffen, ist eine zentrale
1775 Herausforderung der kommenden Jahre. Für die SPD sind Klimaschutz und
1776 Energiewende auch kommunale Aufgaben. Wir begrüßen das erarbeitete
1777 Klimaschutzkonzept und werden dafür sorgen, dass es auch konsequent umgesetzt
1778 wird.

1779 Zusammengefasst in sechs zentrale Bereiche werden wir im Bereich Umwelt-, Klima-
1780 und Naturschutz folgende Schwerpunkte setzen:

1781

1782 **Luft, Lärm und Verkehr**

1783 Die Einführung der Umweltzone war ein wichtiger und richtiger Schritt. Nun müssen
1784 wir auch darauf hinwirken, dass diese Bemühungen nicht durch andere Entwicklungen
1785 konterkariert werden. Deshalb will die SPD dafür Sorge tragen, dass nach und nach nur
1786 noch Busse mit schadstoffarmen Antrieben bei ESWE eingesetzt werden.

1787 Der Luftreinhalteplan ist ein wichtiges Instrument, um Problemen schnell und wirksam
1788 entgegenzutreten zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Maßnahmen des
1789 Luftreinhalteplans umgesetzt werden.

1790 Wir setzen uns weiterhin für die Erarbeitung eines Konzeptes zur Förderung der
1791 Elektromobilität mit Ökostrom (Elektrotankstellen/Ladestationen, Pedelecs, E-Bikes, E-
1792 Autos) ein.

1793 Der Lärmaktionsplan muss weiter umgesetzt und fortgeschrieben werden.

1794

1795

1796

1797 **Innenstadt Begrünung neu gestalten**

1798 Im Stadtbild von Wiesbaden finden sich bereits vielerorts Baumscheiben, die dank des
1799 bürgerschaftlichen Engagements betreut und verschönert wurden. Die Bepflanzung
1800 dient dem Wohl des Baumes und kann zudem Lebensraum für eine Vielzahl von
1801 Lebewesen schaffen. Es ist gut, dass vielen Menschen ihre Stadt so am Herzen liegt. Wir
1802 setzen uns dafür ein, dass die Baumscheibenpatenschaften weiter gefördert und
1803 beworben werden.

1804 Informationen über geeignete Saatmischungen werden den Bürgerinnen und Bürgern
1805 zukünftig vom Grünflächenamt zur Verfügung gestellt. Auch bei der Begrünung von
1806 Straßen- und Wegesrändern, Mittelstreifen und Kreisverkehren soll in Zukunft auf
1807 Saatmischungen zurückgegriffen werden, die einen Beitrag zur Biodiversität
1808 (beispielsweise Pflanzensorten, die als Bienenweiden oder als Stütze für
1809 Schmetterlingsarten dienen) in unserer Stadt leisten.

1810 Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen, die auf geeigneten Grundstücken
1811 „Stadtgärten“ errichten wollen, in denen neben den üblichen Pflanzenarten auch
1812 Tomaten, Bohnen und andere essbare Pflanzen angeboten werden.

1813 Wir werden in der Stadtbegrünung neue Wege beschreiten, z.B. mit Fassaden- und
1814 Flachdachbegrünung und bei der Aufstellung von Bebauungsplänen oder deren
1815 Veränderung auf die Umsetzung dieses Ziels achten. Es ist heute schon rechtlich
1816 möglich etwa eine bestimmte Fassadengestaltung (helle Farben um eine Überhitzung
1817 zu vermeiden oder eine Begrünung) vorzuschreiben. Die SPD setzt sich dafür ein, diese
1818 Instrumente zum Wohle des Stadtklimas auch sinnvoll und konsequent zu nutzen. Die
1819 SPD Wiesbaden möchte ökologische Kriterien auch bei der Vergabe von Baustoffen
1820 berücksichtigen.

1821

1822 **Stadtentwicklung und Umweltschutz**

1823 Stadtentwicklung auf der einen Seite, Klima-, Umwelt- und Naturschutz auf der
1824 anderen müssen stärker miteinander verbunden werden. Möglich ist dies durch die
1825 Fortführung des Konzepts der Landschaftsparks, die zum grünen Netz weiterentwickelt
1826 werden sollen. Dieses Netz entlang der Bachläufe verbessert die kleinklimatische
1827 Situation, ist Naherholungsbereich, verbindet ruhige Gebiete und stellt eine
1828 naturschutzrelevante Biotopstruktur bis in die Innenstadt dar.

1829 Wir werden dafür eintreten, dass die vorhandenen Ansätze dieses Netzes, z.B. das
1830 Wellritztal oder der Landschaftspark Maarau, erhalten und weiterentwickelt werden.
1831 Unser Ziel ist es, Wiesbaden zur „Wohlfühlstadt“ zu machen, die Mensch und Natur als
1832 eine Einheit sieht.

1833 Eine ausgeglichene Bilanz zwischen neu bebauten und entsiegelten sowie
1834 renaturierten Flächen ist wichtig. Wo es möglich ist, soll Regenwasser versickern
1835 können.

1836 Darüber hinaus wollen wir weiter Flächen entsiegeln. Dazu benötigen wir dringend
1837 einen Plan für Flächenrecycling und ein Flächen- und Brachflächenmanagement.

1838 Bei der Planung von neuen Wohngebieten soll auch der Artenschutz berücksichtigt
1839 werden. In einem Pilotprojekt sollen die Fassaden der Neubauten mit Schlitzfenstern und

1840 Hohlräumen ausgestattet werden, die als Nistplätze und Unterkünfte für Sperlinge,
1841 Mauersegler, Fledermäuse und andere Arten geeignet sind, insbesondere für solche,
1842 die gefährdet sind. Im Falle der Bewährung sollten solche „Mensch-Tier-WGs“ in
1843 Wiesbaden Standard werden.

1844 Darüber hinaus setzen wir uns für die Erhaltung und Entwicklung von
1845 naturschutzrelevanten Biotopstrukturen und Sekundärbiotopen ein.

1846

1847 Saubere Energie und gutes Klima

1848 Fast 40 Prozent des Energieverbrauchs der privaten Haushalte entfallen auf Gebäude.
1849 Gerade Wiesbadens Altbaubestand (25 Prozent der bebauten Fläche stehen unter
1850 Denkmalschutz, dies betrifft etwa 10 000 Objekte) bietet hier ein riesiges Potenzial.
1851 Energetische Sanierung muss deshalb weiter gefördert werden – vor allem im
1852 Altbaubestand. Die Stadt Wiesbaden, allen voran das Umweltamt, hat hier auch im
1853 Bereich der Information der Bürgerinnen und Bürger schon viel getan. Denkmal- und
1854 Klimaschutz sind durchaus vereinbar. Dies muss weiter gefördert werden.

1855 Neubauten müssen ökologischen Standards entsprechen. Dort, wo es sinnvoll und
1856 möglich ist, sollen eigene kleine Blockheizkraftwerke die Quartiere versorgen. Vor
1857 allem bei der Planung neuer Wohngebiete soll dies Berücksichtigung finden.

1858 Das Kesselaustauschprogramm soll ergänzt werden durch ein Programm zur
1859 energetischen Sanierung, bei dem beispielsweise Zwangsbelüftungen mit
1860 Gegenstromprinzip oder Innendämmung gefördert werden. Beides sind nachhaltige
1861 technische Lösungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs.

1862 Vor allem aber benötigt die Stadt ein eigenständiges Energiemanagement, welches
1863 beim Umweltamt angesiedelt werden soll. Am Beispiel Frankfurt kann man sehen, dass
1864 dort das ermittelte Einsparpotential so hoch war, dass sich die Maßnahme schon nach
1865 relativ kurzer Laufzeit von selbst getragen hat.

1866 Natürlich gilt weiterhin, dass wir einen möglichst großen Anteil unserer produzierten
1867 Energie aus erneuerbaren Energiequellen gewinnen wollen. Hierzu zählt neben
1868 Solar/Photovoltaik und Windenergie auch die Tiefengeothermie. Sollten die

1869 Untersuchungen positiv abgeschlossen werden, wird sich die SPD für die Nutzung
1870 dieser Energiequelle aussprechen.

1871 Darüber hinaus wollen wir den Ausbau der Nahwärmenetze voranbringen.

1872 Die SPD Wiesbaden wird sich auch für eine finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und
1873 Bürger einsetzen – zumindest dort, wo es gewünscht wird. Als Vorbild kann hier etwa
1874 „Mein Solar Wiesbaden“ dienen, wo es Bürgerinnen und Bürgern schon heute möglich
1875 ist, sich an regenerativen Energien finanziell zu beteiligen.

1876

1877 **Naturschutz – Biodiversität**

1878 Die SPD wird dafür sorgen, dass die Stadt eine kommunale Biodiversitätsstrategie
1879 erarbeitet und umsetzt. Wir wollen sicherstellen, dass ökologische Parameter in alle
1880 Planungswerke aufgenommen und umgesetzt werden. Durch gezieltes Handeln von
1881 Politik und Verwaltung hat die Stadt durchaus eine gute Möglichkeit, aktiv über einen
1882 positiven Umgang mit Natur und Landschaft zu entscheiden!

1883 Besondere Bedeutung haben dabei:

- 1884 • die Erhaltung und Entwicklung von Kalt-und Frischluftschneisen
- 1885 • die Erweiterung der Überschwemmungsbereiche für die Fließgewässer (Bäche)
- 1886 und – wo noch möglich – die Fortsetzung des Programms „Bäche ans Licht“
- 1887 • die Biotopkartierung fortzuführen, welche unter anderem Grünstrukturen
- 1888 erfasst und Biotopelemente, die als Trittsteinbiotope, Wanderwege,
- 1889 Nahrungsquellen oder Ruheplätze für siedlungsbezogene Tierarten dienen
- 1890 • die vorrangige Ausweisung der von den Naturschutzverbänden
- 1891 vorgeschlagenen Naturschutzgebiete; insbesondere die Bereiche „Aussicht in
- 1892 Bierstadt“, der „Scheuerling“ in Breckenheim, der „Leierkopf“ in Frauenstein und
- 1893 die „Heide“ und „Hintere Heide“ in Kostheim
- 1894 • die Bereitstellung der für die Erhaltung und Pflege der besonderen
- 1895 Biotopflächen notwendigen Mittel
- 1896 • die Erhaltung und Vermehrung von Streuobstwiesen, da diese für die
- 1897 Artenvielfalt eine herausragende Bedeutung haben.

- 1898
- 1899 **Ökologische Standards in der Landwirtschaft**
- 1900 Im Umfeld von Fließgewässern sollen Ackerflächen in extensives Grünland oder andere
1901 extensive Nutzungen ohne Düngung und Pestizide umgewandelt werden. Bei
1902 Neuverpachtung von städtischen Flächen ist diese Forderung in den Pachtvertrag
1903 aufzunehmen. Für landwirtschaftlich genutzte Flächen, die durch die Stadt verpachtet
1904 werden, wird die SPD Wiesbaden Regeln zur Beachtung des Artenschutzes schaffen.
1905 Unser Ziel ist es, 5 Prozent der städtischen Flächen ökologisch aufzuwerten. Das heißt,
1906 rund um die zu verpachtende Fläche ist ein mindestens ein Meter breiter Streifen als
1907 Blühstreifen zu erhalten. Außerdem sind sogenannte „Lerchenfenster“ bei der
1908 Ackerbestellung zu schaffen.
- 1909 Dies kann z.B. auch bei Umwandlung des gesetzlichen Überschwemmungsbereiches an
1910 Fließgewässern geschehen. Landwirtschaftliche Betriebe, die sich an dem Programm
1911 beteiligen, werden für ihren Einsatz zum Erhalt der Artenvielfalt beim Pachtzins
1912 finanziell besser gestellt.
- 1913 Wichtig ist es, bei diesen Prozessen die verschiedenen Akteure aktiv einzubinden, so
1914 wie es andere Städte im Rahmen ihrer Biodiversitätsstrategie getan haben.
- 1915

1916 **11. Sicherheit und Sauberkeit**

1917 Sicherheit und Sauberkeit sind sehr subjektive Kategorien, die nicht immer mit
1918 objektiven Beschreibungen korrespondieren. Wo sich der eine sicher fühlt, empfindet
1919 der andere eine Bedrohung, wo der eine akzeptiert, dass klinische Sauberkeit in einer
1920 Großstadt nicht herstellbar ist, beklagt der andere eine Verschmutzung und
1921 Vermüllung der (Innen-)Stadt. In diesem Spannungsverhältnis und im Wissen um die
1922 beschränkten Einflussmöglichkeiten der Kommunalpolitik gerade in diesem
1923 Themenbereich haben wir unsere Vorstellungen zu Sicherheit und Sauberkeit in der
1924 Stadt zusammengestellt.

1925

1926 **Versprechen gehalten**

1927 Die SPD hat auch hier Wort gehalten: 25 Ordnungskräfte wurden auf unsere Initiative
1928 hin eingestellt, um durch engmaschigere Kontrollgänge auch das
1929 Sicherheitsempfinden der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zu verbessern. Zudem
1930 hat Oberbürgermeister Sven Gerich die Stabsstelle Sauberkeit eingerichtet. Im Rahmen
1931 der Pilotphase wurden nicht nur neue Ideen erarbeitet und vorgestellt (Sauberkeits-
1932 App, stärker wahrnehmbare Abfalleimer), sondern auch eine Konzeption für die
1933 weitere Arbeit an einem sauberen Wiesbaden entwickelt. Dieses Konzept wollen wir
1934 umsetzen; dies wird sicherlich aber auch von den finanziellen Spielräumen der
1935 nächsten Jahre abhängen.

1936 Im Oberbürgermeisterwahlkampf haben wir versprochen, die zahlreichen angefallenen
1937 Überstunden bei der Wiesbadener Berufsfeuerwehr aus den vergangenen Jahren zu
1938 bezahlen. Nachdem der Oberbürgermeister mit dem Land Hessen über einen
1939 möglichen Weg verhandelt hat, konnte die Stadtverordnetenversammlung im Jahr
1940 2015 wieder für ein Stück Gerechtigkeit sorgen und den Berufsfeuerwehrleuten unserer
1941 Stadt nach langer Hängepartie die Wertschätzung zukommen lassen, die ihnen
1942 zusteht.

1943

1944 **Sichere Stadt**

1945 Wiesbaden ist objektiv eine sichere Stadt – damit diese nachweisbare Tatsache auch
1946 von den Menschen so empfunden wird, bedarf es allerdings einiger Anstrengungen.
1947 Mit dem Umzug der Stadtpolizei in die Innenstadt werden Wege kürzer, und die
1948 Präsenz uniformierter Kräfte auf den Straßen kann zum Sicherheitsgefühl der
1949 Bürgerinnen und Bürger beitragen.

1950

1951 Wir sehen allerdings bei der Gewährleistung von Sicherheit zunächst die Landespolizei
1952 in der Pflicht – hier hat das Land Hessen eine Bringschuld, die auch nicht von den noch
1953 so motivierten Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsamtes übernommen werden
1954 kann. Eine Unterstützung der Landespolizei durch die Stadtpolizei – z.B. bei
1955 Straßenfesten – mittels gemeinsamer Streifen (auch mit der US-Military-Police) erfolgt
1956 bereits. Wir werden uns daher auf übergeordneter Ebene für eine bessere technische
1957 und vor allem personelle Ausstattung der Wiesbadener Polizeireviere einsetzen.

1958

1959 **Prävention**

1960 In Wiesbaden hat sich gezeigt, dass sich die gefühlte Sicherheit immer dann verbessert,
1961 wenn neben ordnungspolitischen vor allem stadtplanerische und sozialpolitische
1962 Maßnahmen eingeleitet werden – bestes Beispiel sind die gemeinsamen Aktivitäten
1963 am Kulturpark. Wir setzen daher auch weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit der
1964 entsprechenden Dezernate, wenn es um Prävention geht.

1965 So wollen wir auch weiterhin gegen dunkle Ecken und Plätze durch verbesserte
1966 Beleuchtungskonzepte vorgehen, wie beispielsweise am Mauritiusplatz geschehen,
1967 und diese wie andere sogenannte Angsträume vermehrt durch das Ordnungsamt
1968 kontrollieren zu lassen. In Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten und den Bürgerinnen
1969 und Bürgern soll eine Liste mit entsprechenden Angsträumen und dunklen Ecken
1970 erarbeitet werden, die vom Ordnungsamt zu den entsprechenden Zeiten regelmäßig
1971 kontrolliert werden sollen.

1972

1973 Ein weiterer Baustein in der Wiesbadener Präventionsarbeit ist das Projekt „HaLT“
1974 (Hart am Limit), das junge Menschen aktiv dabei unterstützt, einen
1975 verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol zu pflegen, unter anderem mit
1976 Jugendschutzkontrollen und konkreten Unterstützungsangeboten. Bündnispartner
1977 sind insbesondere die Polizeidirektion Wiesbaden, das Ordnungsamt, Gesundheitsamt
1978 und Amt für soziale Arbeit, das Suchthilfezentrum, die Kinder- und Jugendklinik der
1979 HSK sowie der Stadtjugendring.

1980 Außerdem sprechen wir uns für die Beibehaltung der Personalstärken von Feuerwehr,
1981 Rettungsdienst und Stadtpolizei aus.

1982 Gerade der zunehmenden Aggressivität und Gewalt gegenüber Rettungs- und
1983 Sicherheitskräften, aber auch gegenüber anderen Personen, die im öffentlichen Bereich
1984 arbeiten, wie etwa Busfahrerinnen und Busfahrer und Pflegepersonal, wollen wir
1985 deutlich entgegenreten.

1986

1987 **Vereine bei Veranstaltungen Unterstützen**

1988 Ein weiteres Thema, dem wir uns weiter widmen werden, sind die Sicherheitskonzepte
1989 bei öffentlichen Veranstaltungen. Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer
1990 funktionierenden Stadtgesellschaft. Ohne die Aktivitäten der vielen Vereine, Gruppen,
1991 Initiativen und Verbände wäre das Leben in Wiesbaden ein großes Stück eintöniger,
1992 würde viel am Zusammenhalt in der Stadt fehlen, könnten Tradition und Brauchtum
1993 nicht in ansprechender Weise gepflegt werden. Daher wollen wir unter
1994 Berücksichtigung der entsprechenden Sicherheitsaspekte Veranstaltungsorganisation
1995 möglichst einfach und unbürokratisch halten und mit den Vereinen, Verbänden und
1996 Gruppen gemeinsam nach Lösungen suchen.

1997

1998 **Saubere Stadt**

1999 Eine saubere Stadt wirkt sich nicht nur positiv auf das Sicherheitsempfinden der
2000 Bevölkerung, sondern auch auf die Lebensqualität aus. Eine saubere Stadt ist auch für
2001 die vielen in- und ausländischen Besucherinnen und Besucher ein schöneres und
2002 attraktiveres Reiseziel.

2003

2004 Tatsächlich gibt es in Wiesbaden viele Bereiche, in denen die Sauberkeit
2005 verbesserungsbedürftig ist. Viele Plätze in der Innenstadt und den Vororten (auch und
2006 insbesondere Spiel- und Freizeitgelände) zeichnen sich durch eine Vielzahl von
2007 Farbschmierereien, überquellende Abfalleimer und wilde Müllablagerungen aus.

2008

2009 Bewährt hat sich auch das Modell, vermehrt Kooperationen mit Vereinen oder
2010 Privatpersonen einzugehen, um ein „Patenschaftsmodell“ zu entwickeln. Dabei geht es
2011 vor allem darum, dass einzelne Personen oder Gruppen Verantwortung für einzelne
2012 Flächen in ihrem Stadtteil übernehmen, ohne die Stadt aus ihrer Verantwortung zu
2013 entlassen.

2014 Ein weit verbreitetes Ärgernis in Wiesbaden ist die Verschmutzung durch Hundekot.
2015 Hier gilt es, neben häufigerem Reinigen, die Hundehalter für ihr Fehlverhalten zu
2016 sensibilisieren. Erste Schritte hat die Koalition diesbezüglich bereits unternommen – in
2017 den Hinweisen zur Hundesteuer wird auch auf die Hundekotbeutelspender
2018 hingewiesen und gebeten, die „Hinterlassenschaften“ der eigenen Vierbeiner auch
2019 selbst zu entsorgen. Nichtsdestotrotz müssen die Ordnungskräfte dahingehend
2020 geschult werden, dass sie Hundehalter gezielt ansprechen.

2021
2022 Grundsätzlich gilt es, an öffentlich stark frequentierten Orten die Sauberkeitsintervalle
2023 zu erhöhen. Allerdings sehen wir nicht nur die Stadt in der Verantwortung für mehr
2024 Sauberkeit. Ohne einen Bewusstseinswandel in den Köpfen einiger Menschen werden
2025 wir auch mit großem städtischem Einsatz die Sauberkeit nicht maßgeblich verbessern.
2026 Wir setzen daher angesichts beschränkter finanzieller Ressourcen auf ein
2027 entsprechendes Verhalten der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener. Aus diesem
2028 Grunde wird angestrebt, die Bürgerinnen und Bürger durch eine Sauberheitskampagne
2029 unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters zu sensibilisieren.

2030
2031
2032
2033 **Eine neue Sauberkeitsorganisation innerhalb der Stadt**
2034 Viele öffentliche Flächen leiden unter der Zersplitterung der Besitzverhältnisse.
2035 Kommen Beschwerden aus der Bevölkerung, muss bei öffentlichen Flächen
2036 umständlich recherchiert werden, wem diese „gehört“. Erst dann erfolgt die Bitte zur
2037 Reinigung, dann entscheidet die „besitzende Einheit“ über die Reinigung und gibt sie in
2038 Auftrag. Dies wollen wir ändern und unterstützen daher den Vorschlag des
2039 Oberbürgermeisters, wonach „zuerst gereinigt, dann abgerechnet“ wird. Eine zentrale
2040 Koordinierungsstelle soll daher die Anfragen und Beschwerden entgegennehmen und
2041 die Reinigung einer verschmutzten Fläche veranlassen. Dies ist dann – ebenfalls von
2042 zentraler Stelle – kurzfristig zu erledigen. Nachdem die Fläche gereinigt wurde, kann
2043 dem Grundstücksbesitzer die entsprechende Reinigungsleistung in Rechnung gestellt
2044 werden. Für die Bürgerinnen und Bürger ist nämlich wichtig, dass gereinigt wird und
2045 nicht, wem bei der Stadt welche Fläche gehört.

2046

2047 **Innovative Konzepte und Kampagnen zur Sensibilisierung für die Verschmutzung des**
2048 **Öffentlichen Raumes**

2049 In den vergangenen Jahren gab es – mit maßgeblicher Unterstützung des
2050 Oberbürgermeisters – schon einige Ideen, die Verschmutzung des öffentlichen Raumes
2051 zu thematisieren. Sei es der Wettbewerb „zoom!“ oder auch die Aktion „greenbaden“ –
2052 Bürgerinnen und Bürger wurden auf die Sauberkeitsproblematik aufmerksam
2053 gemacht. Diese Kampagnen – seien sie von der ELW oder Privatpersonen bzw.
2054 Initiativen initiiert – möchten wir fördern und ausbauen, um die Sensibilität der
2055 Bevölkerung für Sauberkeitsfragen zu erhöhen.

2056

2057 **Präventionsarbeit bei Kindern und Jugendlichen**

2058 Ein zentraler Aspekt zu mehr Sauberkeit ist auch die Präventionsarbeit. Die Stabsstelle
2059 Sauberkeit hat hier bereits sehr gute Pilotprojekte mit städtischen Auszubildenden als
2060 Trainerinnen und Trainer zum Thema Sauberkeit in Wiesbadener Schulen gestartet.
2061 Diese Programme sollten weitergeführt und, soweit möglich, ausgebaut werden. Unser
2062 Ziel ist es, ein Bewusstsein für den sorgsamem Umgang im öffentlichen Raum bereits
2063 bei Kindern zu schaffen.

2064

2065

2066 **12. Sport, Bäder und Freizeit**

2067 Sport ist Teil unseres kulturellen und sozialen Lebens. Er trägt zu Lebensqualität,
2068 Lebensfreude und Gesundheit bei. Als Ausdruck von heutiger Bewegungs- und
2069 Spielkultur, sowie von Körperbewusstsein leistet der Sport unverzichtbare Beiträge zur
2070 individuellen und sozialen Entfaltung der Menschen in unserer Gesellschaft.

2071 Für Kinder und Jugendliche sind Bewegung, Spiel und Sport unerlässlich für ihre
2072 gesamte Persönlichkeitsentwicklung. In Bildung und Erziehung eröffnet der Sport
2073 Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und Selbstbestimmung, von Leistung und
2074 Bewährung.

2075 Sport im Verein ist wichtig für die Kultur des Zusammenlebens, trägt zur Urbanität und
2076 Humanität der Städte bei, hilft bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und
2077 Mitbürger. Im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation bewiesen die
2078 Wiesbadener Sportvereine ein hohes Maß an Flexibilität bei der eingeschränkten
2079 Nutzung von Sportstätten. Die vielfältigen Angebote der Vereine und das große
2080 Engagement ihrer Mitglieder erleichterten den Menschen das Ankommen in ihrer
2081 neuen Heimat.

2082 Für Seniorinnen und Senioren sind Sportangebote ein wertvolles präventives Angebot
2083 um lange mobil und fit zu bleiben. Somit wird ein längeres selbstständiges Leben im
2084 Alter sichergestellt und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet.

2085 Sportvereine sind eine wichtige Säule unserer Stadtgesellschaft. Daher wollen wir
2086 durch unsere kommunale Sportförderung die Arbeit der Sportvereine weiter stärken,
2087 indem wir die notwendigen Rahmenbedingungen fortentwickeln. Die Wiesbadener
2088 SPD wird den Vereinen daher auch weiterhin als starker Partner zur Verfügung stehen.

2089 Die Förderung von Bewegung und Sport muss integrativer Bestandteil der
2090 Wiesbadener Stadtplanung sein.

2091

2092 **Vereine und Ehrenamt**

2093 Nach wie vor lebt der Sport in unseren Vereinen nahezu ausschließlich vom
2094 Engagement und vom Einsatz ehrenamtlich Tätiger. Dieses Engagement verdient und
2095 benötigt öffentliche Unterstützung und Anerkennung. Dazu sind Rahmenbedingungen

2096 nötig, die sie durch Information und Anerkennung zu ihrem Engagement motivieren,
2097 ihnen Gestaltungsräume eröffnen, die bürokratischen Anforderungen auf ein
2098 Minimum begrenzen und finanzielle Hilfen zur Unterstützung gewähren. Kommunal
2099 geförderte Serviceangebote, die von Informationen über die Fortbildung bis zur
2100 Vermittlung in Ehrenamtsbörsen reichen, helfen bei der Professionalisierung des
2101 bürgerschaftlichen Engagements – auch in Konkurrenz der Vereine zu kommerziellen
2102 Anbietern, die oft schneller und flexibler auf neue Trends reagieren können.

2103 In den letzten Jahren haben wir im Sportbereich folgendes erreicht:

- 2104 • Ausstattung der Sportplätze in Nordwest, Rheinhöhe und Igstadt mit
2105 Kunstrasenbelag
- 2106
- 2107 • Neubau der Umkleieräume und Sanitäreinrichtungen der Sportanlage
2108 Rheinhöhe und in Sonnenberg
- 2109
- 2110 • Planungsmittel für den Bau der Dreifelder-Sporthalle der Hermann-Ehlers-
2111 Schule in Erbenheim bereitgestellt
- 2112
- 2113 • Sanierung von Sporthallen
- 2114
- 2115 • Erhalt des Eissports in Wiesbaden durch eine Übergangslösung an der Henkell-
2116 Kunsteisbahn
- 2117
- 2118 • Einrichtung einer Mountainbikestrecke im Bereich Schläferskopf
- 2119
- 2120 • Erhöhung des Jugendzuschusses für die Vereine
- 2121
- 2122 • Novellierung des Sportentwicklungsplans

2123

2124 **Bäderlandschaft in Wiesbaden**

2125 Die Frei- und Hallenbäder sind unverzichtbare Infrastruktureinrichtungen für unsere
2126 Stadt.

2127 In ihnen finden Schul- und Leistungssport, Gesundheitsschwimmen (einschließlich
2128 Rehabilitation), Sport für Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen, das
2129 Erlernen des Schwimmens, die Schwimmstunden der DLRG sowie die Angebote für Kur,
2130 Freizeit und Naherholung statt.

2131 Ansteigender Sanierungsbedarf erfordert in der kommenden Wahlperiode die
2132 Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln und städtischen Geldern. Neben der
2133 Steigerung der Attraktivität der Bäder hat der Erhalt der vorhandenen Wasserflächen
2134 für uns oberste Priorität.

2135 Ziel Sozialdemokratischer Politik ist es, die Eintrittspreise für die Wiesbadener Bäder
2136 auch weiterhin familienfreundlich zu gestalten und auch für Menschen mit kleinem
2137 Einkommen erschwinglich zu halten.

2138

2139 Säulen sozialdemokratischer Sportpolitik

2140 Die Säulen sozialdemokratischer Sportpolitik in Wiesbaden bleiben weiterhin die
2141 kostenlose Überlassung der städtischen Sportanlagen an die Vereine, die Förderung der
2142 Jugendarbeit, Mittel für Integrationsarbeit, Übungsleiterzuschüsse, Zuschüsse zum
2143 Erhalt vereinseigener Anlagen, Zuschüsse zur Durchführung von überregionalen
2144 Wettbewerben oder Meisterschaften, Zuschüsse für die Beschaffung langlebiger
2145 Sportgeräte.

2146

2147 In den kommenden Jahren setzen wir folgende Schwerpunkte im Sportbereich:

2148 • Bau der Dreifelder-Sporthalle der Hermann-Ehlers-Schule

2149

2150 • Sanierung, Umbau und Erweiterung von städtischen Sportanlagen und
2151 Funktionsgebäuden

2152

2153 • Zuschüsse zu Sanierung, Umbau, Erweiterung und Neubau von vereinseigenen
2154 Sportanlagen und Funktionsgebäuden

2155

2156 • Neubau des Freizeitbades Mainzer Straße

2157

2158 • Planung des Baus einer Eissporthalle für Wiesbaden

2159

2160 • Fortsetzung Kunstrasenbau, Priorisierung der verbliebenen Rotgrandplätze
2161 unter Einbeziehung des Rasenplatzes im Europaviertel

2162

2163 • regelmäßige Fortschreibung des Sportentwicklungsplans

2164

2165 **13. Kultur**

2166 Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot in Wiesbaden leisten einen
2167 maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung, zur regionalen Wirtschaft
2168 und zur Attraktivität unserer Stadt. Die Kultur ist der Ort, wo sich Bürgerinnen und
2169 Bürger aus unterschiedlichen sozialen Schichten, jeder Altersgruppe, jedes
2170 Bildungsstands und jeder nationalen Herkunft begegnen können. Dabei gibt es keine
2171 Unterscheidung, welche Form der Kultur hier professionell oder ehrenamtlich
2172 betrieben wird – wichtig ist, dass es Kultur gibt und Kultur gefördert wird.

2173 Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative aus dem Kreis der Kulturschaffenden und der
2174 Industrie- und Handelskammer, Kultur nicht nur als kommunalen Kostenfaktor zu
2175 diskutieren, sondern als einen wichtigen Standortfaktor für die wirtschaftliche
2176 Entwicklung unserer Kommune.

2177 Nach unserem Verständnis muss kommunale Kulturpolitik in Beziehung zu anderen
2178 Politikfeldern gesehen und mit diesen in Beziehung gesetzt werden:

- 2179 • Kinder und Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe in der kommunalen
2180 Kulturpolitik. Ihnen muss eine möglichst vielfältige ästhetische Bildung
2181 ermöglicht werden. Die Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche braucht für ihre
2182 Entwicklung Freiräume, die sie im bestehenden Bildungssystem nicht haben.
2183 Wir wollen Anreize schaffen, mit kulturvermittelnden Angeboten diese
2184 Freiräume weiter zu füllen und gleichzeitig bestehende Angebote zu erhalten.
2185 Dazu gehört die Leseförderung, die Musik-, Theater-, Medien- und die
2186 Museumspädagogik. Den Büchereien, Musikschulen und Museen vor Ort
2187 kommt dabei eine wichtige Aufgabe als Ort der Begegnung, des Austausches
2188 und der Förderung zu.
- 2189 • In der Kultur vor Ort lassen sich Kulturen aus anderen Nationen leichter
2190 vermitteln. Migrantinnen und Migranten und ihre Kultur erfahren eine
2191 Wertschätzung und eine neue Form der Kommunikation kann entstehen. Die
2192 integrierende Funktion von Kultur ist in einer Stadt wie Wiesbaden von
2193 zentraler Bedeutung.
- 2194 • Kultur sorgt für Teilhabe und Bildung – deshalb muss kommunale Kulturpolitik
2195 sicherstellen, dass Kulturangebote auch jenseits von ökonomischen Zwängen
2196 genutzt werden können. Im Sinne der Losung "Kultur für alle" wollen wir nach

2197 dem Vorbild Frankfurts einen kommunalen Kulturpass etablieren, der ein sehr
2198 niedriges Eintrittsniveau bei möglichst vielen Einrichtungen ermöglicht.

2199

2200 Dennoch darf nicht vergessen werden, dass Kultur nicht nur eine dienende Funktion für
2201 die oben genannten Bereiche hat, sondern als eine Bereicherung der Gesellschaft im
2202 weitesten Sinne auch für sich selbst stehen kann und muss. Insbesondere die Frage der
2203 sogenannten Marktgängigkeit und ökonomischen Verwertbarkeit von Kultur ist für
2204 uns nur von nachrangiger Bedeutung. Vielmehr erwarten wir von Kultur eine kritische
2205 Selbstreflexion über unsere Gesellschaft und empfinden die möglichen Antworten –
2206 unabhängig von individuellen ästhetischen Vorlieben – als eine Bereicherung.

2207

2208 Kulturfinanzierung des Landes Hessen

2209 Die hessischen Kommunen stehen seitens der schwarz-grünen Landesregierung unter
2210 einem erheblichen finanziellen Druck und werden gezwungen, ihre freiwilligen
2211 Leistungen stark einzuschränken. Dies betrifft nicht nur, aber vor allem auch den
2212 Kulturhaushalt, wie zuletzt in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2016/17. Dies
2213 bedroht die Identität der Kommunen im Kern, gerade wenn es um die Förderung der
2214 kommunalen Kultur geht. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, ihre
2215 Unterstützung für Musikschulen, die Soziokultur und die staatlichen und
2216 nichtstaatlichen Museen deutlich zu verbessern und an den Förderungen, die in
2217 anderen Bundesländern üblich sind, zu orientieren. Musikschulen und
2218 Volkshochschulen sind vorrangig als Bildungseinrichtungen zu betrachten und somit
2219 wesentlich deutlicher durch die Bundesländer zu finanzieren.

2220 Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016/17 waren viele freie Kultureinrichtungen
2221 von einer Pauschalkürzung bedroht. Diese konnte durch den Vorschlag der SPD-
2222 Fraktion, die Kurbeitragssatzung anzupassen und so Mehreinnahmen zu generieren,
2223 abgewendet werden. Ab 2017 sind nochmals höhere Einnahmen zu erwarten, so dass
2224 weitere Mittel für den Kulturbereich bereitgestellt werden können. Diese möchten wir
2225 vorrangig als Projektmittel mit dem Schwerpunkt Teilhabe und Integration verwenden
2226 oder, um die Bewerbung von kleineren Einrichtungen bei entsprechenden Fördertöpfen
2227 zu flankieren und so die Drittmittelakquise zu unterstützen. Für den Fall, dass die
2228 Kurbeitragssatzung sich als nicht gerichtsfest erweisen sollte, strebt die SPD

2229 Wiesbaden die Einführung einer Übernachtungssteuer analog zu Köln und anderen
2230 Städten an.

2231 **Kulturentwicklungsplanung**

2232 Um die Arbeitsbedingungen für und mit den Kulturschaffenden zu verbessern und die
2233 vielfältige Kulturlandschaft systematisch zu stärken, haben wir bereits 2011 die
2234 gemeinsame Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplans 2020 gefordert. Unser
2235 Koalitionspartner hat diese Forderung lange Zeit nicht geteilt und deshalb wurde
2236 dieses Thema zunächst nicht weiter verfolgt. Umso wichtiger war es für uns, die
2237 deutlich artikulierte Forderung der Kulturschaffenden in Wiesbaden nach einem
2238 Kulturentwicklungsplan im Zuge der Diskussion um die Finanzierung des
2239 Stadtmuseums Ende 2014 zu unterstützen.

2240

2241 Die SPD Wiesbaden wird den Prozess zur Erstellung eines lokalen
2242 Kulturentwicklungsplans weiterhin unterstützen und begleiten. Vor allem wollen wir
2243 dafür Sorge tragen, dass die gemeinsamen Ergebnisse des Kulturentwicklungsplanes
2244 soweit möglich zeitnah umgesetzt werden und eine regelmäßige Fortschreibung des
2245 Kulturentwicklungsplans stattfindet.

2246

2247 **Dienstleistung und Vernetzungsfunktion des Kulturamtes**

2248 Die Akquise von Drittmitteln ist für viele Kulturschaffende eine erhebliche
2249 Herausforderung, die viel Zeit zur Einarbeitung und Antragsstellung erfordert und
2250 nicht zwangsläufig erfolgreich ist. Damit geht Zeit für den eigentlichen kreativen
2251 Schaffensprozess verloren, oder die als zu hoch empfundenen Hürden schrecken ab.
2252 Deshalb wollen wir die Wiesbadener Kulturschaffenden besser vernetzen und
2253 gleichzeitig bei der Beantragung von Drittmitteln stärker unterstützen. Hierzu gilt es,
2254 geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Außerdem sollen in
2255 Zusammenarbeit zwischen dem Kulturamt und den städtischen Gesellschaften leer
2256 stehende Immobilien in städtischer Eigentümerschaft zur (Zwischen-)Miete als Atelier
2257 und Proberäume angeboten werden.

2258

2259

2260

2261 **Freie Theaterbühnen mit institutionellem Zuschuss**

2262 Zu Beginn der Wahlperiode wurden die freien Bühnen einer Wirtschaftlichkeitsprüfung
2263 unterzogen, die deutlich darlegte, dass die bewilligten Mittel wirtschaftlich verwendet
2264 werden, aber die Zuschüsse gleichzeitig zu gering sind. Wir haben darauf reagiert und
2265 die institutionellen Zuschüsse für die freien Bühnen deutlich angehoben. Es standen
2266 2010 für die Velvets, die Kammerspiele, das Thalhaus und das Pariser Hoftheater rund
2267 360 000 Euro zur Verfügung, 2015 waren es 570 000 Euro. Mit den Kammerspielen
2268 wurde dabei ein hochwertiges Theaterangebot neu in die institutionelle Förderung
2269 aufgenommen.

2270

2271 Das Pariser Hoftheater hat sich entschlossen, seinen Betrieb zum September 2014 zu
2272 beenden. Im Zuge der schwierigen Haushaltsberatungen 2016/17 haben wir uns
2273 entschlossen, die Mittel des Pariser Hoftheaters nicht neu zu vergeben, um so die
2274 Einsparungen bei anderen Initiativen niedriger zu halten. Wir vergeben lieber einen
2275 Zuschuss, der derzeit nicht abgerufen wird, nicht neu, als bei der guten Arbeit
2276 existierender Initiativen diesen Betrag zu kürzen. Wenn eine Haushaltskonsolidierung
2277 notwendig ist, dann geht Bestandssicherung vor dem Ausbau. Die Räumlichkeiten
2278 Spiegelgasse 9 (ehemals Pariser Hoftheater) möchten wir langfristig weiterhin für
2279 kulturelle Nutzung vorsehen. Derzeit kann das Theater zeitlich befristet angemietet
2280 werden. Sofern sich ein städtischer Zuschuss für die Spiegelgasse 9 wieder finanzieren
2281 lässt, streben wir ein offenes Vergabeverfahren mit einer Fachjury an.

2282 Unabhängig von der Entscheidung einer Jury halten wir eine Kabarettbühne in
2283 Wiesbaden für wünschenswert.

2284 Die freien Bühnen schließen für ihre institutionellen Zuschüsse mit dem Kulturamt
2285 Zielvereinbarungen ab, die die Arbeit für jeweils zwei Jahre mit Zielkennziffern
2286 versehen (z.B. Besucherzahlen, Zuschussbedarf, Zahl der Aufführungen). Diese haben
2287 sich bewährt und wir wollen diese beibehalten.

2288

2289 Unser Ziel ist es, die Arbeit der freien Bühnen mit institutionellem Zuschuss nachhaltig
2290 zu sichern und die Planungssicherheit für die Kulturschaffenden weiter zu erhöhen.
2291 Um die Arbeit der freien Theater sicherzustellen, sind weitere Steigerungen der
2292 Zuschüsse notwendig. Für die freien Bühnen streben wir eine Regelung zur
2293 zweijährigen Anpassung der Zuschüsse um die Steigerung der
2294 Lebenshaltungskosten/Inflationsrate an. Die Zuschussvereinbarungen mit den freien
2295 Bühnen sollen in Zukunft auf vier Jahre (also über zwei Doppelhaushalte) der Stadt
2296 geschlossen werden, um mittelfristige Planungssicherheit zu garantieren.

2297

2298

2299 **Nachtbürgermeister**

2300 Um das Nachtleben in Wiesbaden konfliktfreier zu gestalten und zu beleben, wird die
2301 SPD die Einführung eines „Nachtbürgermeisters“ prüfen. Dieses Konzept ist in anderen
2302 Städten bereits erfolgreich eingeführt.

2303 Dieser „Nachtbürgermeister“ soll zwischen den Akteuren des Wiesbadener
2304 Nachtlebens (Club- und Kneipenbesitzer, Anwohner, Behörden) vermitteln und somit
2305 die Kommunikation der betreffenden Gruppen bündeln, sowie bei Problemen und
2306 Projekten vermittelnd als zentraler Ansprechpartner zur Seite stehen. So will die SPD
2307 ein lebendiges Wiesbaden schaffen, wo kulturelle, soziale und kreative Begegnungen
2308 stattfinden können.

2309

2310 **Walhalla – Theater und Gebäude**

2311 **Theater**

2312 Die Betreiber des Walhalla-Theaters haben eine spannende kulturelle Nische gefunden
2313 und gefüllt – das vielfältige Programm aus Eigenproduktionen, Gastspielen,
2314 Musikveranstaltungen überzeugt. Mit dem „Visionären Frühschoppen“ wurde
2315 gemeinsam mit dem Stadtmagazin „Sensor“ ein besonders spannendes Format
2316 geschaffen. Nachdem die Betreiber in eine finanzielle Schieflage geraten sind und
2317 höhere Mietrückstände auftraten, hat die Stadt mit dem Doppelhaushalt 2014/15

2318 jährlich 40 000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit ist die komplette Miete von 19 000
2319 Euro abgedeckt und weitere 21 000 Euro dienen der Tilgung der Mietrückstände. Sobald
2320 die Mietrückstände getilgt sind, soll der institutionelle Zuschuss bei 40 000 Euro
2321 bleiben und so die künstlerische Arbeit des Walhalla-Theaters weiter finanziell
2322 abgesichert werden.

2323

2324 Gebäude

2325 Das städtische Gebäude Walhalla ist gemessen am Alter und dem jahrelangen
2326 Leerstand in einem relativ guten Zustand. Dennoch ist mit einem Sanierungsaufwand
2327 von mindestens 10 bis 15 Millionen Euro zu rechnen. In einem Stegreifwettbewerb
2328 wurde in einer ersten Studie eine kulturelle und gastronomische Nutzung vorgesehen.
2329 Mittelfristig streben wir eine komplette Sanierung des Gebäudes Walhalla an. Wir
2330 wollen eine langfristige öffentliche und kulturelle Nutzung in dem Gebäude und damit
2331 diesen prägnanten Ort der Wiesbadener Stadtgeschichte eine angemessene
2332 Würdigung erfahren lassen. Die Sanierung des Walhalla ist auch eine stadtplanerische
2333 Herausforderung und Notwendigkeit, weil damit die Sanierung und Aufwertung im
2334 Bereich Mauritiusstraße, Kleine Schwalbacher Straße und Hochstättenstraße zum
2335 Abschluss gebracht wird. Auf Grund der derzeitigen angespannten Finanzlage der
2336 Stadt wird angestrebt, dass sich das kulturelle Angebot in dem Gebäude langfristig
2337 selbst trägt.

2338

2339 Hessisches Staatstheater Wiesbaden

2340 Die künstlerische Qualität des Hessischen Staatstheaters steht außer Frage,
2341 gleichzeitig zeugt die hohe Auslastung der Vorstellungen von der Begeisterung des
2342 Publikums. Die gemeinsame Arbeit des Jugendreferates des Hessischen Staatstheaters
2343 mit den Wiesbadener Schulen ist für uns von großer Bedeutung. Ebenfalls erachten wir
2344 das hochwertige Angebot des Hessischen Staatstheaters in allen Sparten und
2345 Spielstätten sowie seiner Festivals und der breit angelegten theaterpädagogischen
2346 Arbeit mit Schulen und in den Stadtteilen als besonders wichtig.

- 2347
- 2348
- 2349
- 2350
- 2351
- 2352
- 2353
- 2354
- 2355
- 2356
- 2357
- 2358
- 2359
- 2360
- 2361
- Die Eintrittspreise des Staatstheaters müssen weiterhin einen Besuch für alle zulassen. Mit Kartenpreisen von 10 Euro für den dritten Rang ist aus unserer Sicht kaum noch Spielraum für Preiserhöhungen in diesem Segment. Im oberen Preissegment sehen wir durchaus noch Möglichkeiten für höhere Eintrittspreise und damit einen höheren Eigenfinanzierungsanteil des Staatstheaters.
 - Wir wollen die herausragende Bedeutung des Hessischen Staatstheaters erhalten und gleichzeitig anregen, eine engere Kooperation mit lokalen Kulturschaffenden der freien Initiativen und den Wiesbadener Schulen auf- und auszubauen. In einem solchen „Theaternetzwerk Wiesbaden“ können Synergieeffekte gebildet werden.
 - Gleichzeitig möchten wir neue Zielgruppen für die Angebote des Staatstheaters begeistern. So möchten wir Migranten und die jüngeren Bevölkerungsteile noch stärker an das Staatstheater heranzuführen, indem wir Projekte wie die „Bürgeroper Gilgamesch“ und „Oper für Migrantinnen und Migranten“ unterstützen.

2362 Die in der Sache selbst gerechtfertigten Tariferhöhungen für die Beschäftigten des

2363 Staatstheaters stellen eine erhebliche Belastung des städtischen Haushaltes dar und

2364 verringern Gestaltungsmöglichkeiten im städtischen Kulturhaushalt insgesamt. Für

2365 diese Herausforderung müssen mit den anderen Sitzstädten der hessischen

2366 Staatstheater und dem Land Hessen Lösungen gefunden werden, die die Kommune

2367 entlasten. Deshalb streben wir eine gemeinsame Initiative der Sitzstädte der

2368 hessischen Staatstheater (neben Wiesbaden auch Darmstadt und Kassel) an, um eine

2369 Neuregelung der Lastenverteilung im Theatervertrag zwischen den Städten und dem

2370 Land zu erreichen. Wir sind uns bewusst, dass dies ein langer und diskussionsintensiver

2371 Prozess sein wird. Nichtsdestotrotz ist dieser notwendig, weil die Stadt Wiesbaden

2372 über 15 Millionen Euro pro Jahr für das Staatstheater bereit hält, dieses aber

2373 mindestens im gleichen Maße von Gästen aus dem Umland genutzt wird wie aus der

2374 Stadt selbst.

2375 Kulturzentrum Schlachthof

2376 Das Gesamtareal um den ehemaligen Schlachthof ist in den letzten Jahren deutlich

2377 aufgewertet und als zentraler Standort für Jugend- und Subkultur sowie

2378 Freizeitgestaltung nachhaltig gesichert worden. Dies gilt für den Kulturpark mit seinen

2379 vielfältigen Freizeitmöglichkeiten (Beachvolleyball, Skateflächen, Grillstellen) ebenso

2380 wie für den Neubau der Veranstaltungshalle für das Kulturzentrum Schlachthof. Die
2381 Sanierung des denkmalgeschützten Wasserturms ist ebenfalls abgeschlossen und das
2382 60/40 hat eine neue Bleibe in den beeindruckenden Räumen des Kesselhauses
2383 gefunden. Die Weiterentwicklung des Kulturparks und die Anpassung des Konzepts an
2384 verändertes Nutzungsverhalten und für weitere Gruppen möchten wir mit den
2385 Menschen vor Ort gestalten.

2386
2387 Die Kreativfabrik unterstützen wir mit einem jährlichen Zuschuss von 30 000 Euro pro
2388 Jahr sowie einer einmaligen Investition zum dringenden Umbau und zur Erneuerung
2389 der Toilettenanlage.

2390

2391 Folklore-Festival

2392 Das Jugendkulturfestival Folklore war für 39 Jahre ein fester Bestandteil im
2393 Veranstaltungskalender der Stadt. Immer wieder erforderten schärfere
2394 Sicherheitsauflagen und Lärmvorschriften konzeptionelle Anpassungen. Dies und
2395 höhere Gagen für überregionale Bands verteuerten das Festival. Deshalb hat der
2396 Veranstalter 2015 konzeptionelle Änderungen und Preiserhöhungen vorgenommen.
2397 Dieses neue Konzept war nicht erfolgreich, die Besucherzahlen blieben weit hinter den
2398 Erwartungen zurück und der Veranstalter musste Insolvenz anmelden. Aus diesem
2399 Grund haben wir uns dazu entschlossen, für den laufenden Doppelhaushalt keinen
2400 städtischen Zuschuss mehr zur Verfügung zu stellen. Aus rechtlichen Gründen war es
2401 der Stadt auch nicht möglich die Insolvenz durch einen städtischen Zuschuss
2402 abzuwenden.

2403

2404 Wir sind aber davon überzeugt, dass Wiesbaden ein Jugendkulturfestival braucht. Auf
2405 unsere Initiative hin hat die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2015
2406 einstimmig beschlossen, dass wir einen breiten Beteiligungsprozess über die Zukunft
2407 des Festivals beginnen. In diesem Prozess möchten wir gemeinsam mit den jungen
2408 Menschen dieser Stadt als potenzielle Nutzerinnen und Nutzer des Festivals, aber auch
2409 mit bewährten Partnern aus dem (Jugend)Kulturbereich sowie allen weiteren

2410 Interessierten ein gemeinsames Konzept für dieses Festival entwickeln und dann
2411 möglichst zeitnah umsetzen.

2412

2413

2414

2415 **Schloss Freudenberg**

2416 Das Schloss Freudenberg gehört zu den Wiesbadener Vorzeigeprojekten die mit Recht
2417 weit über die Grenzen der Stadt bekannt sind. Für die Sanierung des Schlosses hat der
2418 Verein „Gesellschaft Natur und Kunst“ das Gebäude für einen symbolischen Mietzins
2419 gepachtet und durch sein Engagement auch das wertvolle Baudenkmal vor dem Verfall
2420 gerettet.

2421 Dieses mit großer Unterstützung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
2422 eingeführte Projekt hat Modellcharakter. Für uns ist die Art und Weise wie an diesem
2423 Standort Wertschöpfung, Soziales Führen, Kunst/Kultur sowie Bildung und Erziehung
2424 zusammengeführt werden ein Beispiel, dass auch an anderen Stellen in der Stadt
2425 Schule machen könnte. Dort wo sich keine schnellen Lösungen abzeichnen, könnte der
2426 Ansatz des Schlosses Freudenberg zu positiven Impulsen und Entwicklungen beitragen.

2427

2428 **Bildende Kunst**

2429 Um die bildenden Kunst in Wiesbaden zu unterstützen, wollen wir eine Richtlinie für
2430 die Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern bei Bauprojekten der Stadt
2431 Wiesbaden und ihrer Beteiligungsgesellschaften erlassen. Damit wollen wir bei jedem
2432 öffentlichen Bauprojekt einen bestimmten Prozentsatz der Baukosten als Mittel für
2433 bildende Kunst bereitstellen. Vorbild könnte die entsprechende Richtlinie der Stadt
2434 Karlsruhe sein.

2435

2436 **Kunsthau**

2437 Die Planungen zur Generalsanierung des Kunsthauses auf dem Schulberg sind
2438 abgeschlossen. Für die Umsetzung des ersten Bauabschnittes haben wir 2,45 Millionen
2439 Euro zur Verfügung gestellt.

2440 Wir werden über das Kunsthaus weiterhin günstige Atelierflächen für
2441 Nachwuchskünstlerinnen und –künstler zur Verfügung stellen.

2442

2443 Walkmühle

2444 Wir haben beschlossen, das baufällige Industriedenkmal "Walkmühle"
2445 denkmalschutzgerecht zu sanieren und als einen wichtigen Standort der bildenden
2446 Kunst zu erhalten. Die städtische Gesellschaft Wiesbadener Immobilienmanagement
2447 GmbH (WIM) erhält für die Sanierung des denkmalgeschützten Kernensembles der
2448 Walkmühle einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 4 Millionen Euro sowie
2449 Grundstücke zur Wohnbebauung im Wert von 2 Millionen Euro.

2450

2451

2452 Kulturfonds Rhein-Main

2453 Seit 2011 ist Wiesbaden Mitglied im Kulturfonds Rhein-Main und zahlt einen Beitrag
2454 von 570 000 Euro pro Jahr. Aus den Mitteln des Kulturfonds haben in den vergangenen
2455 Jahren vor allem die großen Wiesbadener Kultureinrichtungen wie das Staatstheater
2456 und das Landesmuseum profitieren können. Aus Sicht der SPD Wiesbaden sollen
2457 verstärkt kleinere und mittlere Institutionen profitieren. Hierzu wollen wir die freien
2458 Projektmittel, die für eine erfolgreiche Bewerbung notwendig sind, erhöhen. Aus Sicht
2459 der SPD Wiesbaden muss auch seitens des Kulturamtes der Stadt intensiver für
2460 Projekte aus den Leitthemen des Kulturfonds geworben werden, damit sich mehr
2461 Wiesbadener Einrichtungen auf Projektmittel bewerben.

2462 Die Mitgliedschaft im Kulturfonds soll weiterhin kritisch beobachtet und alle zwei
2463 Jahre auf ihre finanzielle Sinnhaftigkeit überprüft werden.

2464

2465 Brauchtum – Wiesbaden, Stadt der Vielfalt

2466 Wiesbaden ist mehr als die Innenstadt, denn unsere Heimatstadt besteht aus vielen
2467 unterschiedlichen Stadtteilen mit ausgeprägten Stadtteilidentitäten, einem starken
2468 Vereinsleben und Brauchtum und Stadtteilkultur. Es gibt die quirliche Innenstadt, die
2469 eher ländlich geprägten östlichen Vororte, die Nähe zum Rheingau in Schierstein und
2470 Frauenstein, das besondere Selbstbewusstsein in Biebrich und AKK – und trotzdem

2471 sind wir eine gemeinsame Stadtgesellschaft. Wenn Wiesbaden einen Markenkern
2472 sucht, dann ist die Vielfalt der städtischen Lebenswelten ein zentraler Punkt.

2473 In den vergangenen fünf Jahren haben wir für das vielfältige Vereinsleben in unserer
2474 Stadt zentrale Erfolge erreicht. Dazu gehören:

2475

2476 • die durchweg mietfreie Nutzung von Bürger- und Gemeinschaftshäusern sowie
2477 der öffentlichen Fest- und Kerbeplätze durch die Vereine

2478 • die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Stadtteil- bzw.
2479 Heimatmuseen in ihrer wichtigen Arbeit

2480 • der Neubau der Vereinshäuser in Dotzheim und Bierstadt

2481

2482 Wir wollen die vielfältige Stadtteilkultur in Wiesbaden erhalten und auch weiterhin
2483 nach Kräften unterstützen. Das bedeutet für uns:

2484

2485 • Erhalt der Stadtteilkulturtag und ihrer Finanzierung durch städtische Mittel

2486

2487 • auch zukünftig die weiterhin mietfreie Nutzung von Bürger- und
2488 Gemeinschaftshäusern sowie die Fest- und Kerbeplätze für die Vereine

2489

2490 • Langfristig streben wir den Ausbau des Bürgerhauses Schierstein in den
2491 Räumen der Alten Hafenschule an, sofern die Grundschule und die Erich-
2492 Kästner-Schule räumlich zusammengelegt werden.

2493

2494 **Stadtarchiv: Das Gedächtnis der Stadt**

2495 Die angemessene Darstellung und Erforschung der Stadtgeschichte ist von großer
2496 Bedeutung für das Selbstverständnis und die Identität unserer Stadt. In einer

2497 globalisierten Welt hat die Erhaltung der Geschichte und die Herstellung der Bezüge zu
2498 dem Heute eine wichtige Funktion in der Weiterentwicklung der Gesellschaft. Ohne

2499 Kenntnis der Vergangenheit kann es keinen verantwortungsbewussten Umgang mit

2500 der Gegenwart oder Zukunft geben. Wir wollen deshalb das Stadtarchiv zu einem
2501 Institut zur wissenschaftlichen Erforschung der Stadtgeschichte weiterentwickeln.
2502 Hierfür möchten wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 2503
- 2504 • Einsetzung einer historischen Kommission, die sich der wissenschaftlichen
2505 Erforschung der Stadtgeschichte widmet. Dabei sollen bestehende Einrichtungen
2506 wie der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung und das
2507 aktive Museum Spiegelgasse mit einbezogen werden.
 - 2508 • Wir wollen die Kooperation mit den umliegenden Universitäten in Frankfurt und
2509 Mainz, um junge Nachwuchswissenschaftler für die Erforschung der Stadt- und
2510 Regionalgeschichte zu gewinnen und diese zu vernetzen.
 - 2511 • Wir wollen einen Preis für Arbeiten zur Stadtgeschichte mit wissenschaftlichem
2512 Anspruch einrichten. Dieser Preis wird in einem mehrjährigen Turnus (etwa alle
2513 zwei bis drei Jahre) von der historischen Kommission als Druckkostenzuschuss für
2514 die Schriftenreihe des Stadtarchivs vergeben.
 - 2515 • Um die Arbeit im Archiv weiter zu verbessern und wichtige Archivalien langfristig
2516 zu sichern, wollen wir die Digitalisierung vorantreiben. Dies kann auch durch
2517 geeignete Patenschaftsprojekte ermöglicht werden.
 - 2518 • Die Kunstarche soll weiter bestehen, um das künstlerische Erbe von Wiesbaden zu
2519 sichern.

2520

2521 **Stadtmuseum**

2522 Die Projektplanung zum Stadtmuseum ist zweimal gescheitert: sowohl 2009, als es um
2523 die Planungen für einen Eigenbau ging, als auch 2014 in der Diskussion um ein
2524 Mietmodell. Wir sind überzeugt, dass es in Wiesbaden derzeit keine Akzeptanz für den
2525 Neubau eines historischen Museums gibt, weil die Kosten unabhängig von der Art der
2526 Umsetzung zu hoch sind. Das gleiche gilt für eine kostenintensive Sanierung und
2527 Nutzung des Alten Gerichtes in der Moritzstraße als „Haus der Stadtkultur“. Die hierfür
2528 notwendigen Mittel zur Sanierung in Höhe von 30 Millionen Euro und die Kosten für
2529 den laufenden Betrieb sind für uns mit Blick auf die derzeitige Haushaltslage und
2530 angesichts der erheblichen Investitionsbedarfe etwa im Bereich Schulbau nicht
2531 darstellbar. Dennoch ist eine angemessene Darstellung und Erforschung der

2532 Stadtgeschichte von großer Bedeutung für das Selbstverständnis und die Identität
2533 unserer Stadt. Ebenso möchten wir unseren Schülerinnen und Schülern Gelegenheit
2534 geben, mehr über die Stadt zu erfahren, in der sie leben. Darüber hinaus soll ein Ort der
2535 Stadtgeschichte den vermehrt nach Wiesbaden kommenden Touristen einen Überblick
2536 über die historische Entwicklung unserer Stadt geben. Der historische Marktkeller wird
2537 derzeit als neue Ausstellungsfläche für das Projektbüro hergerichtet. Hier bietet sich
2538 erstmals die Möglichkeit, nicht nur Wechselausstellungen umzusetzen, sondern auch
2539 eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte einzurichten. Die Eröffnung ist für den März
2540 2016 geplant.

2541 Die 13 Heimatmuseen in den ehemals eigenständigen Wiesbadener Vororten leisten
2542 hervorragende Arbeit, die wir durch entsprechende finanzielle Mittel weiterhin
2543 unterstützen werden. Gleichzeitig kann das Projektbüro Stadtmuseum die Arbeit der
2544 Heimatmuseen inhaltlich unterstützen und das Netzwerk stärken.

2545

2546

2547

2548 **Filmstandort Wiesbaden**

2549 Wiesbaden hat sich zu einem anerkannten Film- und Medienstandort entwickelt. Das
2550 „Deutsche Filmhaus“ in direkter Nachbarschaft zum Kulturpark Schlachthof beherbergt
2551 unter anderem die Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung, die Freiwillige Selbstkontrolle
2552 der Filmwirtschaft (FSK), die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) und das
2553 digitale Archiv des Deutschen Filminstitutes (DIF). Den Film- und Medienstandort
2554 möchten wir konsequent weiterunterstützen.

2555

2556 Das Wiesbadener Archiv- und Programm kino (Murnau und Caligari) möchten wir als
2557 Kleinod der kommunalen Kinolandschaft weiterhin erhalten. Dies gilt insbesondere
2558 auch für die international beachteten Filmfestivals „Exground“ und „GoEast“ sowie das
2559 beliebte „Fernseh-Krimifestival“.

2560

2561 **14. Arbeit und Wirtschaft**

2562 Nur eine wirtschaftlich erfolgreiche Kommune ist auch in der Lage, ausreichend
2563 Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, Infrastruktur instand zu halten und
2564 attraktiver Standort für alle Menschen zu sein.

2565

2566 Die erfolgreiche Politik der SPD hat in der Amtszeit 2011-2016 das Gewerbegebiet
2567 Petersweg zuwege gebracht. Die nachhaltige Sicherung und Schaffung von
2568 Arbeitsplätzen ist eines der zentralen Ziele einer sozialdemokratischen
2569 Wirtschaftspolitik. Deswegen werden wir auch zukünftig alle Herausforderungen einer
2570 dazu notwendigen Ansiedlungspolitik und Gewerbeentwicklung angehen.

2571

2572 Dafür sind die Standortvorteile der Landeshauptstadt Wiesbadens auszubauen, die
2573 Attraktivität sowohl für Arbeitnehmer als auch Unternehmen zu erhöhen, die
2574 Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitskräften aller Altersstufen voranzutreiben,
2575 neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Einbindung in die Metropolregion Rhein-Main
2576 zu stärken. Die Landeshauptstadt hat dabei als sozialer Arbeitgeber ein Vorbild zu sein.

2577

2578

2579 **Die Attraktivität als Gewerbestandort aktiv fördern**

2580 Ziel einer aktiven Wirtschaftspolitik ist aber auch die Verbesserung der
2581 Einnahmesituation der Landeshauptstadt.

2582 Hierzu bedarf es einer Ansiedlungspolitik, sowohl gewerbesteuerstarker Unternehmen
2583 als auch von Unternehmen, die Arbeitsplätze für gering Qualifizierte anbieten. Auf ein
2584 optimiertes Flächenmanagement ist hierbei zu achten. Gezielt sind Cluster, also die
2585 Ansiedlung ergänzender beziehungsweise zusammenarbeitender Unternehmen, zu
2586 fördern. Es gilt die Stärken der Landeshauptstadt zu profilieren und national und
2587 international zu vermarkten. Die Bedeutung von sogenannten „weichen
2588 Standortfaktoren“ ist gerade bei der Gewinnung von Unternehmen, die auf
2589 hochqualifizierte Fachkräfte setzen, nicht zu unterschätzen. Die Attraktivität der

2590 Landeshauptstadt ist auch in Bezug auf Lebens- und Freizeitqualität sowie durch
2591 Ausbau von Kindergarten- und Krippenplätzen und weiterer sozialer Leistungen für
2592 Familien deshalb ständig zu steigern.

2593

2594 Unternehmen sind deshalb bei Ansiedlungs- oder Erweiterungswünschen noch stärker
2595 zu unterstützen. Hierzu sind insbesondere kurze Wege und Bearbeitungszeiten im
2596 Bereich von Stadtplanung und Bauaufsicht zu sichern. Verkehrsmäßige Anforderungen
2597 sind frühzeitig unter Abwägung der Interessen aller Anlieger zu berücksichtigen und
2598 aktiv zu gestalten.

2599 Wir setzen auf

2600 • Ausarbeitung einer Strategie zur Entwicklung von Gewerbeflächen und
2601 aktives Flächenmanagement

2602 • gezielte Förderung von Clustern (Technologie- und Handwerkerparks,
2603 ergänzender bzw. zusammenarbeitender Unternehmen und
2604 Handwerksbetrieben)

2605 • gezielte Förderung von Start-ups in Gründerzentren in Verzahnung mit
2606 den in Wiesbaden ansässigen Hochschulen

2607 • eine Bündelung von Kompetenzen und die Verkürzung von
2608 Entscheidungswegen in der Stadtverwaltung und den städtischen
2609 Beteiligungen, die transparent auszugestalten und zu straffen sind

2610 • engere Verzahnung zwischen Wirtschaftspolitik und den Bereichen
2611 Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

2612

2613

2614

2615 **Die Standortvorteile der Landeshauptstadt ausbauen**

2616 Wir setzen hierfür auf

- 2617 • die Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft
 - 2618 • den Ausbau und die Sicherung des Kongressstandorts
 - 2619 • den wertigen Gesundheitsstandort mit guten Einrichtungen der Medizin, Pflege,
 - 2620 Rehabilitation, der bewusst auch auf die heißen Quellen setzt
 - 2621 • die Verstärkung von Forschungs- und Entwicklungspotenzialen
 - 2622 • die Vernetzung mit der Wirtschaft und den Hochschulen
 - 2623 • die Stärkung der Abfallwirtschaft in den ausgewiesenen Gebieten
 - 2624 • Profilierung des Images der Landeshauptstadt
 - 2625 • ein mit der Region abgestimmtes integratives Standortmarketing.
- 2626
- 2627 **Chancengleichheit für Kleine und Mittlere Unternehmen der Region stärken**
- 2628 Wir werden durch eine transparente Ausschreibungspraxis, mit angemessener Größe
2629 der zu vergebenden Aufträge, für Chancengleichheit der hiesigen Unternehmen sorgen
2630 und damit Kleine und Mittlere Unternehmen in der Region stärken.
- 2631 Bei der Bewertung der Ausschreibungen soll auch die Regionalität der Bieter
2632 berücksichtigt werden.
- 2633 Bei öffentlicher Auftragsvergabe, insbesondere bei Großvorhaben, soll die Bildung von
2634 Bieter-, Arbeits- und Kooperationsgemeinschaften gefördert werden, um so ebenfalls
2635 das heimische Handwerk stärker zu beteiligen.
- 2636
- 2637 **Attraktivität der Innenstadt und der Vororte erhöhen und ausbauen**
- 2638 Wir beobachten mit Sorge in der Innenstadt und den Vororten den Verlust der Vielfalt,
2639 auch durch Abwandern oder Schließen alteingesessener Geschäfte. Aber auch in den
2640 Randgebieten der Fußgängerzone ist ein Leerstand oder die Zwischenvermietung an
2641 „Ein-Euro-Shops“ vermehrt zu finden. Selbst die vergleichsweise neuen
2642 Einkaufsgalerien „Luisenforum“ und „Lilien-Carré“ zeigen eine hohe Fluktuation der
2643 Ladenmieter auf, was auf strukturelle Probleme hinweisen könnte.
- 2644 Innenstädte leben aber von einem Mix der Geschäfte und dem daraus resultierenden
2645 Einkaufserlebnis. Wir wollen gemeinsam mit der Stadt- und Verkehrsentwicklung und

2646 den Verbänden dafür eintreten, dass es wieder zu einer gesunden Entwicklung der
2647 Innenstadt kommt.

2648

2649

2650

2651 Einbindung in die Metropolregion Rhein-Main

2652 Im Wettbewerb der Standorte wird die Landeshauptstadt zukünftig nur bestehen,
2653 wenn wir uns stärker als Bestandteil der Rhein-Main-Region begreifen. Wir werden uns
2654 für die mittelfristige Förderung einer regionalen Zusammenarbeit samt gemeinsamer
2655 politischer Organisation des Rhein-Main-Gebiets einsetzen (siehe auch unter
2656 „Stadtentwicklung“).

2657

2658 Gute Arbeit in der Stadt Wiesbaden

2659 Wir wollen, dass in der Landeshauptstadt keine regulären,
2660 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verdrängt werden. Dies werden wir in
2661 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften weiter verfolgen. Gute Arbeit braucht faire
2662 Löhne.

2663

2664 Die Landeshauptstadt spielt als Arbeitgeberin eine wichtige Rolle bei der Schaffung
2665 und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Ihre Vorbildfunktion als sozialer Arbeitgeber wird
2666 dadurch sichergestellt, dass bei direkten und indirekten Beteiligungen der Stadt
2667 Wiesbaden die Tariftreue angestrebt und soweit wie möglich umgesetzt wird. Bei
2668 Auftragsvergaben der Stadt Wiesbaden sowie ihrer Eigenbetriebe und
2669 Eigengesellschaften wird das hessische Tariftreue- und Vergabegesetz so weit wie
2670 möglich in diesem Sinne angewendet. Die im Gesetz vorgesehenen nicht
2671 ausreichenden Kontrollen werden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bei
2672 eigenen Auftragsvergaben kompensiert.

- 2673 Die Stadt, ihre Eigenbetriebe sowie Beteiligungen der Stadt sollen nur in
2674 Ausnahmefällen Werkverträge abschließen. Werkverträge bei der Beauftragung von
2675 Subunternehmern bei öffentlichen Aufträgen lehnen wir ab. Direkte und indirekte
2676 Auftragnehmer der Stadt Wiesbaden sollen ihre Beschäftigten
2677 sozialversicherungspflichtig und tariftreu beschäftigen.
- 2678 Wir unterstützen die Forderung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
2679 sowie in den Pflegeberufen nach mehr Anerkennung und einer leistungsgerechten
2680 Bezahlung. Wir werden unsere Möglichkeiten in der Vereinigung der kommunalen
2681 Arbeitgeber nutzen, um hier auf eine Lösung im Interesse der Beschäftigten zu
2682 drängen.
- 2683 Wir wollen eine Ausbildungsinitiative der Stadt. Wir werden dabei Ausbildungsstellen
2684 vorrangig mit Absolventinnen und Absolventen der Hauptschule besetzen. Damit
2685 Planungssicherheit für die Auszubildenden entsteht, wollen wir gemeinsam mit der
2686 Personalvertretung der Stadt Wiesbaden und den zuständigen Gewerkschaften eine
2687 Übernahmegarantie für Auszubildende weiterentwickeln. Damit wollen wir einen
2688 Beitrag leisten, den demographischen Wandel in der Stadtverwaltung zu gestalten.
- 2689 Die Wiesbadener Ausbildungskonferenz soll wieder ins Leben gerufen werden.
2690 Gemeinsam mit allen relevanten Gruppen wollen wir die Ausbildungssituation vor Ort
2691 verbessern. Dabei wollen wir gezielt eine aktive Teilnahme von Kammern und großen
2692 Unternehmen erreichen.
- 2693 Dort wollen wir auch zusammen mit den Sozialpartnern Modelle entwickeln, um die
2694 Menge qualitativ hochwertiger und zukunftssicherer Ausbildungsplätze zu erhöhen.
2695 Dabei soll die Verbundausbildung eine wesentliche Rolle spielen. So wollen wir
2696 schrittweise die Anzahl der dualen Normalausbildungsverhältnisse steigern und
2697 stärken und langfristig zusätzliche, außerbetriebliche Ausbildungsstellen überflüssig
2698 machen.
- 2699 Wir wollen ein Programm zur Förderung der Ausbildungsreife junger Menschen
2700 gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kammern und den Schulen auf den Weg bringen.
2701 Ziel soll es sein, vielen jungen Menschen mit einer schwierigen Perspektive die
2702 Möglichkeit zu eröffnen, sich durch den direkten Übergang in eine qualifizierte

2703 Berufsausbildung einen beruflichen Einstieg mit guter Bezahlung und sicherer
2704 Perspektive zu eröffnen.

2705 Zur Eingliederung von SGB II – Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern in
2706 den Arbeitsmarkt ist auch die kommunale Steuerung des sogenannten zweiten und
2707 dritten Arbeitsmarktes ein wichtiges Instrument. Dazu wollen wir den besonderen
2708 Gestaltungsspielraum der Stadt als „zugelassener kommunaler Träger“ bei der SGB II –
2709 Umsetzung aktiv nutzen.

2710 Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass

2711 • öffentliche Aufträge bevorzugt an Ausbildungsbetriebe vergeben werden

2712

2713 • die berufliche Weiterbildung Älterer gefördert wird

2714

2715 • auch geringer Qualifizierte gefördert werden

2716

2717 • Auszubildende der Landeshauptstadt Wiesbaden nach ihrer Ausbildung für
2718 mindestens ein Jahr übernommen werden, denn nur so wird den dringend
2719 benötigten Fachkräften auch eine erste Zukunftsperspektive geboten und der
2720 Bedarf an diesen auch gedeckt

2721

2722 Wir wissen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung der Kampf um die Köpfe
2723 bereits begonnen hat. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat aber gute Aussichten zu
2724 den Gewinnerinnen zu zählen. Dazu muss aber die Attraktivität der Landeshauptstadt
2725 für Beschäftigte weiter verbessert werden.

2726

2727 **Schaffung neuer Arbeitsplätze**

2728 Die soziale Schere darf in Wiesbaden nicht noch weiter auseinander gehen. Während
2729 auf der einen Seite der private Wohlstand wächst, hat die Landeshauptstadt eine
2730 höhere Arbeitslosenquote als der Bundesdurchschnitt.

2731 Daher werden wir bei der Ansiedlung neuer Gewerbe in der Landeshauptstadt darauf
2732 achten, dass nicht nur Arbeitsplätze für qualifizierte, sondern auch Arbeitsplätze für
2733 geringer qualifizierte Beschäftigte geschaffen werden. Für die vergleichsweise hohe
2734 Zahl an Arbeitssuchenden, entsteht damit eine neue Perspektive. In diesem
2735 Zusammenhang sehen wir auch die ökonomisch und ökologisch ausgewogene
2736 Entwicklung des ehemaligen Dyckerhoff-Geländes am Kasteler Ostfeld. Hier ist unter
2737 Beachtung der hochwertigen Biotop die Ansiedlung von Gewerbe in vertretbarem
2738 Maße wünschenswert – zur Sicherung des Standortes und damit von Arbeitsplätzen.

2739

2740 **15. Finanzen**

2741 Ohne eine solide, vorausschauende Finanzpolitik kann gute Kommunalpolitik nicht
2742 gelingen. Während die Anforderungen und von Bund und Land übertragenen Aufgaben
2743 an die Landeshauptstadt immer größer werden und damit die Ausgaben steigen,
2744 halten die Einnahmen damit leider nicht Schritt. Zusätzlich sinken die Einnahmen der
2745 Stadt, da die aktuelle Niedrigzinsphase zwar günstigere Kredite ermöglicht, langfristig
2746 angelegte Gelder aber erheblich weniger Geld in den Haushalt spülen, als in den Jahren
2747 zuvor.

2748 So ist beispielsweise der Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz die
2749 Folge eines Bundesgesetzes. Während Bund und Land zusammen etwa 15 Prozent der
2750 dadurch anfallen Kosten tragen und die Eltern etwa 8 Prozent, bleibt die Kommune für
2751 die restlichen 77 Prozent der Betriebskosten allein verantwortlich. Im Jahr 2014 waren
2752 dies für die Kinderbetreuung in der Stadt über 92 Millionen Euro.

2753
2754 Die Hessischen Kommunen sind vom Land Hessen in erheblichem Maße
2755 unterfinanziert und stehen im Vergleich zu anderen Bundesländern schlecht da. Nach
2756 Berechnungen des Hessischen Städtetages fehlt den hessischen Kommunen jährlich
2757 etwa eine Milliarde Euro. Diese Situation wollen wir nicht weiter hinnehmen. Wir
2758 wollen unser Leitbild der vorsorgenden Kommune realisieren.

2759
2760 Auch die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs wird diese
2761 Unterfinanzierung der Hessischen Kommunen nicht beenden, da nach der
2762 Neuberechnung das Gesamtvolumen der Ausgaben des Landes nicht größer geworden
2763 ist. Wir werden daher eine Klage prüfen.

2764
2765 Für uns gilt es, auf allen Ebenen dafür einzutreten, dass die Kommunale
2766 Selbstverwaltung als bürgernaheste Ebene der Politik in Deutschland finanziell
2767 angemessen ausgestattet wird und damit auf Dauer erhalten bleibt. Auf Betreiben der
2768 sozialdemokratischen Teile der Bundesregierung hat der Bundestag in der laufenden
2769 Legislaturperiode das größte finanzielle Entlastungspaket für die Kommunen seit
2770 Bestehen der Bundesrepublik verabschiedet. Dies ist ein erster notwendiger Schritt in die
2771 richtige Richtung, den wir uns auch von der Hessischen Landesregierung erwarten.

2772
2773 **Solide Haushaltspolitik – unser Ziel**

2774 Wir wollen durch unsere Haushaltspolitik zukünftige Generationen nicht belasten.
2775 Weder durch einen riesigen Schuldenberg, noch dadurch, dass wir ihnen eine marode
2776 Infrastruktur hinterlassen. Wir strengen uns an, notwendige Investitionen in die
2777 Zukunft unserer Stadt trotz klammer Kassen zu tätigen. Darum haben wir z.B. die
2778 Mittel zum Schulbau im Doppelhaushalt 2014/15 von 20 auf 60 Millionen Euro
2779 verdreifacht. Mit der neuen Stadtbibliothek, den Investitionen in geförderten
2780 Wohnungsbau oder mit dem Neubau der Rhein-Main-Halle haben wir Projekte
2781 finanziert, von denen andere Kommunen in der aktuellen Lage nur träumen können.
2782 Für die Zukunft unserer Stadt sind diese erheblichen finanziellen Anstrengungen
2783 allerdings notwendig. Die Stadt Wiesbaden gibt zudem pro Jahr 50 Millionen Euro
2784 mehr für Kinderbetreuung aus als noch im Jahr 2005.
2785
2786 Wir müssen in Zukunft noch stärker darauf achten, dass wir unsere knappen
2787 finanziellen Ressourcen dort einsetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden
2788 (vergleiche dazu auch das Kapitel „Soziales“ und den hier vorgeschlagenen Sozialindex)
2789 und regelmäßig überprüfen, ob unsere Ausgaben notwendig und sinnvoll sind.
2790 Auf der anderen Seite ist es aber auch notwendig die Einnahmeseite der Finanzen in
2791 den Blick zu nehmen. Dazu gehören neben einer aktivierenden Wirtschaftspolitik
2792 (vergleiche dazu das Kapitel „Arbeit und Wirtschaft“) auch die kommunalen Steuern
2793 und Abgaben. In verträglichem Maß und im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung
2794 sind die Gebühren kontinuierlich anzupassen.
2795 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es unser politisches Ziel, zum einen
2796 diejenigen stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen, die
2797 finanziell leistungsfähiger sind, zum anderen notwendige Gebührenerhöhungen so zu
2798 gestalten, dass sie nicht zu übermäßigen Belastung führen und sozial vertretbar
2799 bleiben.
2800 Wiesbaden richtet seit längerem den "Ball des Sports" aus, aus dessen Erlösen der
2801 Spitzensport in Deutschland gefördert wird. Für Wiesbaden ist diese Veranstaltung in
2802 erster Linie wegen ihrer Werbewirksamkeit mit deutschlandweitem Fokus interessant.
2803 Auf Grund der hohen Eintrittspreise von 800 Euro pro Karte ist es eine sozial sehr
2804 exklusive Veranstaltung, an der die allermeisten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt
2805 nicht teilhaben können. Daran ändert auch die seit 2014 zunehmende Öffnung durch
2806 begleitende öffentliche Veranstaltungen von Spitzensportlern mit Wiesbadener

2807 Vereinen und Bevölkerung nur wenig. Allerdings finanzieren die Wiesbadener
2808 Bürgerinnen und Bürger die Veranstaltung durch ihre Steuermittel mit 400 000 Euro
2809 jährlich, dazu kommen nochmals
2810 200 000 Euro aus Mitteln der Spielbank im Kurhaus, die auch für andere
2811 Veranstaltungen genutzt werden könnten.

2812 In wirtschaftlich guten Jahren ist diese Form des Stadtmarketings vertretbar. In der
2813 derzeitigen schwierigen finanziellen Lage, in der auch Leistungen eingeschränkt,
2814 verteuert oder komplett gestrichen werden, müssen diese Ausgaben für das
2815 Stadtmarketing auf den Prüfstand gestellt werden.

2816

2817 Sollte sich die Finanzsituation der Stadt nicht spürbar verbessern, soll die Stadt mit
2818 dem Veranstalter "Deutsche Sporthilfe" Gespräche aufnehmen mit dem Ziel die im Jahr
2819 2017 auslaufenden Verträge zur Durchführung des "Ball des Sports" nicht mehr zu
2820 verlängern. Wir wollen zumindest eine spürbare Reduzierung der städtischen
2821 Zuschüsse erreichen.

2822

2823 **Vorsorgende statt abgehängte Stadt**

2824 Um auf Dauer die gute finanzielle Lage der Stadt zu behaupten, werden wir die
2825 Ausgaben, zu denen die Stadt nicht gesetzlich verpflichtet ist, nach den oben
2826 genannten Prinzipien auf den Prüfstand stellen. Aber auch die Einnahmeseite (z.B.
2827 Gewerbesteuer) darf nicht aus dem Blick geraten.

2828 Dabei werden wir uns sicher von dem einen oder anderen liebgewonnenen Projekt
2829 verabschieden müssen, um den sozialen Zusammenhalt in der Stadt nicht zu
2830 gefährden und die Teilhabechancen der Menschen in unserer Stadt verbessern zu
2831 können. Um die beschränkten finanziellen Mittel besser und zielgerichteter
2832 auszugeben, werden wir darauf achten, dass in Zukunft verstärkt ressortübergreifend
2833 gehandelt wird. Auch die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen wollen wir fördern,
2834 wenn wir damit kommunale Mittel effizienter einsetzen können.

2835

2836 Ab 2016 haben wir bereits die Gewerbesteuer auf den Satz angehoben, den das Land
2837 Hessen im kommunalen Finanzausgleich unterstellt. Damit liegen wir noch unter dem
2838 Gewerbesteuersatz des Jahres 2001. Zudem haben wir eine Zweitwohnsitzsteuer für
2839 Wiesbaden eingeführt. Zum einen bringt dies Mehreinnahmen die gerechtfertigt sind,
2840 weil die Stadt Dienstleistungen für alle hier lebenden Menschen erbringt, ob sie in
2841 Wiesbaden ihren Erst- oder nur den Zweitwohnsitz angemeldet haben. Zum anderen
2842 erhalten wir durch Ummeldungen von Menschen, die die Steuer vermeiden wollen,
2843 zukünftig einen höheren Anteil aus dem kommunalen Finanzausgleich. Bei der
2844 maßvollen Anhebung der Gebühren, wollen wir darauf achten, dass hinter den
2845 Erhöhungen nicht nur Einzelbetrachtungen stehen, sondern eine Gebührenstrategie
2846 entwickelt wird, damit mögliche Steuerungseffekte nicht gegenteilig wirken.

2847

2848 Wir wollen intelligent sparen. Das bedeutet für uns, notwendige Investitionen in die
2849 Zukunft zuzulassen. Wir sprechen uns daher für eine verantwortliche
2850 Haushaltskonsolidierung aus, die die Zukunftsfähigkeit und den sozialen Frieden vor
2851 Ort bewahrt. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger werden wir die
2852 Landesregierung an dieser Stelle nicht aus ihrer Pflicht für die Kommunen entlassen.

2853

2854 **16. Frauen**

2855 Die Sozialdemokratie steht für Gleichheit und Solidarität. Deshalb betrachten wir das
2856 Thema Gleichstellung als eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, der wir uns
2857 verpflichtet fühlen. Unser Ziel war und ist es Vorurteile abzuschaffen, Brücken zu
2858 bauen und die Individualität zu stärken. Moderne Frauenpolitik beschränken wir nicht
2859 auf „typische Frauenthemen“ wie z. B. Kinderbetreuung. Frauen sind in allen Bereichen
2860 des täglichen Lebens gefordert – egal ob Verkehrs-, Arbeits- oder Finanzpolitik.

2861 Sozialdemokratische Frauenpolitik lebt auch vom Einmischen, oft genug im
2862 Zusammenspiel mit dem Abbau von Vorurteilen und Benachteiligungen. Moderne
2863 sozialdemokratische Frauenpolitik in Wiesbaden ist für uns eine Querschnittsaufgabe.

2864
2865 In den vergangenen fünf Jahren haben wir vieles erreicht. Unter anderem konnten wir
2866 die folgenden wichtigen Bereiche weiter vorantreiben:

- 2867 • Stärkung des Schutzes von Frauen vor Gewalt
- 2868 • Einführung/Erhöhung der Frauenquote in Aufsichtsräten
- 2869 • Bekämpfung der Altersarmut von Frauen
- 2870 • Ausbau des Angebotes für Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge
- 2871 • Kampagne „Stillfreundliches Wiesbaden“
- 2872 • Checkliste für werdende Eltern
- 2873 • Psychosoziale Beratung / Angebote für Prostituierte

2874 **Frauenquote in Aufsichtsräten**

2875 Die Große Koalition in Berlin hat die Frauenquote beschlossen. Wir sorgen dafür, dass
2876 auch die Landeshauptstadt Wiesbaden dieses Ziel konsequent umsetzt. Die
2877 Durchsetzung beispielsweise in den städtischen Beteiligungsgesellschaften in
2878 Wiesbaden ist auf einem guten Weg. Einen entsprechenden Beschluss hat die
2879 Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 19.11.2015 gefasst.

2880

2881 Wir werden unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen und gleichzeitig das Thema
2882 Frauenangelegenheiten weiter fassen.

2883 Die weibliche Perspektive ist in allen Arbeitsbereichen bereichernd. Deshalb wollen wir
2884 erreichen, dass in jedem Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung Frauen
2885 vertreten sein müssen. Wir sehen ein modernes Frauenbild und wollen dies stärker in
2886 das Bewusstsein der Menschen rücken. Dazu gehört auch, dass Frauen selbst näher
2887 zusammenrücken und ihre Netzwerke ausbauen.

2888 Wichtige Institutionen und Gremien wie das Kommunale Frauenreferat oder den
2889 Ausschuss für Frauenangelegenheiten wollen wir ihrem sich verändernden
2890 Aufgabenbereich entsprechend benennen. Die vorhandenen Aufgabengebiete sind
2891 vielfältig und haben stets den Abbau von Ungleichheiten und Benachteiligungen in
2892 den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und Gruppierungen zum Ziel.
2893 Berufliche Benachteiligungen müssen konsequent abgeschafft und gezielte
2894 Förderungen ausgebaut.

2895 Um all dies zu erreichen, haben wir bereits jetzt die folgenden Schwerpunktthemen für
2896 uns identifiziert:

2897

2898 **Frauen in Notlagen**

2899 Bestehende Einrichtungen, Projekte, Initiativen und Maßnahmen wollen wir
2900 entsprechend der jeweiligen Bedarfe sowohl finanziell als auch personell ausgestattet
2901 wissen und deren Vernetzung positiv begleiten. Insbesondere die beiden Frauenhäuser
2902 müssen Frauen und ihren Kindern in Notlagen schnell und unbürokratisch einen Platz
2903 zur Verfügung stellen können. Deshalb werden wir ihre gute Arbeit auch weiterhin
2904 unterstützen.

2905

2906 **Alleinerziehende**

2907 Alleinerziehende wollen wir mit gezielten Kampagnen zum Wiedereinstieg in das
2908 Berufsleben, durch die Absicherung und Ausweitung von Betreuungsangeboten und
2909 eine Prioritätensetzung im öffentlichen Wohnungsbau stärken. Während der
2910 Beurlaubungszeit – und dies gilt nicht nur für Alleinerziehende – soll der Kontakt
2911 zwischen Arbeitnehmer/in und Arbeitgeber gehalten werden. Dies kann unter

2912 anderem erreicht werden durch regelmäßige Fortbildungs- oder Schulungsangebote
2913 inklusive Erstattung der eventuell anfallenden Kinderbetreuungskosten.

2914

2915 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf**

2916 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Ausbildung sowie von Pflege und
2917 Beruf/Ausbildung muss auch konsequent weiterentwickelt werden. Dafür werden wir
2918 bestehende Maßnahmen wie Ferienprogramme auch weiterhin finanziell absichern.
2919 Der Ausbau des Betreuungsangebots und die Förderung von flexibleren
2920 Arbeitszeitmodellen sind unerlässlich. Die Schaffung eines dezentralen und
2921 niedrigschwelligen Beratungsangebots – insbesondere auch für Migrantinnen – ist
2922 unser Ziel. Die Sensibilisierung von städtischen und privaten Arbeitgebern für
2923 verbesserte Arbeitsbedingungen im beruflichen Alltag, wie erweiterte Teilzeitmodelle,
2924 flexiblere Arbeitszeiten, Homeoffice, muss im Fokus behalten und weiter
2925 vorangetrieben werden.

2926

2927 **Frauen- und Familienförderung im Beruf**

2928 In der Wiesbadener Stadtverwaltung muss der Frauenförderplan konsequent
2929 umgesetzt werden. Den Anteil an weiblichen Führungskräften werden wir ausbauen.
2930 Qualifizierungsangebote müssen für alle Altersstufen angeboten werden.

2931 Dazu zählt auch, dass der Anteil an Amtsleiterinnen erhöht und für die städtischen
2932 Gesellschaften eine Frauenquote eingeführt wird. Wir wollen mehr
2933 Geschäftsführerinnen und weibliche Mitglieder in Vorständen.

2934 Eltern, die schneller zurück in den Beruf können, sind ein Gewinn für Unternehmen. Sie
2935 profitieren von familienfreundlicher Infrastruktur, guter Förderung und einem
2936 attraktiven Betreuungsangebot. Deshalb ist für uns die Einführung eines
2937 Familienbeitrags – gemessen an der Anzahl der Beschäftigten – für Unternehmen
2938 sinnvoll. Gemeinsam mit Unternehmen, Institutionen und Gremien wollen wir nach
2939 einem entsprechenden Weg suchen.

2940

2941 **Gewaltprävention**

2942 Gewaltprävention und der Ausbau der Versorgung von Gewaltopfern ist uns ein
2943 wichtiges Anliegen. Deshalb wollen wir die finanzielle Absicherung der bestehenden
2944 Träger im Bereich Gewaltprävention.

2945

2946

2947 **17. Gesundheit**

2948 Das Thema „Gesundheit“ ist, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen
2949 Entwicklung, ein wichtiges Zukunftsthema und eine Querschnittsaufgabe für
2950 Kommunen.

2951 Die Gesundheitsstadt Wiesbaden zeichnet sich durch die gute Qualität und
2952 Infrastruktur im Bereich der stationären und ambulanten medizinischen Versorgung
2953 aus; dies zeigt sich etwa an den drei Akutkrankenhäusern Helios Dr. Horst Schmidt
2954 Kliniken, Asklepios Paulinen Klinik und St. Josefs-Hospital, aber auch an den Fach- und
2955 Privatkliniken, Therapie- und Wellnesseinrichtungen wie der Kaiser-Friedrich-Therme
2956 und dem Thermalbad im Aukammtal sowie der grundsätzlich hohen Arztdichte.

2957 Wir haben 2011 ein wirtschaftlich ruiniertes Klinikum der Stadt „geerbt“ und einen
2958 nicht einfachen Prozess der Partnersuche eingeleitet. Die finanzielle
2959 Handlungsfähigkeit der gesamten Stadt konnte bei 100 Millionen Euro Schulden der
2960 Klinik sowie Investitionszusagen in Höhe von über 200 Millionen Euro, die der Partner
2961 getragen hat, erhalten werden.

2962 Darüber hinaus ist Wiesbaden über die Stadtgrenzen hinaus für die überregionalen
2963 Kongresse und Informationsveranstaltungen bekannt. Zu dem breiten
2964 Beratungsangebot gehören beispielsweise die Impfberatung für Kinder und
2965 Jugendliche, die reisemedizinische Beratung, aber auch die Unterstützung der örtlichen
2966 Selbsthilfebewegungen.

2967 Die SPD Wiesbaden will die bestehende Infrastruktur erhalten und weiter stärken, aber
2968 auch eine lokale wie regionale Vernetzung fördern.

2969

2970 **Gesundheitsförderung in Wiesbaden**

2971 Die SPD hat sich bereits in den vergangenen Jahren für die Weiterentwicklung und
2972 Optimierung von vorhandenen Projekten und Bemühungen der Stadt im Bereich der
2973 Gesundheitsförderung eingesetzt.

2974 Etablierte Strukturen, wie das Forum Demenz, die Lärmbekämpfung (insbesondere bei
2975 baulichen, straßenbaulichen oder ordnungspolitischen Maßnahmen) oder auch
2976 verschiedenste Präventionsprojekte, zu fördern und zu erhalten, stand dabei ebenso im
2977 Vordergrund wie die Schaffung neuer Strukturen, beispielsweise des Wiesbadener
2978 Palliativpasses für Notfallsituationen.

- 2979 Dabei setzten wir – und werden dies auch weiterhin tun – auf eine verstärkte
2980 Vernetzung von Stadt, Selbsthilfegruppen, Gesundheitsträgern und der
2981 Privatwirtschaft.
2982
2983
2984
2985
- 2986 **Die bestehende Infrastruktur erhalten und weiter stärken**
- 2987 Wichtige gesundheitspolitische Leitlinien der SPD Wiesbaden sind:
- 2988 • Die humanitären Sprechstunde zur Sicherstellung der umfassenden
2989 Gesundheitsförderung sowie die Stärkung des psychosozialen Beratungsangebots
2990 und die Sicherung eines niedrigschwelligen Zugangs zu Gesundheitsvorsorge soll
2991 ausgebaut werden. Hierzu werden wir uns dafür einsetzen, bestehende Strukturen
2992 weiter zu stärken, so dass Prävention und Aufklärung niedrigschwellig angeboten
2993 und dadurch für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich wird – auf diese Weise kann
2994 noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Dazu gehört auch, dass wir uns
2995 dafür stark machen, dass die wichtige und notwendige Aufklärungsarbeit auch
2996 Jugendliche mit ihren Problemen und Bedürfnissen erreicht.
- 2997 • Wir wollen neue Konzepte erarbeiten, insbesondere im Zusammenhang mit den
2998 Präventionsangeboten im Vorsorge- und Gesundheitsbereich, die geeignet sind,
2999 auch andere Zielgruppen zu erreichen.
- 3000 • Die wertvolle Arbeit der Selbsthilfegruppen (SHG) wollen wir auch weiterhin
3001 unterstützen, damit das breite und für die Betroffenen wichtige Angebot erhalten
3002 bleibt. Aus diesem Grund unterstützen wir die SHG bei der Entwicklung von
3003 Strategien und Konzepten, um sie auch für weitere Altersgruppen attraktiver zu
3004 gestalten. Im Zuge dessen ist die Förderung der Vernetzung der SHG und des
3005 Austauschs mit Experten sinnvoll: Wir werden hierfür gemeinsam Projekte
3006 anstoßen.
- 3007 • Die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH soll bekannter werden und
3008 neben der Aufgabe als Gesellschafterin der Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken
3009 Wiesbaden GmbH folgenden Aufgabenschwerpunkte haben:
- 3010 ○ Die EGW soll als Koordinationsstelle dienen, um Anbieter und Nutzer im
3011 Gesundheitsbereich zusammenzubringen.

- 3012 ○ Weiter soll sie die Gesundheitsthemen in der Stadt aufgreifen und befördern
- 3013 sowie Veranstaltungen zu diesen unterstützen und/ oder durchführen.
- 3014 ○ Als Treuhänderin der Stiftung Gesundheitsstadt Wiesbaden soll die EGW zur
- 3015 Erreichung der Ziele bei den Präventionsangeboten im Vorsorge- und
- 3016 Gesundheitsbereich sowie der Gesundheitsförderung beitragen.
- 3017 ○ Die Landeshauptstadt Wiesbaden soll dem „Gesunde Städte-Netzwerk“ der
- 3018 Bundesrepublik Deutschland beitreten. Die Geschäftsstelle „Gesunde Stadt
- 3019 Wiesbaden“ soll bei der EGW angesiedelt werden.

3020 18. Moderne Stadtverwaltung

3021 Es ist wichtig, dass in den Ämtern und Betrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden
3022 inzwischen wieder Wertschätzung mehr und mehr den Umgangston prägt. Die
3023 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung leisten an ihren jeweiligen
3024 Arbeitsplätzen wertvolle Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, sind aktiv
3025 im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge und arbeiten engagiert an einer guten
3026 Zukunft für Wiesbaden.

3027

3028 Folgende Grundsätze gelten für unsere Vorstellung von öffentlicher Verwaltung:

3029

- 3030 • Die Arbeit der gesamten Verwaltung muss gemeinwohlorientiert und
3031 nachhaltig ausgerichtet werden, allein auf kurzfristige Effekte oder auf
3032 „Beruhigung“ einzelner ausgerichteter Maßnahmen ist nicht unser Ziel. Das
3033 strategische Handeln der Verwaltung muss die zentralen Zukunftsfragen des
3034 Gemeinwohls anfassen.
3035
- 3036 • Unsere Verwaltung muss effektiv und leistungsorientiert die Stadt für die
3037 Zukunft vorbereiten, ist jedoch kein profitorientierter Betrieb, der alle
3038 Maßnahmen dieser Zielsetzung unterwirft.
3039
- 3040 • Wir setzen uns für eine innovative Verwaltung ein, die Trends erkennt und
3041 veränderte Rahmenbedingungen berücksichtigt.
3042
- 3043 • Die Partnerschaft mit allen gesellschaftlichen Gruppen aus Umwelt, Wirtschaft,
3044 Kultur und sozialen Institutionen werden wir weiter ausbauen und gezielt
3045 fördern. Gute Beratung und Kooperation der Verwaltung sind zentrale
3046 Elemente, an denen sich Bürgerfreundlichkeit messen lässt.

3047

3048 Um die Stadtverwaltung auch weiterhin zu einem Herzstück der Wiesbadener
3049 Zukunftsgestaltung zu machen, setzen wir auf:

3050

- 3051
- 3052
- 3053
- 3054
- 3055
- 3056
- 3057
- 3058
- 3059
- 3060
- 3061
- 3062
- 3063
- 3064
- 3065
- 3066
- 3067
- 3068
- 3069
- 3070
- 3071
- 3072
- 3073
- 3074
- 3075
- 3076
- 3077
- 3078
- 3079
- 3080
- 3081
- 3082
- Bürgernähe weiter ausbauen – vor allem mit differenzierten Teilhabeangeboten und modernen Techniken, die von den Bürgerinnen und Bürgern auch verwendet wird
 - Konsequenzen aus dem Gutachten von Professor Badura und der von Oberbürgermeister Gerich angestoßenen Mitarbeitendenbefragung ziehen: Weiterführung des Integrierten Gesundheitsmanagements allerdings mit verändertem Schwerpunkt statt einseitiger Förderung von Fitnessstudiobesuchen
 - Rückkehr zur kollektiven Intelligenz, Abbau von Strukturen, in denen jeder Bereich nur für sich denkt und arbeitet; der Magistrat muss hier mit gutem Beispiel voran gehen
 - Mehr systematische oder projektbezogene Ämter- und Dezernate übergreifende Zusammenarbeit: Erst die aktive Vernetzung auf Entscheider- und Arbeitsebene führt zu optimalen und vor allem auch kostengünstigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.
 - Die Lenkung von Prozessen muss nach Zielen und nicht nach starren, nicht veränderbaren Regeln erfolgen, ohne die geltenden rechtlichen Anforderungen zu ignorieren.
 - Grundlage der Führung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen ethische und gemeinwohlorientierte Grundsätze sein. Moderne Führung setzt auf optimale Ergebnisse, unterstützt die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schafft Freiräume für Selbstorganisation.
 - Demografische Vorsorge – jetzt schon an morgen denken und die gute und anerkannte Berufsausbildung der Stadt Wiesbaden über Bedarf sicherstellen.
 - Ausreichendes und qualifiziertes Personal für die anfallenden Aufgaben und verstärkte kontinuierliche Personalentwicklung, die es den Beschäftigten

- 3083 ermöglicht, die sich verändernden Herausforderungen und temporäre
3084 Arbeitsspitzen sachgerecht und flexibel zu bearbeiten.
3085
3086
3087
3088